grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte
sommer_2004 preis_euro_4.80

von der krisen- zur transformations-theorie - zu wallerstein teil 2

zu postones buch „zeit, arbeit und gesellschaftliche herrschaft"

soziale bewegungen in österreich postmoderne, postfordismus

strukturelle diskriminierung von migrantInnen am arbeitsplatz

theoretisch-politische perspektiven des regulationsansatzes

außerdem: buchbesprechungen, 2 fabeln von don durito



Inhaltsverzeichnis

Die offenen Redaktionstreffen der grundrisse finden jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen. Unser „Hauptquartier“ befindet sich bis auf Widerruf in der Martinstraße 46, 1180 Wien. Weitere Infos unter: **www.grundrisse.net** und unter **grundrisse@gmx.net**

Ein Abo kostet für 4 Nummern Euro 18,-. Bestellungen bitte entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A - 1180 Wien
Bankverbindung: Österreich: (K. Reitter), BAWAG Konto Nr. 03010 324 172, Bankleitzahl 14000.
Seit 1. 7. 03 kann aus allen Ländern mit EU Währung spesenfrei auf unser Konto überwiesen werden. Anzugeben sind: Betrag in Euro, BIC = BAWAATWW,
IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter und der Zahlungszweck, z.B. Abo ab Nr. ... für (Name und Adresse)

Impressum: Medieninhaberin: Partei “grundrisse” Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion “grundrisse” (Wolfgang Bacher, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Marcus Gassner, Franz Naetar, Karl Reitter, Klaus Zoister),
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Roland Atzmüller, Clemens Berger, Linda Bilda, Horst Müller, Ildikó Naetar-Bakcsi, Verena Weissenböck
Graphikkonzept: Harald Mahrer
Erscheinungsort: Wien; Herstellerin: Telekopie, Westbahnstraße 18, 1070 Wien
Offenlegung: Die Partei „grundrisse” ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse. Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

Die Redaktion

Editorial:

Liebe LeserInnen!

Da diesmal alle Artikel ein wenig länger wurden als geplant, bleibt nur eine Seite für das Editorial. Daher in aller Kürze das Wichtigste: Die Veranstaltung mit John Holloway und Lars Stubbe war ein voller Erfolg. Der Veranstaltungssaal im „*Institut für Wissenschaft und Kunst*“ war bis auf den letzten Platz besetzt, die Diskussion umfassend und interessant. Die Debatte wurde am zweiten Tag im kleineren Kreise weitergeführt; für alle gab es die Gelegenheit, zustimmende, fragende, oder kritische Beiträge zu formulieren. Wie immer John Holloways Thesen auch beurteilt werden mögen, eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Klärung und Vertiefung seiner in „*Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*“ dargelegten Auffassungen boten diese beiden Tage mit John Holloway und Lars Stubbe (der auch das Buch ins Deutsche übersetzt hat) auf jeden Fall.

Die Veranstaltung „*Welche Theorie braucht Antirassismus?*“ mit Manuela Bojadzijev (Kanak Attack) und Jost Müller (Redaktion Subtropen) am 29. April 2004 im IWK, Berggasse 17, 1090 Wien fällt leider gerade in die Produktionszeit der vorliegenden **grundrisse**. Überhaupt sei an dieser Stelle ausdrücklich empfohlen, von Zeit zu Zeit auf unserer homepage www.grundrisse.net vorbeizuschauen und insbesondere die Seite „Termine“ anzuklicken. Dort wird nämlich in Bälde Programm, Zeit und Ort unseres zweiten grundrisse-Sommer-Seminars bekannt gegeben. Nicht weniger als der *Kommunismus* wird voraussichtlich dabei zur Debatte stehen. Alle Interessierten sind selbstverständlich herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

Um den Veranstaltungsreigen zu beschließen: Auf viel Interesse, wenn auch nicht ungeteilte Zustimmung, stieß auch der Vortrag von Ingo Elbe von der Roten-Ruhr-Uni Bochum über „*Umwälzungsmomente der alten Gesellschaft. Revolutionstheorie und ihre Kritik bei Marx.*“ Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch der HochschülerInnenschaft der Uni Wien danken, die diese Diskussion mitveranstaltet hat.

Ein wichtiger Aspekt der redaktionellen Arbeit der **grundrisse** ist, dass wir alle einlangenden Artikel ausführlich diskutieren. Im Falle des zweiten Teils der Auseinandersetzung von Horst Müller mit Immanuel Wallersteins „Utopistik“ war dies aufgrund der räumlichen Distanz nur schriftlich möglich. Deshalb dokumentieren wir hier einen kritischen Einwand, der insbesondere auf Müllers Verhältnis zum Staat reflektiert, wenn er z.B. Bourdieu zustimmend zitiert, wonach „*die Beherrschten ein Interesse an der Verteidigung des Staates haben, insbesondere seines sozialen Gesichtes“.* (Seite 11 in dieser Ausgabe). Redaktionsmitglied Bernhard Dorfer:

„Rückt die Weltveränderung gegenüber der Machtergreifung im Staat in den Vordergrund, zieht das zwangsläufig eine veränderte Sicht auf die traditionellen Auseinandersetzungen der reformistischen mit der revolutionären Linken um die geeigneten Mittel zur Gewinnung der Kontrolle über den Staat nach sich. Überhaupt spricht einiges dafür, dass diese Begrifflichkeiten ausschließlich im Rahmen dieser Auseinandersetzung sinnvoll sind und daher zwangsläufig an Bedeutung verlieren, wenn die Frage der Staatsmacht nicht mehr als die alles entscheidende Zentralfrage gilt.

Dennoch verschwindet natürlich auch dann nicht jede Differenz im Lager der emanzipatorischen Bewegung: In der Diskussion über Ansätze und Perspektiven der anstehenden Systemtransformation, für die nunmehr auch Wallerstein als führender Vertreter des Weltsystem-Ansatzes die Zeit(-epoche) für angebrochen und die Bedingungen für gegeben erachtet, geht es dabei darum, eine wie schroffe und kategorische Absetzbewegung von derzeit hegemonialen Konzepten der neoliberalen Globalisierung wie Ware, Wert, Geld, Markt, Staat und Patriarchat mensch für notwendig erachtet und was sich innerhalb welcher Zeithorizonte als realisierbar erweist. Es handelt sich also keineswegs um einen Trockenschwimmwettbewerb in deklamatorischer Radikalität. Wir halten allerdings auch nichts davon, gleich zu Beginn der Debatte radikalere Positionen in die Ecke obskuranter Irrläufer und hyperintellektualistischer Glasperlenspielereien zu verbannen (oder auch gar nicht einmal anzusprechen), wie dies im ansonsten sehr anregenden Beitrag Horst Müllers leider auch anklingt.“

Uns bleibt gerade noch so viel Platz, allen zu danken, die an der Gestaltung dieses Heftes mitgewirkt haben, insbesondere Verena Weissenböck, die Comics, Zeichnungen und Photographien beigesteuert hat. Ach ja, ein Abo kostet für vier Ausgaben nur Euro 18,- (inklusive Porto)!

Die Redaktion

Horst Müller
Perspektiven der gesellschaftlichen Transformation

Zur Diskussion von Immanuel Wallersteins Buch „Utopistik" ~ Teil 2
Teil 2: Von der Krisen- zur Transformationstheorie

Die Frage lautet: Was kommt danach?

Immanuel Wallersteins „Utopistik"[1] setzt neue Akzente im Zusammenhang der mittlerweile zahlreichen Beiträge zur Entwicklung des kapitalistischen Systems und neoliberalen Globalisierung: Hier wird nicht nur auf die Prekarität oder Krisenhaftigkeit des weltweit dominierenden Wirtschafts- und Gesellschaftstyps verwiesen. Die wesentlich weiter reichende These lautet, dass wir in eine chaotische, instabile Geschichtsperiode eingetreten sind, in der sich zum ersten Mal ganz real die Möglichkeit des historischen Übergangs zu einer neuen, höheren, post-kapitalistischen Gesellschaftsformation eröffnet.

Im Teil 1 meiner Untersuchung[2] wurde das Verhältnis von „Utopistik" und „konkreter Utopie" erörtert. Es zeigte sich, dass das utopistische Konzept einer finalen Krisen- und „Übergangsperiode" des Systems mit dem Marxsche Geschichtsdenken kompatibel ist. Untersucht wurde Wallersteins Auffassung, dass mit der „russischen Revolution" noch keine neue Produktions- und Gesellschaftsform in die Welt kam, während die „Weltrevolution von 1968" die erste nachhaltige Erschütterung des Liberalismus als vorherrschender „Geokultur des Weltsystems" mit sich brachte.

Die weitere Diskussion galt globalen Trends, systemischen Funktionszusammenhängen und den Reaktionen gesellschaftlicher Akteure. Wallerstein verweist auf eine sich abzeichnende „Profitklemme" der Kapitalwirtschaft, die Schwächung und „Delegitimierung der staatlichen Stukturen" sowie die Verstärkung weltweiter „Polarisierungen". Auch die neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik könne die Lage nicht ändern. So entsteht eine „grundlegende Instabilität im Herzen der kapitalistischen Weltwirtschaft". Wir treten in eine „Zeit der Unruhe oder eine Übergangsperiode des bestehenden Weltsystems" ein. „Glücklicherweise steht das System vor dem Abgang. Die Frage ist: Was kommt danach?" (91).

Falsche Alternativen und die utopistische Fragestellung

Zeigt sich ein Ausweg aus der gegebenen Situation, kann eine positive Perspektive aufgewiesen werden? Wallerstein möchte zunächst falsche Grundeinstellungen aus der Welt schaffen, was die



ehedem so nahe liegende, aber nur scheinbare Alternative zwischen dem „historischen Sozialismus“ und den so genannten „liberalen Staaten“ betrifft:

Zu den so genannten sozialistischen Staaten heißt es unmissverständlich: Sie operierten „stets innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Weltwirtschaft“ und waren „niemals autonome Einheiten“. Sie konnten „nicht die Funktionsweise eines alternativen historischen Systems darstellen“. Auf der anderen Seite waren die so genannten liberalen Staaten nur „in einer kleinen Ecke des Weltsystems zu finden, in wohlhabenden Gegenden und nur in jüngster Zeit“. Zudem hingen deren positive Merkmale auch von der vergangenen „realen Polarisierung innerhalb des bestehenden Weltsystems ab“ (79, 80). Für uns heute stellt sich die Frage daher neu: „Wenn wir in den nächsten 50 Jahren eine fundamentale historische Wahl treffen - wie wird sie aussehen?“ (80).

Wir sind also mit dem Thema konfrontiert, welche Bedürfnisse in einem zukünftigen System zu befriedigen sind und welche Beschaffenheit dieses aufweisen sollte. Der Theoretiker möchte die Frage „utopistisch“ stellen, d.h. unter ernsthafter, wissenschaftlich begründbarer Veranschlagung von realen historischen Alternativen (76). Wallerstein trägt die Überlegungen dazu in vorsichtiger Abwägung von noch nicht ausgemachten Möglichkeiten vor - „Prüfen wir ...“, „nehmen wir einmal an ...“ und „könnte man ... die Dinge nicht so organisieren ...“ (81, 86, 92). Letztendlich zielen die Vorschläge aber auf greifbare „strukturelle Elemente“ und orientieren entschieden auf ein „alternatives historisches System“ (8, 80), auf eine „glaubhaft bessere und historisch mögliche“, wenngleich „alles andere als sichere“ Zukunft. Ich möchte im Folgenden Wallersteins projektive Ideen ernst nehmen, in bestimmter Weise aufordnen, pointieren und in einigen Aspekten weitergehende Überlegungen anschließen.

Bruch mit dem Profitprinzip und Paradigmenwechsel

Wallersteins grundlegende These lautet: Die uns bedrängenden Probleme könnten erst überwunden werden im Rahmen eines Weltsystems, „das nicht von endloser Kapitalakkumulation angetrieben wird“. Er identifiziert die eigentliche Wurzel des Übels im „Primat der endlosen Kapitalakkumulation“. Daher gilt erst der Bruch mit diesem Prinzip - es gäbe „keine Betätigungsfelder für profitorientierte ökonomische Strukturen“ - als Ermöglichungsbedingung für eine „wirkliche demokratische Beteiligung am kollektiven Entscheidungsprozess“. Nur so könnte ein auf gemeinwirtschaftlichen Organisationsformen beruhendes „demokratisches, egalitäres System“ entstehen (vgl. 86, 88, 92).



In einem solchen System würde die allgemeine „Kommodifizierung, die unserem gegenwärtigen System zugrunde liegt“, nicht statthaben. Damit ist jedenfalls nicht gemeint, dass es in einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt keine Waren und Werte mehr gäbe: Eine an diese Problematik anknüpfende Grundlagendiskussion zum historischen Charakter der Waren- und Wertform ist Wallersteins Sache an dieser Stelle nicht, und ich möchte ihm das, mit Blick auf umfängliche Vorgaben zur „Logik des Kapitals“[3] und schwierige Beiträge zur „Wertlehre“ oder „Wertkritik“[4], an dieser Stelle nachsehen.



Entscheidend ist der Grundgedanke: Es bedarf eines „Bruchs“ mit dem Profitprinzip. Aber hinter dieser einfachen Formulierung verbirgt sich das ungelöste Kernproblem einer alternativen Wirtschaftsweise: Wie sehen die ökonomischen Prozessstrukturen aus, die objektiv-real ein andersartiges ökonomisches Kalkül in Kraft setzen? Kann beispielsweise an die Stelle der systemisch-zwanghaften Mehrwertbilanzierung eine haushälterische Ersparnisrechnung in Verbindung mit andersartigen ökonomischen Stimuli treten? An dieser Stelle kann an die wert- und reproduktionstheoretisch bis heute unerhellt gebliebene Marxsche Idee einer „Ökonomie der Zeit“[5] erinnert werden.





Trotz ungeklärter Fragen scheint mir hier soviel sicher: Die angesichts des Debakels der neoliberalen Politik wieder auflebende Vorstellung, das in milliardenfachem Wirtschaftshandeln wirksame kapitalistische Krebskalkül könnte allein durch eine zivilgesellschaftlich-demokratische Einbettung der Ökonomie gebändigt werden, ist zum Scheitern verurteilt. Die systemisch vorprogrammierte Verwertungs- und Wachstumsökonomie lässt sich nicht reformi-





stisch bändigen: Das ewige Dilemma der „sozialen Marktwirtschaft“. Die links-sozialdemokratische Idee einer ökonomischen „Verfassungsreform“, die Michael Krätke anvisiert[6], tastet die funktionale Kerngestalt der Kapitalwirtschaft nicht an. So gesehen würde der Versuch, ohne Aufhebung der kapitalwirtschaftlichen Kernfunktion die Hülle einer „Wirtschaftsdemokratie“ überzustülpen, in historischer Parallele zur Planwirtschaft scheitern. Ich möchte diesen Punkt scharf pointieren, da von hier auch beurteilt werden kann, was durch operative Schnitte wie eine „Tobin-Steuer“ oder von der Handlungsebene einer „Global Governance“[7] her erreichbar oder nicht erreichbar ist:

Was aussteht, jenseits nur wirtschafts-reformerischer Konzepte oder punktuell ansetzender Programmpunkte in der attac-Stoßrichtung, ist ein Paradigmenwechsel: Die Überschreitung der traditionellen „Kritik“ hin zu einer „Utopistik“ der politischen Ökonomie, welche im Hinblick auf eine wert- und reproduktionstheoretisch fundierte, real mögliche Alternative zur Kapitalwirtschaft nach neuen Lösungen sucht.

Gemeinnützige Produktionsbetriebe mit demokratischer Betriebsverfassung

Auch wenn die Funktionsweise einer alternativen Wirtschaft noch nicht ausreichend kenntlich ist, müssen Sondierungen in Einzelfragen weiter gehen: Ein erstes Element, das Wallerstein als eine „mögliche Basis für ein alternatives System“ anbietet, besteht in der „Errichtung von dezentralisierten gemeinnützigen Betrieben als Grundlage für den Produktionsmodus innerhalb dieses neuen Systems“. Zu klären ist dann, „wie und auf welcher Basis diese Einheiten sich zueinander verhalten“ und wie deren „interne Organisation“ bezüglich Demokratie am Arbeitsplatz beschaffen sein soll (86, 87).

Die Betriebe könnten analog zu den „seit Jahrhunderten funktionierenden ökonomischen Strukturen ohne Profit“ arbeiten, wie wir sie beispielsweise von Krankenhäusern kennen. Auf dieser Grundlage wären beispielsweise „große Organisationen“ nicht von vornherein effizienter als kleine, es könnte „eine große Vielfalt hinsichtlich der Größe wirtschaftlicher Unternehmungen“ geben, man kann Aufhören mit der „Vergötzung der Vergrößerung“ wirtschaftlicher und organisatorischer Strukturen.

Solche „vielfältige gemeinnützige Produktionsbetriebe“ wären durch „den Markt, den wirklichen Markt und nicht den monopolistisch kontrollierten Weltmarkt“ verbunden: Der Markt bliebe also Grundbestandteil eines zukünftigen Wirtschaftens. Es gäbe in einem gewissen Umfang Regulierungen, aber keine behördliche oder gar zentralistische Produktionsplanung. Und die „gemeinnützigen Einheiten“, ob groß oder klein, wären „nach innen“ „nicht autokratisch“: Es gäbe also Manager und Arbeiter, Gewerkschaften und eine „Arbeitermitbestimmung“ (87, 88).

Hier erhebt sich die Frage, inwiefern Wallersteins Erwägungen über das hinausweisen, was bisher schon mit genossenschaftlichen Betriebsformen, im Sinne einer Arbeiterselbstverwaltung oder Mitbestimmung vorgeschlagen und erprobt wurde: An sich werden damit weder die Verwertungsrechnung der Produktionsbetriebe, die marktwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse noch überhaupt die alten Waren- und Wertkategorien aufgehoben. Ich schlage an dieser Stelle vor, die angesprochenen Probleme erst später weiter zu behandeln, nämlich nach Insichtnahme des gesamtökonomischen Reproduktionszusammenhanges, in dem die Einzelbetriebe oder sozialökonomischen „Einheiten“ agieren.

Sozialwirtschaftliche Dienste und neue Effizienzkriterien

Wallerstein möchte die historische Bruchlinie zwischen dem alten und dem anvisierten neuen System noch einmal herausstreichen und stellt dazu weitere Grundforderungen auf, beispielsweise die Eröffnung eines allgemeinen Zugangs zu Erziehung und Ausbildung sowie die Sicherung einer allgemeinen Gesundheitsfürsorge. Diese Bedürfnisse sollen „außerhalb der Kommodifizierung“ befriedigt werden, „sodass sie von nicht profitorientierten Institutionen getragen und kollektiv bezahlt würden. Wir tun dies jetzt für solche Dinge wie die Wasserversorgung und, in vielen Ländern, für Bibliotheken.... es gibt viele Lösungen bezüglich der Frage kollektiver Kostenverteilung. Dabei handelt es sich um eine gesellschaftliche Entscheidung, der wir nicht ausweichen können..“ (91).





Die Frage solcher „nicht profitorientierten Institutionen" und deren Beiträge zur gesellschaftlichen Reproduktion sollte näher untersucht werden: Es gibt einerseits die eher personenorientierten sozialkulturellen Dienstleistungen wie im Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen oder im Kulturbereich, andererseits die Herstellung und Aufrechterhaltung harter infrastruktureller Voraussetzungen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, etwa die Wasserversorgung, der Städte- und Straßenbau und das Kommunikationsnetz. Die Problematik derartiger wirtschaftlicher Tätigkeiten zur Deckung eines gemeinsamen oder allgemeinen gesellschaftlichen Bedarfs ist damit allenfalls angerissen. Es mag zunächst die plausible Annahme genügen, dass die entsprechenden Produktionen und Leistungen wesentliche Formunterschiede zur industriewirtschaftlichen Warenproduktion aufweisen, sowie die Feststellung, dass es hier schon seit Jahrhunderten nicht-kapitalwirtschaftliche Formen wirtschaftlich geordneter Tätigkeit und „kollektiver" Finanzierung gibt. Wallerstein verweist beispielsweise auf Universitäten und gemeinnützig betriebene Krankenhäuser (86).

Im Zusammenhang eines solchen gemeinnützigen Wirtschaftens ohne Verwertungszwang kann „Effizienz" anders definiert werden. Als effizient gilt beispielsweise eine Produktion mit weniger Vorleistungen, mit dem Ziel der Befriedigung wirklicher Bedürfnisse oder der Erweiterung des Zugangs dazu. Wallersteins Beispiele besagen letztlich, dass die Maße von Effizienz jenseits des abstrakten Wertertragsdenkens gesellschaftlich definiert werden können, beispielsweise durch Qualitätsnormen, Zertifizierungen oder durch Zieldefinitionen hinsichtlich sozialverträglicher Produktmaße, Umweltstandards oder Bedarfskontingente.

Abgesehen von derartigen qualitativen Kriterien bedarf es aber unter allen Umständen auch einer Kalkulation, Bilanzierung und Kontrolle auf Grundlage einer betrieblichen oder haushälterischen Buchführung, letztlich auch gesamtgesellschaftlich stimmigen Rechnungslegung, wie sie beispielsweise in der Vorform einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung existiert. Damit erhebt sich aber wieder die Frage nach der Möglichkeit oder den Formbildungen einer nichtkapitalistischen betriebs- und volkswirtschaftlichen Rechnungslegung, d.h. im Kern nach einem alternativen ökonomischen Kalkül. Wallerstein lässt anklingen, dass es in diesem Zusammenhang ungelöste Probleme gibt. So belässt er es bei einer Bemerkung, die im Grunde alles offen hält: „Mit der Etablierung eines derartigen historischen Systems (würde) die wirkliche Arbeit nicht aufhören, sondern erst beginnen" (93).

Sozialwirtschaftliche Reproduktionsordnung und Staat

Wenn es anfangs so schien, als würden Wallersteins Vorschläge zu einer alternativen Ökonomie lediglich auf eine genossenschaftliche Betriebsverfassung hinauslaufen, so entpuppt sich dies nach dem vorherigen als eigentlich nicht zutreffend. In der Beispielführung deutet sich vielmehr an, dass im Grunde von zwei Wirtschaftsabteilungen auszugehen ist, die notwendig auf einander bezogen sind und zusätzliche gesellschaftliche Vermittlungsinstanzen benötigen.

Ich möchte zur Verdeutlichung des Grundgedankens ein umgreifendes Reproduktionsschema konfigurieren, das zunächst die von Marx modellierten zwei Abteilungen zusammenfasst. Neben diesem Bereich, dem die Waren produzierenden, industriewirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten und die angelagerten, so genannten unternehmensnahen Dienstleistungen angehören, soll es einen zweiten Wirtschaftssektor „sozialwirtschaftlicher Dienste"[8] geben, die im Sinne von Wallerstein „von nicht profitorientierten Institutionen getragen und kollektiv bezahlt würden". Eben dieser Finanztransfer zu der neu hinzugetretenen Abteilung erfordert sodann die Annahme einer dritten, gesamtgesellschaftlichen Vermittlungsinstanz. Um die gemeinwirtschaftlichen Tätigkeiten durch einen Werttransfer zu unterhalten, muss diese über ein hochorganisiertes Steuer-, Finanz- und Haushaltswesen verfügen.

Die systemisch notwendige dritte Instanz stellt das moderne Staatswesen dar. Es handelt sich um ein in sich differenziertes Ensemble gesellschaftlicher Organbildungen, das verschiedene subsidiär verknüpfte Ebenen sowie Institutionalisierungen aufweist, wie wir sie von staatlichen und kommunalen Haushalten oder beispielsweise von der Arbeitsverwaltung, von Sozialversicherungsträgern, von öffentlich-rechtlichen Institutionen oder von Stiftungsorganisationen kennen. Der durch dieses institutionelle Ensemble vermittelte Werttransfer drückt sich heute in der Staats- und Sozialquote aus, die in den hochentwickelten Ländern die 50-Prozent-Marke teilweise sogar überschritten hat.

Ich gehe also von der gegebenen, empirisch-historisch vorgeprägten, kapitalwirtschaftlich verpuppten Konfiguration und von der Annahme aus, dass sich auch die Wirtschaft der Zukunft als Prozesszusammenhang von industrieller Warenproduktion, sozialwirtschaftlichen Diensten und vermittelnden gesellschaftlichen Organen darstellt. Die Ausprägung dieses Zusammenhangs erscheint überhaupt als das Resultat einer Entwicklung im 20.

Jahrhundert, die das „automatische System der Maschinerie“[9] zu einem tragenden Produktionsfaktor machte und dazu führte, dass sich die Gewichte im System der gesellschaftlichen Arbeit entsprechend verschoben.

Innerhalb dieser Konstellation sollen aber jetzt die sozialwirtschaftlichen Dienste nicht mehr im Sinne der klassischen Marxschen Theorie als „unproduktive Arbeit“ rangieren, das heißt wie in der herrschenden Praxis aus kapitalwirtschaftlich erzielten Wertschöpfungen unterhalten oder in kapitalwirtschaftlicher Perspektive als „Sozialkostenfaktor“ behandelt werden. Sie können und sollen vielmehr - durch entsprechende steuer- und haushalts-, finanz- und betriebswirtschaftliche Dispositionen - der industriewirtschaftlichen Warenproduktion als eine gleich werteschaffende Wirtschaftsabteilung gegenübertreten. Die verfassungsgemäß legitimierten gesellschaftlichen, wenn man so will „staatlichen“ Organe würden in dieser Konfiguration also auf allen Ebenen und in allen Bereichen über Mittel aus Steuern und Abgaben verfügen und wirtschaftsgesellschaftliche Aufgaben, im Kern die Steuerung und Kontrolle von Transferleistungen, über ihre öffentlichen Haushalte wahrnehmen; dies vor allem zur notwendigen „kollektiven Finanzierung“ sozialwirtschaftlicher Dienste und insbesondere im jeweiligen sozialpraktischen Wirkbereich, zum Beispiel auf kommunaler und regionalökonomischer Ebene.

Gegen die skizzierte Konfigurierung eines nunmehr dreigliedrigen „organischen Systems .. als Totalität“[10] drängt sich sofort der gewöhnliche, ebenso zum wirtschaftstheoretischen Dogma verhärtete Einwand auf, wie denn der sozialwirtschaftliche Sektor, jetzt die sozusagen andere Hälfte der Wirtschaft, in dieser Größenordnung finanziert werden soll: Innerhalb der kapitalwirtschaftlichen Ordnung und Perspektive wird heute gerade dieses Problem akut, und die neoliberale Politik setzt genau an diesem Punkt einer vermeintlich nicht mehr finanzierbaren Staats- und Sozialleistung an. Wallerstein bemerkt dazu nachdenklich: „Woher werden auf der einen Seite die großen Summen kommen, wenn es keine endlose Kapitalakkumulation gibt?“. „Wie könnte man im Bereich des Informationsflusses die Dinge .. so organisieren, dass es kein finanzielles Ungleichgewicht zwischen den konkurrierenden Gesichtspunkten gibt?“ (92).

Meine These zur möglichen Auflösung dieser allerzentralsten Fragen und Probleme lautet, dass der skizzierte sozialwirtschaftliche Umbau der Reproduktionsordnung neue Wertverhältnisse in Kraft setzen kann, die dann zugleich praktisch beweisen, dass die veraltete kapitalwirtschaftliche Wertrechnung bereits heute zu verkehrten, das heißt den praktisch-objektiven Reproduktionsverhältnissen nicht mehr adäquaten Wirtschaftsrechnungen führt. Die Wertformen und die Ideologie der bestehenden kapitalwirtschaftlichen Praxis gaukeln vermeintlich unlösbare Probleme vor, die, allerdings erst auf der Grundlage der Instituierung anderer Verhältnisse und in einer anderen Praxisperspektive, so nicht existieren.

Wallersteins Grundthese, dass ein Bruch mit dem Profitprinzip unerlässlich ist und institutionell eingeleitet werden könnte, sollte demnach in der Richtung forschend weiter verfolgt werden, dass dies letztlich eine ökonomisch-politische Transformation der kapitalwirtschaftlichen Reproduktionsordnung verlangt - mit entsprechenden Konsequenzen im Hinblick auf die Geltung neuer Wertformen und die Möglichkeit neuartiger Wirtschaftlichkeitsrechnungen: Die Diskussion über solche von der traditionellen, wert-, kapital- und krisentheoretischen politischen Ökonomie weitgehend vernachlässigten Grundlagenfragen sei damit neu provoziert.

Ich nenne die vorstehend im Grundriss, prototheoretisch skizzierte Struktur zusammenfassend „Sozialwirtschaft“[11] im Unterschied zur „Kapitalwirtschaft“, weil darin die gemeinnützige Verfasstheit der sozialwirtschaftlichen Dienste auch als Vorbild für die industriewirtschaftliche Betriebsverfassung dienen könnte - und nicht umgekehrt, wie es die neoliberale Wirtschaftspolitik im Zuge der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen heute durchzusetzen versucht. Wallerstein dazu direkt: „Wir sollten darüber nachdenken, wie wir Stahlwerke in Non-Profit-Unternehmen verwandeln können, die an niemanden Dividende zahlen“.[12] Durchaus in diesem Sinne versteht sich „Sozialwirtschaft“ als direktes Gegenmodell zur neoliberal ausgerichteten Kapitalwirtschaft und rückt die systemisch-prozessuale Inwertsetzung sozialwirtschaftlicher Dienste, deren darauf aufbauende allgemeine Emanzipation als gesellschaftliche Kraft sowie die damit notwendig verknüpfte Weiterentwicklung demokratischer wirtschaftsgesellschaftlicher Organe in den Mittelpunkt ihres Transformationsprogramms.

Urbane Praxis und zivilgesellschaftlicher Diskurs

Vielleicht sind die utopistischen Denkanstöße Wallersteins oder die Gedankenexperimente für eine sozialwirtschaftliche Alternative auch geeignet, eine grundlegende Schwäche der Theorien der Zivilgesellschaft deutlicher zu machen: Diese verfügen über kein werttheoretisch fundiertes wirtschaftsgesellschaftliches Konzept und sind zudem in dem

wesentlichen Punkt der urbanen, kommunal verfassten Praxis unscharf fokussiert: Diese Praxis stellt den grundlegenden Verdichtungsraum des modernen gesellschaftlichen Lebens dar und bildet zugleich - von den Kindergärten und Schulen über die Stadtverwaltung, den Wohnungs- und Städtebau, die örtliche Bildungs- und Medienlandschaft oder Kulturproduktion bis hin zu Krankenhäusern und Altenheimen - den maßgeblichen Ort der Realisierung sozialwirtschaftlicher Funktionen.

Im Zuge einer zukünftigen Emanzipation des sozialwirtschaftlichen Bereichs könnte daher die urbane Praxis einen bevorzugten Ort wirtschaftsgesellschaftlicher Reproduktion und demokratischer Selbstorganisation[13] bilden. Sie stellt als solche Basiseinheit der gesellschaftlichen Praxis einen wesentlichen Angriffsraum der gesellschaftlichen Umwälzung dar. Im reformistischen zivilgesellschaftlichen Diskurs sind aber einschlägige theoretische Vorleistungen, wie sie beispielhaft Henri Lefebvre mit seiner „Kritik des Alltagslebens" und mit Blick auf eine notwendige „Revolution der Städte"[14] vorgelegt hat, leider fast vergessen. Nun hat das Modell „Porto Alegre"[15] der Diskussion wieder neue Nahrung gegeben. Worauf kommt es letztlich an?

Die richtunggebende Idee einer Rücknahme des Staates in die Gesellschaft bedeutet nicht seine Auflösung in Zivilität, sondern ganz wesentlich seine Verwirklichung als erweitertes Ensemble demokratischer wirtschafts-gesellschaftlicher Organe. Im Zusammenhang dieser „Rücknahme" könnte die mit der heutigen Kommunalverfassung erst protodemokratisch organisierte, kapitalwirtschaftlich ausgebeutete und vernachlässigte urbane Praxis als Basiseinheit der gesellschaftlichen Reproduktion eine wesentlich erweiterte politisch-ökonomische Rolle spielen.

Die akuten Probleme der Verschuldung der Kommunen, ihrer Benachteiligung in der Zuweisung von Steuermitteln, ihres Substanzzerfalls und des Abbaus ihrer sozialen und kulturellen Leistungsfähigkeit, ihrer mangelhaften demokratischen Kultur und unzureichenden Repräsentanz innerhalb der politischen Gesamtstrukturen bis hinauf auf die europäische Ebene verweisen auf die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Umbauprogramms, dessen reale Möglichkeit sich zugleich zunehmend abzeichnet.[16]

Demokratische, egalitäre Strukturen und die Möglichkeiten der Individuen

Vor dem Hintergrund der Idee einer neuen Reproduktionsordnung und politisch-ökonomischen Selbstorganisation, die ohne „Primat der endlosen Kapitalakkumulation" (81) auskommt, erörtert Wallerstein weitere gesellschaftliche und politische Grundfragen: Als unerlässlich für eine gesellschaftliche Erneuerung gilt dabei die Implementierung „wahrhaft demokratischer Strukturen". Es heißt: „Nichts wird funktionieren, wenn die Bevölkerung nicht das Gefühl hat, dass sie wirklich einen beträchtlichen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess hat" (92).

Mit vorsichtigem Optimismus werden Umrisse eines „relativ demokratische(n) und egalitäre(n) System(s)" (81) gezeichnet. Fragen einer „Befreiung von der Arbeit" oder des gesellschaftlichen Zeitbudgets stehen dabei nicht, wie bei Andre Gorz, im Mittelpunkt.[17] Es wird auch nicht auf spezielle Modelle wie die Rätedemokratie oder auf radikaldemokratische Reformkonzeptionen Bezug genommen. Im Grunde referiert Wallerstein hier zum klassischen Thema „Sozialismus und Demokratie", wobei statt theoriegeschichtlicher Vergewisserungen praktische Fragen ganz im Vordergrund stehen und das besondere Interesse oder die Sorge der Frage gilt, ob und wie beerbenswürdige „liberale Ideale" (82) in die Tat umgesetzt werden könnten.

Von diesen könnte übernommen werden, dass „die Mittel der kollektiven Gewalt begrenzt wären, sodass sich jeder persönlich einigermaßen sicher fühlte und die größtmögliche Breite individueller Optionen wahrnehmen könnte". Dazu gehört auch die Möglichkeit, „einen oder mehrere befriedigende Berufe auszuüben und dass im Fall besonderer wie unerwarteter Bedürfnisse soziale Hilfe zur Verfügung stünde" (82).

Wohl auch mit Blick auf geschichtliche Erfahrungen, das Verhältnis zwischen Individuum und Staat beziehungsweise Bürokratie betreffend, heißt es: Auf der Grundlage einer nicht am Profit orientierten ökonomischen Struktur, des gleichen Zugangs zu Bildung und Gesundheit sowie der Existenzsicherung durch ein garantiertes Grundeinkommen könnte auch „das Webersche Ideal eines interesselosen öffentlichen Dienstes" er-





reicht und die Entstehung einer neuen Nomenklatura vermieden werden (92).

Wallerstein sieht durch die anvisierte gesellschaftliche Umstimmung überhaupt die Möglichkeit, dass sich die „Rangordnung sozialer Prioritäten“ und die Motivationen der Menschen ändern (83) und dass noch weitere bedrängende gesellschaftliche und politische Probleme erfolgreicher angegangen werden können, vor allem die „Ungleichheit von Rasse, von Geschlecht und von Nationen“. Die entsprechenden „Diskriminierungen“ sind für das Funktionieren des gegenwärtigen historischen Systems „weiterhin grundlegend“. „Diese Ungleichheiten sind moralisch inakzeptabel und im Rahmen unseres gegenwärtig existierenden Weltsystems unlösbar“. Die Frage stellt sich: „Werden wir somit eine klassenlose Gesellschaft haben? Auch dies bezweifle ich“. Es können sich aber „die tief verankerten und zerstörerischen Unterschiede zu Unterschieden verwandeln, die relativ geringfügig und in ihrer Wirkung begrenzt sind“ (90, 91).

Ökologische Probleme und das Verhältnis von Mensch und Natur

Ich greife die Frage der Ökologie erst nach den Erörterungen zu einer neuen Reproduktionsordnung auf, obwohl sie in der Rangliste der wahrgenommenen Probleme oft vorrangig erscheint. Wallerstein stellt dazu fest: „Die Resultate unseres gegenwärtigen Systems (wirken) immer absurder und unvernünftiger“. Er stellt dann ein einfaches Rezept aus: „Wir müssen verlangen, dass alle Produktionsorganisationen sämtliche Kosten internalisieren, einschließlich jener Kosten, die nötig sind, um sicherzustellen, dass die produktive Aktivität die Biosphäre weder verschmutzt noch aufbraucht“. Diese Kosten würden zu „Herstellungskosten“ (93, 94). Der Vorschlag verspricht einige positive Effekte und würde zugleich die „Profitklemme“ der Kapitalwirtschaft verschärfen.

Wie kann aber das generelle Ziel erreicht werden, „dass die Ressourcen der Biosphäre adäquat geschützt würden“? Die unumgängliche Wahl in den ökonomisch-ökologischen Fragen „sind soziale Entscheidungen, die demokratisch getroffen werden sollten, wobei alle, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, involviert sein sollten“. Zu fragen ist beispielsweise: „Was ist material rational im Hinblick auf die Verwendung unserer Ressourcen, die alles andere als unbegrenzt sind?“ (vgl. 82 ff., 93, 94)

Mir scheint nach alldem soviel klar: Eine profitabel organisierte Umweltindustrie, eventuell garniert mit einem Kranz ehrenamtlich gepflegter Biotope, kann keine Lösung darstellen. Man konnte schon im ersten Band des Marxschen Kapitalwerks nachlesen: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: Die Erde und den Arbeiter“.[18] Offenkundig werden alle an sich sinnvollen Ansätze zu nachhaltigem Wirtschaften bisher noch weit überboten durch die fortwirkenden, sich global kumulierenden kapitalwirtschaftlichen Destruktivkräfte. Es bedarf also in erster Linie einer neuen Wirtschaftsverfassung, wie sie hier utopistisch anvisiert wird. Die weit darüber hinausführenden existenziellen Fragen des Verhältnisses von Mensch und Natur - virulent beispielsweise in den Diskussionen über die Atomkraft und Biotechnologie -, die Marx mit seiner visionären Formel von einem „durchgeführte(n) Naturalismus des Menschen und ... Humanismus der Natur“ anspricht, sind damit noch nicht einmal angerissen.[19]

Staatliche Verfasstheit der Nations of the World

Aus der in den bisherigen Überlegungen zugrunde gelegten Modellierung eines gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ergibt sich, dass die Frage des Gesellschaftsganzen in seiner staatlichen Verfasstheit noch einmal im erweiterten Sinn aufgegriffen werden muss: Moderne Staatlichkeit hat sich wesentlich als Nationalstaat ausgeprägt. Diese Nationalstaaten bilden Wallerstein zufolge keine „autonomen Einheiten“. Sie bilden „Glieder eines zwischenstaatlichen Systems im Zusammenhang des kapitalistischen Weltsystems“ (17 ff., 56).

In der „Weltsystemanalyse“ rangiert der Staat als ein konstitutives Element für das Funktionieren des Systems. Dies aber nicht nur durch seine ökonomischen Funktionen im Dienste der Kapitalwirtschaft. Die Staaten halten ebenso oppositionelle Bewegungen im Zaum und erhalten die sozialökonomischen Hierarchisierungen und Spaltungen, welche zur Erhaltung der bestehenden Ordnung beitragen (28 ff.).[20]

Wallerstein nennt dazu die „Hierarchisierung“ der Arbeiterschaft und eine hochgradig ungleiche Einkommensverteilung. Er verweist auf den „Sexismus“ als eine Praxis, die der Aufrechterhaltung der unbezahlten Arbeit als Nicht-Lohnarbeit im Haushalt dient. Der „Rassismus“ erscheint als eine Ethnisierung ungleicher Einkommensverteilung und als Rechtfertigung für die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie. „Nationalismus“ gilt als eine Ideologie

der Ungleichheit, die Legitimationszwecken in der Hackordnung des zwischenstaatlichen Systems dient.

Die Rollenspiele des Staates verweisen darauf, dass ein funktionierendes Staatensystem zu den Existenzbedingungen des Bestehenden gehört. Wäre aber der Umkehrschluss erlaubt, dass mit der Aufhebung der Profitwirtschaft auch die nationalstaatliche Verfasstheit der Gesellschaften aufgehoben würde und eine - wie auch immer geartete - entschränkte Weltgesellschaft entstehen könnte? In der „Utopistik“ habe ich keine klare Antwort auf diese Frage gefunden. Kann sich Wallerstein, wie ein Kommentator vermerkte, „den Sozialismus nur auf Basis einer ‚sozialistischen Weltregierung’ vorstellen, deren staatliche Strukturen dann im Marxschen Sinne absterben würden“?[21]

In der linken Diskussion sind die Fragen zur Rolle des Staates[22] im Zusammenhang der Globalisierung und zur Zukunft der Nationbildung[23] äußerst umstritten: Tatsächlich sind die konkreten Gestalten heutiger Gesellschaftlichkeit aus der Selbstorganisation von kulturell geprägten Wirtschaftsgesellschaften erwachsen. Hier sollten die Determinierungen, welche die Nations of the World heute im Zusammenhang des Welt-Systems erfahren, nicht überzeichnet oder gar verabsolutiert werden. Weiterhin möchte ich argumentieren, dass der geschichtlich herausprozessierte Vergesellschaftungstyp umso mehr zur Grundform des gesellschaftlichen Lebens werden kann, wie an Stelle einer per se maßlosen, grenzenlosen industriewirtschaftlichen Warenproduktion die auf die Subsistenz des konkreten Gemeinwesens und die Entfaltung seiner gesellschaftlichen Individuen bezogenen sozialwirtschaftlichen Dienste an Raum gewinnen, die industrielle Warenproduktion einbinden und sich neue politisch-ökonomische Organe der Selbstregulation mit je besonderer sozialpraktischer Reichweite konstituieren.

Aus dieser Sicht wird die Gesellschaft der Zukunft nicht auf einer totalen Entgrenzung des gesellschaftlichen Lebens beruhen. Meiner Ansicht nach werden sich vielmehr, in Gegentendenz zur neoliberalen Globalisierung, mit der Brechung des pervertierten Internationalismus des kapitalwirtschaftlichen Weltmarkts, praktisch-begrenzte Formbildungen von Gesellschaftlichkeit in Anschluss an die heutigen Nations of the World konstituieren. Diese Weltgesellschaften können sich aufgrund des Bruchs mit der Verwertungsökonomie eine vernetzte, kommunalistische[24] und subsidiäre politisch-ökonomische Struktur im Innern geben, sich zugleich auch in übergreifende Zusammenhänge kooperativ eingliedern. Solche Strukturen können sich von der Ebene kommunaler Selbststeuerung, regionaler Vernetzung und interkommunaler Kooperation über Kontinentalverbände wie ein einiges Europa bis hin zu einem Ensemble globaler Institutionen mit der UNO an der Spitze erstrecken, es kann kooperative Formen in der ganzen Bandbreite von Städtepartnerschaften bis hin zu Staatenbündnissen geben.

In diesem Sinne wurde letzthin in einem Kommentar der Nationalstaat verteidigt: „Die Erfahrung des Nationalstaats ist die eines Universellen im kleinen; sie entspricht nicht einfach einer großen Zusammenlegung von Ähnlichkeiten in Form einer ‚Identität’.“ Der Verfasser argumentiert zur zukünftigen „Konstruktion Europas“, dass die Gestaltung Europas „kein Ersatz“ für eine notwendige „Reformierung oder Neubegründung der Nationen“ sein kann, bei der die „Konsolidierung des Wohlfahrtsstaats“ die zentrale Frage darstellt. Der „Text, der Europa seinen politischen Rahmen gibt, (soll) in meinen Augen nach dem Modell einer Charta und nicht nach dem einer Verfassung gedacht werden“[25] : Diese Stellungnahme verweist auf die ebenso dringliche wie weithin ungeklärte Frage, welches Europakonzept in der Perspektive eines angestrebten alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells verfolgt werden sollte.

Jedenfalls deutet sich mit dem Konzept einer sozialwirtschaftlichen Grundorganisation des Gesellschaftlichen die Möglichkeit der praktischen Überwindung jener sozialpathologischen Megastrukturen an, wie sie sich als Reflex der entfesselten Krebsökonomie herausgebildet haben.[26] Hinzu kommt: Eine zukünftige politisch-ökonomische Transformation hat zunächst keine anderen realistischen Einsatzfelder als konkrete Weltgesellschaften. Dagegen mögen nicht wenige Standpunkte ins Feld geführt werden, auch solche, die in jedem Gedanken an Nationalökonomie oder Kulturnation einen „Nationalismus“ vermuten. Die Auseinandersetzung auf diesem Feld muss geführt werden. Beispielsweise führt die Empire-Theorie von Hardt und Negri, mit ihrem Ruf „Weg mit dem allgegenwärtigen Staat“[27], in diesem Zusammenhang in die Irre. Bourdieus „Gegenfeuer“ spricht dem gegenüber treffend aus, „dass die Beherrschten ein Interesse an der Verteidigung des Staates haben, insbesondere seines sozialen Gesichtes“.[28]

Gesellschaftspolitische Konstellationen und unser Handeln

Zum Schluss der Utopistik-Diskussion „kommen wir zu der politischen Frage: Wie gelangen wir dorthin und was können wir in den nächsten 25 bis 50 Jahren tun, um zu einem historischen Gesell-

schaftssystem zu kommen, das eine höhere „materiale Rationalität“ aufweist?“. „Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen“ (95). „Zum ersten Mal in der bekannten Menschheitsgeschichte“ kann ein System entstehen, in dem mehr Demokratie und Gleichheit verwirklicht werden soll. Kurz: Es geht in dem zukünftigen Ringen um die Errichtung eines „wahrhaft sozialistischen welthistorischen Systems“.

Uns steht dazu eine Konfrontation zwischen den „Privilegierten“ und einer heterogen zusammengesetzten gesellschaftlichen Mehrheit bevor. Die Privilegierten stellen eine „amorphe, ganz unterschiedliche Gruppe von Nutznießern der bestehenden Lage“ dar. Sie sind informierter, reicher und mächtiger als jemals zuvor. Sie haben ein „kollektives Klasseninteresse an gewissen Ergebnissen“, stehen aber auch in Konkurrenz zueinander. Möglicherweise werden sie versuchen so zu tun, als würde man alles ändern, damit sich nichts ändert. Vermutlich werden sie eine Rhetorik entfalten, die einen „Großteil der Terminologie der Unzufriedenen integriert“ (96, 97, 98)

Auf der anderen Seite erhebt sich die Frage: „Und wie werden die Unterdrückten in unserem gegenwärtigen System handeln?“. Diese sind in viel stärkerem Maße eine „heterogene, amorphe Gruppe“. Sie verfügen über weniger Macht, Organisation und Reichtum, um einen globalen Kampf zu führen. Dieser wird in verschiedenen Formen stattfinden - offene Gewalt, Wahl- und Gesetzgebungskämpfe, theoretische Debatten, öffentliche Appelle. „Die Polarisierung ist die stärkste, die es jemals gegeben hat“ und die „Machthaber“ werden ihre Privilegien nicht einfach aufgeben. Es wird „eine Periode schrecklicher politischer Kämpfe sein, da es um so viel mehr geht als in so genannten normalen Zeiten“, ja „es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben“ (75, 95, 100, 101).

Es fällt am Ende auf, dass Wallerstein die subjektiven Kräfte einer gesellschaftlichen Umwälzung nicht genauer identifiziert. Im Hinblick auf deren Strategie wird aber eindringlich vor der traditionellen Fixierung der systemkritischen Bewegungen auf die Übernahme der Staatsmacht gewarnt: „Der Zusammenbruch der Sowjetunion war kein Desaster für die Welt-Linke ... Er hat uns kollektiv vom Alp nicht länger sinnvoller leninistischer Strategie und Rhetorik befreit“[29]. Solche Machtübernahme führte in der Vergangenheit stets zur Wiedereinbindung in nicht wirklich überwundene institutionelle Zusammenhänge und damit letztlich zur Stabilisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Immerhin wird die Möglichkeit gesehen, dass eine breite politische Opposition entsteht: „Ich kann darüber eigentlich nicht mehr sagen, als dass das Konzept einer Regenbogen-Koalition wahrscheinlich das einzig wirksame ist“ (101).[30]

Programm der gesellschaftlichen Transformation

Mein Resümee aus den Untersuchungen zur „Utopistik“ lautet: Die politische Strategie der Opposition in der Übergangsperiode kann nur in einer langfristigen Politik der gesellschaftlichen Transformation bestehen, die auf den Veränderungsdruck aus den immer wieder aufbrechenden Dysfunktionalitäten und Destruktionserscheinungen des Systems konkret antwortet. Diese Politik muss an identifizierbaren Interessenlagen und Emanzipationsbestrebungen im System der gesellschaftlichen Arbeit und an alltägliche gesellschaftliche Grundbedürfnisse anknüpfen. Sie kann sich insgesamt als neue Hoffungsperspektive für die Wünsche der Mehrheit nach Frieden und Arbeit, Demokratie und Gerechtigkeit darstellen. Jede solche Politik wird heute auf das universelle gesellschaftliche Individuum zielen[31], kulturrevolutionär in allen Bereichen der gesellschaftlichen Praxis wirken und sich zugleich bewusst „innerhalb der Weltfamilie antisystemischer Bewegungen“ bewegen, die der „Geist von Porto Alegre“ beseelt, so Wallerstein in den Thesen für eine „Linke Politik“. Aber diese Politik wird nur dann eine starke Koalition der Entschiedenen konstituieren, wenn sie sich auf ein Vertrauen erweckendes, funktionsfähiges Konzept einer alternativen Wirtschaftsverfassung stützt und in entscheidenden Momenten Schritte zu dessen Initialisierung erzwingt.

Demnach ist die aus einer realen Latenz der Praxis entwickelbare postkapitalistische Ökonomik der theoretische Hauptaspekt eines erneuerten linken Projektes für die kommende Periode. Dieses Projekt erfordert eine utopistische Überschreitung der traditionellen Kritik der politischen Ökonomie und dadurch auch eine erneute, tiefgreifende Auseinandersetzung mit der Marxschen Wirtschaftstheorie. Unzureichend ist jedenfalls deren bloße Fortschreibung als traditionelle Wert-, Kapital- und Krisentheorie, mithin als ohnmächtige Begleitreflexion der Systembewegungen.[32] Und nicht getan ist es auch mit der Fortsetzung theoriehistorisch fixierter Ideenklaubereien über Sozialismus, mit reformistischen Wunschzetteln für mehr Demokratie in der Wirtschaft, mit überschwänglichen Proklamationen zur Abschaffung der Arbeit, mit ökologietheoretischen Superrezepten und sonstigen buntscheckigen Ideenkonstruktionen alternativen Wirtschaftens, von denen es nicht wenige gibt.[33]

Daher war mit vorliegender Utopistik-Diskussion auch beabsichtigt, einen Gesamtrahmen zu

skizzieren der erlaubt, konstruktive Einzelaspekte aus der Alternativdebatte neu aufzugreifen und in einen zusammenhängenden Rahmen zu stellen. „Dabei sollte klar sein, dass ich hier kein Programm vorgeschlagen habe, sondern nur einige Elemente, die zu einer Diskussion eines Programms führen sollten, wie man ein material rationales historisches System institutionalisieren und die Übergangsphase durchlaufen könnte, um dorthin zu gelangen.“ Wallersteins Version der Elften These lautet: „Wenn wir einmal die Alternativen verstehen, müssen wir bereit sein, uns in einem Kampf zu engagieren, ohne jegliche Garantie dafür, dass wir ihn gewinnen werden“ (101, 102)

e-mail: dr.horst.mueller@t-online.de

Anmerkungen:

1 Wallerstein, Immanuel (1998): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Promedia Verlag, Wien 2002. Wallerstein ist seit 1976 Direktor des Fernand Braudel Center for the Study of Economics, Historical Systems, and Civilisations (FBC) an der Birmingham University, New York. Seine Hauptarbeit gilt einer Weltsystemtheorie, von der bisher 3 Bände erschienen sind. Weitere Informationen und aktuelle Texte auf der Internetseite http://fbc.binghamton.edu/ des Instituts. Siehe auch Wallerstein, Immanuel: Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, S. 31-67 in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie. Frankfurt/M 1979. Ders.: Der historische Kapitalismus. Argument-Verlag, Hamburg 1984. Ders.: Das moderne Weltsystem I / II 1986 / 1998 im Promedia Verlag, Wien. Ders.: Marx, der Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltsystem. S. 126-137 in: Zeitschrift Prokla Nr. 78, Auf der Suche nach dem verlorenen Sozialismus. Rotbuch Verlag, Berlin 1990. Ders.: Wegbeschreibung der Analyse von Weltsystemen, oder: wie vermeidet man, eine Theorie zu werden, in: Zeitschrift für Weltgeschichte 2, 2 (2001), S. 9-32. Ders.: Linke Politik für ein Zeitalter des Übergangs, S. 10-17 in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr. 3-2002, VSA-Verlag.

2 Siehe grundrisse Nr. 9/2004

3 Beispielhaft sei genannt: Helmut Reichelt, Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx. Europäische Verlagsanstalt Frankfurt / Europa Verlag Wien 1971.
Letzthin wurde die Debatte wieder belebt, vgl. Kritik der politischen Ökonomie- Methodenstreit. Mit Beiträgen von W.F. Haug, M. Heinrich, H.-G. Backhaus, Th. Sablowski, in: Zeitschrift Das Argument, Heft 3/2003. Dazu Karl Reitter: Logisch oder historisch? Einführende Bemerkungen zu einer Kontroverse zwischen Michael Heinrich, Hans Georg Backhaus und Wolfgang Fritz Haug. In grundrisse 08/2003.

4 Backhaus, H.-G.: Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie. S. 16-177 in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 11. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978. Ders.: Dialektik der Wertform. Ca ira-Verlag, Freiburg i. Breisgau 1997.
Neuere Beiträge zur Ware-Wert-Problematik sind Eicker-Wolf, Niechoj, Wolf (Hrsg.): Nach der Wertdiskussion? Schriftenreihe der Forschungsgruppe Politische Ökonomie Nr. 1, Marburg 1999. Heinrich, Michael: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition. Westfälisches Dampfboot, Münster 1999. Dazu Birkner, Martin: Der schmale Grat. Auseinandersetzung mit Michael Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert. In grundrisse 1/2002. Das werttheoretische Kernstück der gesamten Krisis-Theorie findet sich bei Robert Kurz: Abstrakte Arbeit und Sozialismus. Zur Marxschen Werttheorie und ihrer Geschichte, in: Marxistische Kritik Nr. 4, Dezember 1984, S. 57-108. Auch mit inzwischen vorliegenden Beiträgen zur Zurückweisung der „Neuen Deutschen Wertkritik“ dürfte die Diskussion um die Krisis-Position nicht zu Ende sein.

5 Das Marxsche Rätselwort lautet: „Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf“. Vgl. Karl Marx, Grundrisse, MEW 42, S. 105, 607, aber auch MEW 19, S. 375-376: „Der Wert der Ware (ist) so nur eine bestimmte historische Form von etwas, was in allen Gesellschaftsformen existiert“. Von da lautet die eigentliche Frage m. E.: Was bedeutet und welche Rolle spielt, in welchen Formbildungen existiert letztendlich „Wert“ im Reproduktionsgefüge einer alternativen Wirtschaftweise?

6 Vgl. S. 66 in Krätke, Michael R.: Demokratisierung der Wirtschaft - Sozialisierung der Märkte. Marktsozialismus, Wirtschaftsdemokratie und radikaldemokratische Reformkonzepte heute. S. 55-67 in: Zeitschrift Widerspruch Nr. 43, Zürich 2003.

7 Dazu Brand, Ulrich u.a.: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster 2000

8 Der Begriff „sozialwirtschaftliche Dienste“ verweist zunächst darauf, dass es hierbei keineswegs nur um „Soziales“ oder um „Dienstleistungen“ im herkömmlichen Sinne geht, sondern um die Reproduktion von gemeinschaftlichen bzw. allgemeinen Existenzbedingungen oder ebenso Kulturelementen der gesellschaftlichen Praxis. Siehe auch die weiterführenden Hinweise der Fußnote 11.

9 Vgl. Grundrisse, S. 584 ff.

10 Vgl. MEW 42, S. 203

11 Die Theorie der Sozialwirtschaft wird hier als Forschungshypothese in die Diskussion zu Wallersteins Utopistik mit eingebracht, kann aber in diesem Kontext nicht weiter ausgeführt werden. Jedenfalls wird die Lösung des Problems einer alternativen Wirtschaftsweise durch eine „praxisanalytische“ und „transformationstheoretische“ Herangehensweise gesucht und innerhalb der umrissenen, über die traditionellen Reproduktionsschemata hinausgehenden Modellierung eines umgreifenden Reproduktionsszenarios sowie in einer darauf neu aufsetzenden wert-theoretischen Untersuchung vermutet.
Zum Begriff und zur Theorie der Sozialwirtschaft siehe Müller, Horst: Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft. Zur konkreten Utopie der politischen Ökonomie (I). In: UTOPIE kreativ. Heft 47/48. Berlin 1994. S. 123-135. Ders.: Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft (II). Der Übergang zur Sozialwirtschaft. In: UTOPIE kreativ. Heft 50. Berlin 1994. S. 25-37. Ders.: Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft (Kurzfassung) in: Forum Sozialpolitik. Zeitschrift der AG SPAK Nr. 78/79, März 2000, S. 80-85. Ders.: Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft. S. 909-924 in: Utopie kreativ, Oktober 2001/Heft 132. Ders.: Vom Streit über die Marxschen Reproduktionsschemata zu einer Theorie der ökonomischen Transformation, S. 142-158 in: VorSchein Nr. 22/23, Jahrbuch der Ernst-Bloch-Assoziation, Philo-Verlag 2002. Ders.: „Von der Kritik zur Utopistik der politischen Ökonomie“, Vortrag auf der Tagung der Initiative für Praxisphilosophie ‚Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft’, Februar 2004 in Nürnberg.

12 Vgl. Wallerstein, Immanuel: Linke Politik für ein Zeitalter des Übergangs, in: Der Geist von Porto Alegre und die Strategie der Linken. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2002. VSA-Verlag Hamburg.

13 Das Problemfeld einer partizipatorischen Wirtschaftsverfassung ist damit erst angerissen. Dazu Creydt, Meinhardt: Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes. Aktuelle Modelle sozialistischer Wirtschaftsgestaltung aus der angelsächsischen Diskussion, in: Zeitschrift Widerspruch, Bd. 40, Zürich 2001.

14 Vgl. Lefebvre Henri (1968): Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972. Ders.: Die Revolution der Städte. Syndikat Verlag, Frankfurt/M. 1976. Als klassische Theorievorgaben zum Themenkreis möchte ich notieren: Castells, Manuel: Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung. VSA-Verlag, Hamburg 1977. Kebir, Sabine: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. VSA-Verlag 1991.

15 Ausgezeichnet zur Einführung: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Herausgeber: Bischöfliches Hilfswerk Misereor, DGB Bildungswerk Nord-Süd-Netz, Servicestelle Kommunen in der einen Welt (Materialien 70/2002). Siehe auch Carsten Herzberg / Christian Kasche: Modell Porto Alegre. Der Bürgerhaushalt auf dem Prüfstand. S. 1375-1384 in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 11/2002.

16 Ein Ausdruck beginnender Interessenartikulation ist beispielsweise: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Leipziger Resolution für die Stadt der Zukunft. S. 165-171 in: Mitteilungen des Deutschen Städtetages Folge 10, Nr. 386-424. Köln und Berlin, 2001. Zur aktuellen Problemlage Lattmann, Jens: Die Stadt der Zukunft und der Wirtschaft. Standort Stadtstärken, in: Der Städtetag Nr. 5/2003, S. 22-27.

17 Gorz, Andre: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Rotbuch Verlag, Berlin 1989.

18 Marx, Karl: Das Kapital, MEW 23, S. 529.

19 Das Marx-Zitat aus den Pariser Manuskripten von 1844 wendet Bloch im Prinzip Hoffnung zu „Naturalisierung des Menschen, Humanisierung der Natur“, ebd. S. 235. Umfassend dazu Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich: Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Philosophiegeschichtliche Studien zur Naturproblematik bei Karl Marx. Alber Verlag, Freiburg/München 1984.

20 Dazu auch Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Argument Verlag, Hamburg/Berlin 1990.

21 Unruh, Ludwig: Das moderne Weltsystem. Immanuel Wallerstein zum 70. Geburtstag, in: Direkte Aktion Nr. 141, Oktober 2000.

22 Verweise auf staatstheoretische Grundlagenliteratur würden den gegebenen Rahmen sprengen. Wenigstens eine Fundgrube sollte nicht unerwähnt bleiben: Karl Marx / Friedrich Engels. Staatstheorie. Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie, hrsg. von Eike Hennig, Joachim Hirsch, Helmut Reichelt und Gert Schäfer. Ullstein Buch Nr. 3008, 1974. Von diesen Autoren hat in neuerer Zeit Joachim Hirsch noch mehrfach Stellung genommen, zuletzt mit: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. VSA-Verlag, Hamburg 2002.

23 Ich erinnere an T. Nairn / E. Hobsbawm / R. Debray / M. Löwy: Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte. Rotbuch Verlag, Berlin 1978. Ein relevanter Beitrag in der aktuellen Diskussion: Crome, Erhard: Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 2002.

24 Der unübliche Ausdruck „kommunalistisch“ wird verwendet in Anlehnung an die Ausführungen von Karl Marx zur Pariser Kommune in: Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, u.a. S. 339-343 und 351. Marx sah in der sich abzeichnenden neuartigen Städte- oder Kommunalverfassung der Pariser Kommune eine „durch und durch ausdehnungsfähige politische Form“. Die „Einheit“ des „in Kommunen konstituierten Volk(es)“ „sollte nicht gebrochen“, sondern im Gegenteil neu „organisiert werden durch die Kommunalverfassung“. Als Grundform der befreiten, jetzt gesellschaftlich „assoziierten Arbeit“ gelten „genossenschaftliche“ Betriebe, welche die „nationale Produktion“ dann „nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Leitung nehmen“.

25 Vgl. Rosanvallon, Pierre: Die Konstruktion Europas. Ein neues Zeitalter erfordert ein Laboratorium der Demokratie, S. 68-71 in: Lettre International Nr. 60, I / 2003.

26 Der italienische Städtebau-Architekt Lampugnani, nachdem er über die „Zukunft der telematischen Stadt“ nachgedacht hat: „Gegenwärtig könnte Shanghai eher von München lernen als umgekehrt“. In: Süddeutsche Zeitung (SZ), Feuilleton am 28.03.2003).

27 S. 357 in: Hardt Michael u. Negri Antonio: Empire. Die neue Weltordnung. Campus Verlag, Frankfurt/M. 2002.

28 S. 49 in: Pierre Bourdieu, Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Insbesondere S. 39-52: Der Mythos Globalisierung und der europäische Sozialstaat. UVK Universitätsverlag, Konstanz 1998.

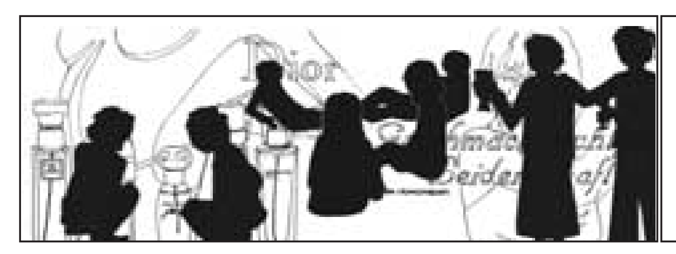
29 Wallerstein, Immanuel: Linke Politik für ein Zeitalter des Übergangs, in: Der Geist von Porto Alegre und die Strategie der Linken. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2002. VSA-Verlag Hamburg. Helmut Fleischer verdanke ich den Hinweis auf eine wenig bekannte Fundstelle, die den Marxschen Standpunkt zum Verhältnis von „sozialer Umwälzung“ und „politischem Aufstand“ erhellt: Wo es beim politischen Aufstand nur darum geht, dass die „einflusslosen Klassen“ ihre „Isolierung“, d.h. ihren Ausschluss „von der Herrschaft auf(zu)heben“, verbirgt dieser Aufstand „unter der kolossalsten Form einen engherzigen Geist“. Wo dagegen die „politische Revolution mit einer sozialen Seele“ geschieht und sodann die eigentliche „organisierende Tätigkeit“ für die Errichtung des „wahren Gemeinwesens“ beginnt, da „schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg“. In: Karl Marx, Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen, MEW 1, S. 408 f.

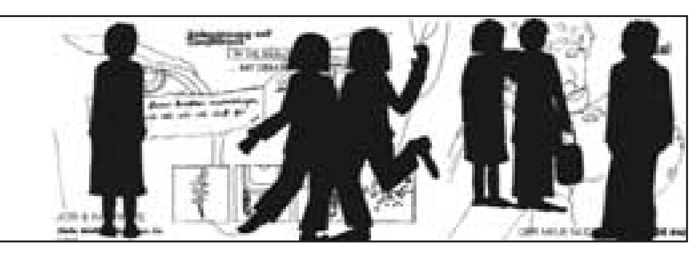
30 Die „Regenbogen-Koalition“ gibt einen Denkanstoß, stellt aber natürlich kein ausreichendes politisches Konzept dar. Im vorliegenden Zusammenhang wäre es am Platz, erneut Gramscis Ideen des „historischen Blocks“ und des Ringens um „Hegemonie“ zu diskutieren. „Der für Gramscis gesamtes Werk konstitutive Bündnisgedanke tritt unter der Formel des ‚Blocks' auf“, bemerkt Sabine Kebir in: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. VSA-Verlag, Hamburg 1991. Siehe ebd. S. 74-89.

31 Auf der politisch-ökonomischen Basis der neuen Gesellschaft im Marxschen Sinne soll sich die „Möglichkeit der universellen Entwicklung des Individuums“ eröffnen. Die angestrebte „Universalität“ der assoziierten Individuen schließt ein neues gesellschaftlich-geschichtliches Wirklichkeitsbewusstsein ein, insbesondere ein „Begreifen seiner eignen Geschichte“ als unaufhebbarer Werdensprozess und ein Wissen davon, dass die Natur der „reale Leib“ des Menschen (und selbstverständlich als solcher zu behandeln) ist. Siehe Grundrisse, MEW 42, S. 447.

32 Vgl. Horst Müller, Politische Ökonomie heute: Krisen- oder Transformationstheorie? Thesen zur Kritik der traditionellen Kapital- und Krisentheorie, S. 317-319 in: Erwägen Wissen Ethik, EWE 13 (2002), Heft 3, Westdeutscher Verlag, Opladen.

33 Ich nenne aus dem Spektrum des Alternativ-Denkens einige typische Positionen: Joachim Bischoff / Hans-Georg Draheim: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zur politischen Ökonomie einer nicht-kapitalistischen Wirtschaft, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 1/2003. Krätke, Michael R.: Demokratisierung der Wirtschaft - Sozialisierung der Märkte. Marktsozialismus, Wirtschaftsdemokratie und radikaldemokratische Reformkonzepte heute. S. 55-67 in: Zeitschrift Widerspruch Nr. 43, Zürich 2003. Gorz, Andre: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Rotbuch Verlag, Berlin 1989. Rifkin, Jeremy: Die H2-Revolution. Campus Verlag, Frankfurt 2002.





Karl Reitter
Ein Popanz steht Kopf

Zu Postones Buch: „Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft“

Postones Buch „Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft“ erschien im Original bereits Mitte der 90er Jahre und liegt nun auch in deutschsprachiger Übersetzung vor. Diese Arbeit kann durchaus als eine Art Manifest der sogenannten Wertkritik bezeichnet werden. Die Wertkritik stellt nun keinesfalls eine einheitlich Strömung dar, ganz im Gegenteil. Sowohl AktivistInnen der Krisis-Gruppe als auch der „Initiative Sozialistisches Forum“, letztere mit klar antideutscher Ausrichtung, haben gemeinsam an der Übersetzung gearbeitet, obwohl sich diese Gruppen äußerst kritisch, ja feindselig gegenüberstehen und ihre Form der Auseinandersetzungen bis an die Grenze der Handgreiflichkeit heranreicht. Aber Postone ist es mit seinem Buch offenbar gelungen, der Wertkritik eine so allgemeine programmatische Form zu geben, daß die unterschiedlichsten Strömungen darin eine diskussionswürdige Basis ihres Marxverständnisses erkennen. Grund genug, sich genau mit diesem Buch auseinanderzusetzen.

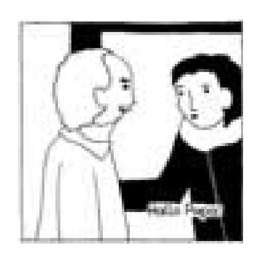
Aus Postones Arbeit wird klar, daß Wertkritik gegenwärtig wohl als Sackgasse angesehen werden muß. Ihre ursprüngliche Intention bestand darin, ein vorgebliches Defizit des bisherigen Marxismus, oftmals als „Arbeiterbewegungsmarxismus“ oder „traditioneller Marxismus“ bezeichnet, zu korrigieren. Vereinfacht gesagt, ging es darum, den gesellschaftskritischen Gehalt der Begriffe der Kapitalanalyse, wie Ware, Wert, Doppelcharakter von Arbeit und Ware usw. herauszuarbeiten und damit gleichzeitig die Verkürzungen des „Arbeiterbewegungsmarxismus“ zu kritisieren. Diesem wurde vorgeworfen, die Kritik Marxens am Kapitalismus auf ungerechte Verteilung, Ausbeutung usw. zu reduzieren, somit die Tiefendimension der Marxschen Begriffe ebenso zu verkennen wie die notwenige Tiefe der Kritik am Kapitalismus. Allerdings ist die Wertkritik sehr rasch übers Ziel hinausgeschossen und hat tatsächliche oder vermeintliche Verkürzungen sehr rasch durch eigene ersetzte. Ja, in gewissem Sinne wurde der oftmals sehr grob und unzureichend dargestellte „Arbeiterbewegungsmarxismus“ einfach auf den Kopf gestellt. Wurde diesem etwa aus wertkritischer Perspektive vorgeworfen, die Kritik am Kapitalismus auf ungerechtre Verteilung zu reduzieren, so wurde diese Verkürzung sehr rasch durch ein völliges Unverständnis der Ausbeutung und ihrer Konsequenzen ersetzt; auf die ehemalige Verehrung der fordistischen, industriellen ArbeiterInnenklasse folgte die Verwerfung des Klassenbegriffs überhaupt usw. usf.. Franz Schandl schreibt etwa über den Begriff der Ausbeutung: *„Ausbeutung ist eine moralisch aufgeladene Kategorie, die jedoch wenig begreift.“*[1] Mit dieser Aussage wird die Reduktion des Ausbeutungsbegriffs auf ungerechte Verteilung für bare Münze genommen. Im Kern bezeichnet jedoch Ausbeutung jenen Prozeß, durch den das Klassenverhältnis selbst produziert wird, in dem sich das Kapital die Produkte unserer Arbeit aneignet, und dieses Angeeignete uns als sachliche Macht entgegentritt. Ausbeutung ist Prozeß, das Privateigentum an Produktionsmittel















das Resultat. Zu sagen, „Wir arbeiten, aber die Bosse profitieren" ist bestenfalls nur ein Moment der Ausbeutung, keineswegs ihr eigentlicher Mechanismus. Gleichzeitig werden einmal gewonnene Erkenntnisse schematisch immer wieder wiederholt. Zentrales Beispiel dafür ist die Kritik an der Arbeit, die auch im Buch von Postone zentral ist. Es ist sicher richtig und notwendig, der von Gewerkschaften und Sozialdemokratie (und nicht nur von ihr) transportierten Arbeitsmoral entgegenzutreten, die Affirmation der Lohnarbeit durch ihre Kritik zu ersetzen. Aber nach dem siebenundfünfzigsten Artikel gegen die Arbeit, nach dem x-ten Manifest gegen sie, usw., wäre doch wohl die Frage angebracht, ob hier nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird.

In Postones Buch finden sich nun alle Halbwahrheiten, Verkürzungen, Unzulänglichkeiten und Fehldeutungen gesammelt und versammelt. Das erste Problem, und damit sind wir bereits mitten in der Kritik an Postone, ist die Art und Weise, wie die Thesen vorgetragen werden. Anstatt die Auseinandersetzung mit Marx zu eröffnen und eine neue Debatte zu ermöglichen, wird die Rezeption von Marx hermetisch abgeriegelt. Das liegt weniger an dem schwer erträglichen Pathos, mit dem Postone die Erfindung des Rades präsentiert. Tatsächlich hat Stefan Breuer bereits ab Mitte der 70er Jahre vieles von dem vorweggenommen, was in Postones Buch als zentrale Aussage formuliert wird. Die Auseinandersetzung wird deshalb so erschwert, weil Postone suggeriert, seine höchst selektive und einseitige Interpretation sei bei Marx eins zu eins zu finden, während jene Passagen, deren Buchstaben und Geist Postone ignoriert oder verschweigt, böswillige Erfindungen und Verzerrungen des „Arbeiterbewegungsmarxismus" darstellten. Breuer war da weitaus redlicher. Er unterschied zwischen dem „guten" Marx, das sei der Marx des „automatischen Subjekts", der Marx der subjektlosen Herrschaft, der Marx des abstrakten Werts und dem „üblen" Marx, das sei der Marx des transhistorischen Arbeitsbegriffes, des Klassenkampfes - Marx, der Gattungsgeschichtler, der uns die Geschichte der Emanzipation durch Arbeit erzählen würde. Breuer anerkannte zumindest, daß seine Interpretation nicht restlos in den Marxschen Texten aufgeht. Wenn wir in der Folge einige Zitate aus den Marxschen Texten bringen werden, so wollen wir damit nicht reklamieren, wir seien im Besitz des „wahren" Marxverständnisses, oder Marxinterpretation erschöpfe sich in bloßer Verständnisleistung, insofern alles klipp und klar in den blauen Bänden stünde. Es ist selbstverständlich legitim, ja notwendig, Marx auch zu kritisieren, seine Unklarheiten und schwachen Stellen aufzuzeigen und auf dieser Basis eine „neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx" - so der Untertitel des Buches - vorzuschlagen. Statt sich mit den Wendungen und Aspekten der Marxschen Kritik detailliert auseinanderzusetzen, behauptet Postone seine höchst einseitige Darstellung sei der wirkliche Marx, die von ihm ausgeblendeten Aussagen geistlose Erfindungen des Traditionsmarxismus. Indem Postone Auffassungen von Marx mit jenen des sogenannten Arbeiterbewegungsmarxismus vermengt und vermischt, indem er kaum unterscheidbar macht, was seine höchstpersönliche Interpretation und was die Auffassung von Marx darstellt, wo und in welchem Punkt über Marx hinauszugehen sei, wo wir anknüpfen müssen und welche Passagen bei unserem Philosophen des 19. Jahrhunderts als eher problematisch einzustufen sind, sind wir mit einem höchst hermetischen Text konfrontiert.

Mein Hauptproblem ist jedoch, daß das Buch aus der Perspektive der sogenannten objektiven, wissenschaftlichen Erkenntnis und nicht der Perspektive der Revolte heraus geschrieben ist. Postone will uns zeigen, wie der Kapitalismus ist, in seinem unveränderliche Sosein. Er, Postone, als schreibendes und denkendes Subjekt steht hier, der Kapitalismus ist dort, als Objekt der Erkenntnis. Es ist eine kalte, gefrorene Welt, die uns Postone da zeigt. *„Der Begriff des Wissenschaftlichen fußt also auf einer offensichtlichen Unwahrheit, nämlich auf der Vorstellung, es sei möglich, einen Gedanken auszudrücken, der den Denkenden ausschließt."*, schrieb John Holloway[2]. Postone breitet vor uns eine erstarrte, identitätslogisch fixierte, kalte Welt aus, in der Momente der Revolte, des Widerstandes und der Befreiung nur Verwirrung stiften können. Aber den Kapitalismus als starr, als geschaffen zu analysieren, bedeutet für mich, den Kapitalismus im Kern zu verfehlen, das Prozeßhafte, Unfertige, sich im Fluß Befindliche zu ignorieren und schon in der

Theorie auszuschalten. Wie wir sehen werden, endet das Buch auch mit der Perspektive auf objektive, jenseits unseres Begehrens, Wünschens und Kämpfens ablaufende Prozesse. Kurz gesagt, die Botschaft lautet letztlich: Der Kapitalismus wird sich (hoffentlich) selbst abschaffen, indem er Arbeit und Proletariat abschafft. Und was tun wir bis dahin?

Hinzu tritt, daß Postones Buch trotz des nicht unbeträchtlichen Umfangs einen sehr unfertigen, ja skizzenhaften Eindruck hinterläßt, der wiederum im krassen Gegensatz zum erwähnten Duktus steht. Wer den Begriff der Zeit gemeinsam mit Arbeit und Herrschaft auf den Buchumschlag setzen läßt, von dem ist wohl zu erwarten, daß er das Verhältnis zwischen Uhrzeit und abstrakter Arbeit genau entwikkelt. Aber gerade jene Passagen, in denen sich Postone diesem Thema widmet, also die Kapitel 5 („Abstrakte Zeit") und Kapitel 8 („Die Dialektik von Arbeit und Zeit") sind ausgesprochen vage beziehungsweise enttäuschend.

Im Kapitel fünf versucht Postone, den Zusammenhang zwischen der Einführung der gleichförmigen, abstrakten Uhrzeit und der kapitalistischen Produktionsweise nachzuzeichnen. Doch seine Aussagen bleiben ausgesprochen vage. *„Die Ursprünge abstrakter Zeit sollten in der Vorgeschichte des Kapitalismus, im Spätmittelalter gesucht werden."* (310) Aber sind sie dort auch zu finden, und wenn: wie und wo? *„Der Ursprung abstrakter Zeit scheint also mit der Organisation der gesellschaftlichen Zeit zusammenzuhängen."* (315) Scheint es so, oder ist es so? *„Ich behaupte also, daß das Aufkommen einer solchen neuen Zeitform mit der Entwicklung der Warenförmigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse zusammenhängt."* (323) Zweifellos eine Behauptung, für die vieles spricht, aber wäre es nicht nützlich, diese Behauptung genauer zu explizieren? Was unterscheidet „warenförmige Verhältnisse" von „kapitalistischen Verhältnissen"? Es wird zwar an einer Stelle das mittelalterliche, städtische Bürgertum kurzum als *„Bourgeoisie"* (318) bezeichnet, aber Postone behauptet an keiner Stelle eine direkte Verbindung zwischen kapitalistischer Produktionsweise und dem Entstehen der gleichförmigen Zeitmessung durch die Uhr. Wie auch, klafft zwischen beiden Phänomenen immerhin - nach seiner eigener Darstellung - ein Zeitraum von ungefähr vier Jahrhunderten. Welchen Erkenntniswert hat also der Verweis - und mehr ist es ja nicht - auf die strukturelle Affinität zwischen Zeitmessung und gesellschaftlicher Durchsetzung des abstrakten Zeitmaßes als Maß des abstrakten Wertes? Das Verhältnis von gesellschaftlicher Durchsetzung der gleichförmigen Uhrzeit und der kapitalistischen Arbeitsorganisation ist aber sehr gut und ausführlich analysiert worden. Als eine Studie unter vielen sei die Arbeit von Edward Thompson „Time, Work-Discipline and Industrial Capitalism" erwähnt.[3] Die Analysen der Durchsetzung der gleichförmigen Uhrzeit im Europa des 12. Jahrhunderts mögen sicher nicht uninteressant sein; dennoch kommt Postone nicht über vage Analogien hinaus. Wenn er Seiten später selbstbewußt behauptet: *„Es wurde beispielsweise gezeigt, daß die Marxsche Bestimmung der Wertgröße eine soziohistorische Theorie der Entstehung absoluter mathematischer Zeit als gesellschaftliche Wirklichkeit und als Begriff unterstellt."* (323) [Da haben sich die ÜbersetzerInnen wohl selbst übertroffen] so müssen wir leider einwenden: Gezeigt wurde da nichts, bestenfalls skizziert.

Abgesehen davon, ignoriert Postone weitgehend den elaborierten Versuch Sohn-Rethels, den Zusammenhang zwischen Warenform und Abstraktion zu analysieren. Sohn-Rethel versuchte, die Abstraktion als solche aus den Abstraktionen des Warentausches abzuleiten, genauer, Sohn-Rethel meinte, daß Warentausch unbewußt eine Reihe von Abstraktionen, ein „Absehen-von, Auskammern-von" voraussetzt und dergestalt Abstraktion gesellschaftlich wirksam werden konnten. Daher wurde er zeitlebens von der Intuition geleitet, *„daß im Innersten der Formstruktur der Ware - das Transzendentalsubjekt zu finden sei."*[4], da Abstraktion nicht nur die Dinge in der Welt, sondern auch das Subjekt erfassen müsse. Die Abstraktionen, so Sohn-Rethel, seien historisch mit dem geldvermittelten Warentausch gesellschaftlich wirksam geworden. Von dieser These ausgehend, versuchte Sohn-Rethel nicht nur die abstrakten Begriffe der Naturwissenschaft, etwa die gleichförmige Uhrzeit, auf ihren gesellschaftlichen Entstehungszusammenhang zurückzuführen, sondern auch die Basis für die Trennung von Hand- und Kopfarbeit verständlich zu machen. Es sei kein Zufall, daß mit dem Aufkommen der Münze[5] in der griechischen Antike die Philosophie sich als getrennte Kopfarbeit, abgesondert vom übrigen Produktionsprozeß, etablieren konnte, ja mußte. Das ehrgeizige und umfangreiche Programm von Sohn-Rethel halte ich zwar für gescheitert, wer jedoch den Zusammenhang von Warenproduktion und Abstraktion untersucht, sollte Sohn-Rethel nicht einfach wie Postone mit einigen Worten abtun. Postone zitiert Sohn-Rethel im Grunde nur, um sich von dessen Begriff der „Produktionsgesellschaft" abzugrenzen.

Was verstand Sohn-Rethel unter diesem Ausdruck, warum muß Postone dagegen polemisieren? Sohn-Rethel entwickelte einmal den Begriff der „gesellschaftlichen Synthesis". Unter gesellschaftlicher Synthesis verstand er den Modus, oder wenn mensch will, den Mechanismus, der den gesellschaftlichen Zusammenhang herstellt. Sohn-Rethel

unterscheidet dabei zwei mögliche Mechanismen des gesellschaftlichen Zusammenanhangs in allen nur denkbaren Gesellschaften. Entweder werden gesellschaftliche Beziehungen durch den Tausch konstituiert, oder sie werden unmittelbar in der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, also im Arbeitsprozeß selbst konstituiert. Die erste Form entspräche prinzipiell der Klassengesellschaft, die zweite wäre zumindest der Möglichkeit nach klassenlos. Tatsächlich spricht alles dafür, daß beide Formen in der kapitalistischen Gesellschaft verwirklicht sind. Natürlich passen sie nicht zusammen. Synthesis durch den Tausch und Synthesis durch die gesellschaftliche Gesamtarbeit stehen in strikter Entgegensetzung. Der entgegengesetzte Doppelcharakter von Tauschwert und Gebrauchswert, von Verwertungsprozeß und Arbeitsprozeß muß sich auch im entgegengesetzten Doppelcharakter der gesellschaftlichen Beziehungen zeigen. Wir verhalten uns zueinander einerseits als Käufer und Verkäufer, aber zugleich müssen wir gesellschaftliche Beziehungen jenseits des Tauschverhältnisses ausbilden: Liebe, Freundschaft, und nicht zuletzt der konkrete Zusammenhang im Arbeitsprozeß sind solche Formen. Postone hingegen erklärt schlicht und einfach diese zweite Form für inexistent. „*Vielmehr*", so schreibt er auf Sohn-Rethel gemünzt, „*bewertet er die unterschwellig durch Arbeit in der industriellen Produktion bewirkte Art gesellschaftlicher Synthesis positiv als nicht-kapitalistisch und stellt sie der über den Tausch sich vollziehenden Vergesellschaftung gegenüber, die er negativ einschätzt.*" (275) Postone als strikter Monist kennt jedoch nur eine Form, die Synthesis durch den abstrakten Wert. Daher distanziert er sich von der Auffassung Sohn-Rethels: „*Die gesellschaftliche Synthesis wird in der vorliegenden Studie nie als eine Funktion der Arbeit betrachtet, sondern als Form der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Produktion stattfindet.*" (276) Daß Postone die soziale Wirklichkeit „so betrachtet", akzeptieren wir gerne, aber die Frage, ob diese Betrachtung auch angemessen sei, bleibt offen. Im übrigen hat schon Stefan Breuer haargenau die selbe Versicherung, wonach „Gesellschaft eben so sei" ‚vorgetragen: „*Konstitutiv für den gesellschaftlichen Zusammenhang ist nicht die lebendige Arbeit, auch nicht das konkrete Bedürfnis, ‚Grundbestand der Gesellschaft an sich', ‚maßgebende Struktur der Gesellschaft' ist vielmehr der Tausch, in dem die konkreten Einzelarbeiten auf ihren gemeinsamen Nenner reduziert werden - abstrakte Arbeit als Substanz des Wertes.*"[6]

Wir stoßen hier auf einen ganz zentralen Punkt bei Postone, nämlich seine Tendenz, die kapitalistische Gesellschaft fast ausschließlich als gut geöltes Karussell darzustellen. Der Tausch mache die Dinge nicht nur gleich, der abstrakte Wert allein verbinde und verknüpfe alternativlos unsere gesellschaftlichen Existenzen. Entgegensetzungen, Widersprüche, Konflikte, all das wird seitenlang als nicht existent, als unwesentlich oder als reine Illusion des „Arbeiterbewegungsmarxismus" dargestellt. Auch auf Postone trifft die Aussage von Holloway über die traditionellen Strömungen im Marxismus zu: „*In der Zukunft wird es einen radikalen Bruch geben, aber in der Zwischenzeit können wir den Kapitalismus so behandeln, als wäre er eine sich selbst reproduzierende Gesellschaft*"[7] An die Stelle von Widerspruch und Konflikt setzt Postone Übereinstimmung und Harmonie - eine zwar entfremdete, abstrakte, verkehrte, aber dennoch ungestörte, alternativlose Harmonie ohne wirkliche Mißklänge. Auf den letzten Seiten des Buches jedoch meint er einen Punkt erkennen zu können, an dem der Kapitalismus zerschellen könnte. Wer jedoch nach etwa 400 Seiten zu lesen aufhört, wird kaum auf die Idee kommen, hier läge ein Werk vor, das systematisch die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise untersucht.

Das größte Erstaunen löste das achte Kapitel aus, „Die Dialektik von Arbeit und Zeit" übertitelt. Was Postone uns hier vorstellt, ist im Kern nichts anderes als die sehr beredt vorgetragene Rezeption des Begriffs der Produktivkraft der Arbeit, wie ihn Marx auf den Einleitungsseiten des „Kapitals" entwickelt. Postone verspricht uns durch seine „*erneute Interpretation der Marxschen Basiskategorien eine begriffliche Neubestimmung des Wesens des Kapitalismus*" (432) vorzulegen. Und was folgt wirklich? Nicht viel mehr als eine umständliche Darstellung des Begriffs der Produktivkraft der Arbeit. Worauf läuft Postones Argumentation in diesem Abschnitt hinaus? Bei oberflächlicher Lektüre könnte der Eindruck entstehen, Marx würde beiden Dimensionen von Arbeit und Ware, also konkrete und abstrakte Arbeit, Tauschwert und Gebrauchswert, als quasi unabhängig von einander konzipieren. Dieses Mißverständnis könnte durch folgende zwei Aussagen von Marx provoziert werden.

Aussage 1: „*Dieselbe Arbeit ergibt daher in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße, wie immer die Produktivkraft wechsle.*" (MEW 23; 61)

Aussage 2: „*Produktivkraft ist natürlich stets Produktivkraft nützlicher, konkreter Arbeit und bestimmt in der Tat nur den Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeiten.*" (MEW; 60)

Die erste Aussage interpretiert Postone mit Blick auf den Traditionsmarxismus so: „*Die Wertgröße scheint also allein eine Funktion von verausgabter abstrakter Arbeitszeit zu sein, vollkommen unabhängig von der Gebrauchswertdimension der Arbeit.*"

(433) Eine Stunde abstrakter Arbeit ergibt eben eine geronnene Stunde abstrakten Wert; diese Aussage scheint keinen Bezug zum Gebrauchswert zu enthalten. Dann verweist Postone triumphierend auf das Handweber-Maschinenweberbeispiel im „Kapital“. Mit der Einführung der Maschine wurde die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, läßt uns Marx annehmen, halbiert. Nun gilt es das doppelte Quantum Garn in Gewebe zu verwandeln, um eine Stunde abstrakter Arbeit zu produzieren und den entsprechenden Gegenwert im Austausch zu erhalten. Selbst wenn eine abstrakte Stunde eine abstrakte Stunde bleibt, steigt doch die Gebrauchswertmenge, die in dieser einen Stunde zu produzieren ist: also sind beide Dimensionen verklammert, und die abstrakte Zeit ist ihr Maß. Jede bessere Einführung in das „Kapital“ hat diesen Zusammenhang klar herausgearbeitet. Mit steigender Produktivkraft der Arbeit steigt also notwendig die Masse an Gebrauchswert, die erzeugt werden muß, um der gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit zu entsprechen. Wer, wie die armen Handweber, in einer Stunde weiterhin nur halb soviel wie die Maschinen leistet, wird als Gegenwert auch nur eine halbe, statt der tatsächlich geleisteten ganzen Arbeitsstunde vergütet bekommen. So weit, so gut. Im übrigen kann die Verklammerung von Gebrauchs- und Tauschwert an vielen anderen Beispielen gezeigt werden, etwa bei der Untersuchung der Reproduktionsschemata im II. Band des „Kapitals“. Postone jedoch präsentiert diesen Zusammenhang als großartige, neue Erkenntnis: *„Somit ist diese Bewegung der Zeit eine Funktion der Gebrauchswertdimension der Arbeit in ihrer Wechselwirkung mit dem Wertrahmen und kann als eine Art konkreter Zeit verstanden werden. Bei der Untersuchung der Interaktion von konkreter und abstrakter Arbeit, die den Kern der Marxschen Analyse des Kapitalismus ausmacht, haben wir zeigen können, daß* **ein Wesenszug des Kapitalismus in einem (konkreten) Zeitmodus liegt, der die abstrakte Zeitbewegung ausdrückt.“** (441, Hervorhebung im Original) Es ist kaum zu fassen: Postone buchstabiert uns einfach den Begriff der Produktivkraft vor, in dem er den Zusammenhang zwischen Aussage 1 und Aus-sage 2 von Marx erläutert und meint nun, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Nein! ruft er triumphierend aus: Tauschwert und Gebrauchswert sind keine unabhängigen Dimensionen, sie stehen in Wechselwirkung, und die abstrakte Zeit ist ihr Maß!

Um den sozialphilosophischen Gewinn zu verstehen, den Postone mit seiner eher umständlichen Rezeption des Begriffs der Produktivkraft der Arbeit errungen zu haben meint, muß auf ein weiteres Postulat unseres Autors verweisen werden. Denn Postone ist felsenfest überzeugt, daß der Traditionsmarxismus fälschlich die beiden Dimensionen von Arbeit und Ware, also konkrete und abstrakte Arbeit, Tauschwert und Gebrauchswert, als völlig unabhängige, für sich bestehende Dimensionen begreife. Deshalb, so könnte mensch Postone paraphrasieren, müsse der Traditionsmarxismus auch Arbeit und Proletariat vom Kapital

unabhängig setzen. Aus dieser Perspektive kritisiert Postone den traditionellen Marxismus uns dessen Ausrufung des Proletariats zum revolutionären Subjekt. Die TraditionsmarxistInnen meinten, daß Proletariat existiere außerhalb und unabhängig vom Kapitalismus, als unschuldiges und vor allem arbeitendes Subjekt („Standpunkt der Arbeit"). Postone hält dagegen: *„Die Marxsche Kritik ist nicht positiv. Ihr grundsätzlicher Standpunkt ist nicht der einer bestehenden gesellschaftlichen Struktur oder Gruppierung, die für vom Kapitalismus unabhängig gehalten wird."* (541) Der Arbeiterbewegungsmarxismus hingegen behauptete, das Proletariat und seine Arbeit seien im Grunde völlig unabhängig vom Kapital. Das jedoch, so Postone, sei völlig falsch, weil das Proletariat nur im und durch den Kapitalismus existiere. Weil es also Teil des Kapitalismus, und zwar notwendiger Teil sei, wäre es integriert. *„Wie festgestellt, widerspricht die Marxsche Analyse der Auffassung, der Kampf zwischen der Kapitalistenklasse und dem Proletariat sei einer zwischen der herrschenden Klasse im Kapitalismus und einer, die den Sozialismus verkörpere, und der Sozialismus bedeute deshalb die Selbstverwirklichung (sic!) des Proletariats."* (532) *„Weit davon entfernt, die vergesellschafteten Produktivkräfte darzustellen, die in Widerspruch mit den kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse geraten und dadurch auf die Möglichkeiten einer postkapitalistischen Zukunft verweisen, ist die Arbeiterklasse für Marx das wesentliche, konstituierende Element dieser Verhältnisse selbst. Sowohl die Arbeiterklasse als auch die Kapitalistenklasse bleiben an das Kapital gebunden, die erstere jedoch um einiges mehr: das Kapital könnte ohne Kapitalisten existieren, jedoch nicht ohne wertproduzierende Arbeit."* (535f)

Jetzt wird auch der strategische Gewinn seines achten Kapitels klar: Die beiden Dimensionen sind eben ineinander verklammert, und die abstrakte Zeit ist ihr gemeinsames Maß. Also existiert auch die arbeitende Klasse nur als Pol eines Verhältnisses, keineswegs unabhängig vom Kapital oder außerhalb desselben. Und weil das Proletariat das wesentliche, konstituierende Element dieser Verhältnisse selbst ist, ist es völlig integriert, der Klassenkampf Illusion. Klassen und Klassenkampf gibt es zwar, räumt Postone ein, sie sind aber völlig bedeutungslos. Die Klassenherrschaft sei Marx (sic!) *„zufolge nicht der letzte Grund der gesellschaftlichen Herrschaft, sondern ist selbst aus einer ihr übergeordneten, abstrakten Herrschaftsform herzuleiten."* (199) Klassenkampf, so wäre Postone zu paraphrasieren, sei also ein bloßes Zubehör zum Kapitalismus.

Angesichts derartiger Argumentationslinien wird die Auseinandersetzung freilich recht mühsam. Sollen wir wirklich unzählige Zitate Reigen tanzen lassen, die glasklar machen, daß die revolutionäre Rolle des Proletariats gerade aus dessen Verstrickung ins Kapital abgeleitet wurde? Sollen wir wirklich daran erinnern, daß nach Marx allein der Kampf der vorkapitalistischen Klassen notwendig mit dem gemeinsamen Untergang beider sich bekämpfenden Kontrahenten enden mußte, hingegen das Proletariat als Allgemeine verkörpert, mithin sein Klasseninteresse darin besteht, Klassen überhaupt aufzuheben, und keineswegs sich als Klasse festzuhalten und zu bestätigen? Weil wir auch „v", also variables Kapital sind, weil wir nur als Pol des Kapitalverhältnisses existieren, **deshalb** kann an die revolutionäre Rolle des Proletariats gedacht werden, **und nur deshalb**. Marx kann natürlich kritisiert, seine entsprechenden Aussagen hinterfragt werden. Die Heere von Pappkameraden, die Postone aufstellt, machen die Auseinandersetzung so mühsam und unfruchtbar. Wenn Postone uns sagen will, daß zur Arbeiterklasse zu gehören Pech[8] und nicht Glück sei, so wollen wir antworten, daß dies in der Tat völlig richtig ist, oder wie Holloway sagt: *„Nur insoweit, als wir nicht die Arbeiterklasse sind, kann die Frage der Emanzipation überhaupt gestellt werden."*[9] Aber ebenfalls mit Holloway ist daran zu erinnern, daß wir beides sind, Proletariat und Nicht-Proletariat zugleich. Gerade diese innere Spannung und Entgegensetzung versucht Postone sozialphilosophisch zu beseitigen. Im Grunde ist er monistischer Identitätstheoretiker. Die Herrschaft des abstrakten Werts macht alles gleich, friert die Welt identitätslogisch ein. Das Proletariat ist, was es ist, nicht mehr und nicht weniger. Da gibt es keinen Überschuß, keine Unklarheiten, kein Noch-Nicht, keine angezweifelte, brüchige, vielschichtige Identität, kein Spiel von Identität und Nichtidentität, letztlich keine Wirklichkeit unserer schwankenden Existenzen.

Die Harmonie des Yin-Yang

Wir alle kennen den Yin-Yang Kreis. Die Momente bedingen einander gegenseitig, schmiegen sich ineinander und haben jeweils auch das andere











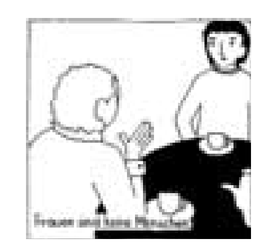
Element in sich. Beide Seiten können niemals unabhängig von einander existieren, das eine bedarf des anderen, um zu sein, was es ist, und umgekehrt. Der Yin-Yang Kreis ist ein gutes Bild, um das Verhältnis von Gebrauchswert zu Tauschwert, von konkreter zu abstrakter Arbeit, von Proletariat zum Kapital zu kennzeichnen, das Postone entwirft. Die beiden Dimensionen von Arbeit und Ware sind Postone zufolge gleichzeitig durch das Kapitalverhältnis gesetzt. Mit seinen eigenen Worten: *„Weil jede besondere Art der Arbeit als abstrakte Arbeit fungieren und jedes Arbeitsprodukt als Ware dienen kann, werden Tätigkeiten und Produkte, die in anderen Gesellschaften nicht als ähnlich klassifiziert würden, im Kapitalismus als gleiche, als Vielfalt (konkreter) Arbeiten oder als besondere Gebrauchswerte klassifiziert. In anderen Worten: die durch abstrakte Arbeit historisch konstituierte abstrakte Allgemeinheit etabliert auch die konkrete Arbeit und den Gebrauchswert als allgemeine Kategorien.“* (237) Von konkreter Arbeit und von Gebrauchswerten zu sprechen, ist nach Postone also nur im Kapitalismus sinnvoll. Da jedoch konkrete wie abstrakte Arbeit nur zwei Aspekte des selben Yin-Yang Kreises darstellen, ist es nicht nur möglich, sondern auch geboten, den Begriff Arbeit strikt für den Kapitalismus zu reservieren. Daher der Schluß: *„Die Aufhebung des Kapitalismus bedeutet auch die Aufhebung der durch das Proletariat verrichteten konkreten Arbeit.“* (59) Arbeit ist also genuin kapitalistisch. Abschaffung des Kapitalismus bedeutet folglich Abschaffung der Arbeit. In den Aussendungen der Krisis-Gruppe liest sich dieser Gedanke folgendermaßen: *„Arbeit ist keine überhistorische Kategorie, keine unveränderliche Bedingung menschlicher Existenz, sonst könnte sie weder in die Krise geraten noch ließe sie sich kritisieren. Sie ist ein Spezifikum der bürgerlichen Gesellschaft, ein Zwangsprinzip, das immer sinnloser wird, aber eben deswegen um jeden Preis aufrecht erhalten werden muß.“*[10]

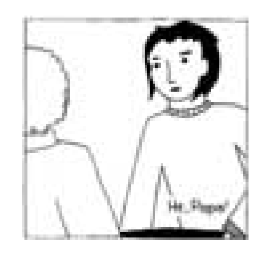
Diese Terminologie könnte als etwas skurrile Sprachregelung durchgehen. An die Stelle der Arbeit tritt in einer nachkapitalistischen Gesellschaft nützliche Tätigkeit, und in der Antike wurden nicht Gebrauchswerte, sondern Gebrauchsgüter produziert usw. Allerdings wird mit diesem Vorschlag eines der wesentlichsten Elemente revolutionärer Hoffnung aufgegeben. Im Gegensatz zu Postones Harmoniedenken sind die Verhältnisse keineswegs in der Balance. Es kann Gebrauchswert ohne Tauschwert, es kann konkrete Arbeit ohne abstrakte geben, aber nicht umgekehrt. Marx: *„Ein Ding kann Gebrauchswert sein, ohne Wert zu sein“*, jedoch: *„Endlich kann kein Ding Wert sein, ohne Gebrauchsgegenstand zu sein.“* [11] Das Kapital ist von uns abhängig, es ist unser Produkt, aber wir sind nicht im gleichen Maße vom Kapital abhängig[12]. Indem Postone dieses Ungleichgewicht in Harmonie verwandelt, verschließt er sich einem der wesentlichsten Momente der Rebellion und Revolte gegen das Kapitalverhältnis. *„Aus dieser Perspektive (darauf komme ich noch zu sprechen) wird die konkrete Dimension der Arbeit sozusagen durch die abstrakte angeeignet. Diese strukturelle Aneignung der Gebrauchswertdimension der Arbeit durch ihre abstrakte Dimension macht die grundlegende Enteignung der kapitalistischen Gesellschaftsformation aus.“* (525)

Den Gebrauchswert einfach als die harmonische Ergänzung des Tauschwerts darzustellen, überspringt und verkürzt die gesamte Debatte um die Qualität der Gebrauchswerte im Kapitalismus, die seit Jahrzehnten geführt wird. Es gab zumindest drei Strömungen: Gebrauchswerte wurden entweder als materielle Basis der Emanzipation verstanden (diese Position unterstellt Postone pauschal dem „Arbeiterbewegungsmarxismus“)[13]; oder als neutrale Mittel, als bloßes Potential; und drittens wurde auch auf die destruktiven Seiten verwiesen, etwa in der Debatte um den „grünen“ Marx, der auf die umweltschädigenden Aspekte des Kapitalismus sehr wohl hingewiesen hat. Auch hier ist es eine gewisse Zumutung für die LeserInnen, wie Postone einerseits diese Debatte ignoriert, andererseits so tut, als ob die Prägung und Formung der Gebrauchswerte im Kapitalismus seine großartige neue Entdeckung wäre.

Ich will noch ein weiteres Bild verwenden, das den Geist des Postonschen Arbeitsbegriffs illustrieren kann. Ein Blatt Papier hat unabdingbar zwei Seiten, aber es kann nicht gesagt werden, diese Seiten würden nicht zusammen passen, in Gegensatz zueinander stehen. Wenn ich also eine Seite des Papiers verwerfen möchte, muß ich das ganze Blatt zusammenknüllen und in den Papierkorb werfen. Und genau das schlägt uns Postone vor: Weg mit der Arbeit, weg mit dem Arbeitsbegriff! Ärgerlich ist nun, daß Postone behauptet, diese seine Auffassung von Arbeit sei jene von Marx, oder zu-








mindest im Grunde jene von Marx, abgesehen von einigen unklaren Stellen. *„Zwar konstituiert und bestimmt Marx zufolge die Arbeit tatsächlich die Gesellschaft - aber nur im Kapitalismus“* (107) Arbeit ist ein Spezifikum des Kapitalismus, Punktum. Nur der Arbeiterbewegungsmarxismus würde den Popanz des transhistorischen Arbeitsbegriffs erfinden, von dem es sich endlich zu befreien gelte. *„Die Marxsche Analyse des Entwicklungsverlaufs des kapitalistischen Produktionsprozesses verweist jedoch nicht auf die zukünftige Möglichkeit einer Affirmation des Proletariats und der von ihm verrichteten Arbeit. Ganz im Gegenteil verweist sie auf die Möglichkeit der Abschaffung dieser Arbeit.“* (489) Die Art der Postoneschen Aussagen bedeuten fast den Abbruch der Diskussion, bevor sie richtig begonnen hat. Postone sollte zur Kenntnis nehmen, daß auch andere Menschen Marx ausführlich gelesen haben. Selbstverständlich vertritt Marx einen transhistorischen Arbeitsbegriff, und zwar von den „Pariser Manuskripten“ aus 1844 bis zu seinem Tode. Etwas Anderes zu behaupten, ist einfach Unsinn oder Vertrauen auf die Unkenntnis des Publikums. Daß sich innerhalb dieses Rahmens Verschiebungen und Veränderungen bei Marx erkennen lassen, gestehen wir gerne zu. Anstatt jedoch zu sagen: „Achtung, Marx tendiert zu einem höchst problematischen, transhistorischen Arbeitsbegriff, wir sollten diese Konzeption überdenken und nach Momenten bei Marx suchen, die dieses Konzept relativieren“, will uns Postone weismachen, sein skurriler Arbeitsbegriff sei jener von Marx, des authentischen Postone-Marx, versteht sich.

Umgekehrt erhärtet sich der Verdacht, daß Postone dem Schein des bürgerlichen Denkens aufsitzt, allerdings um 180 Grad gewendet. Das bürgerliche Denken kann den Arbeitsprozeß als solchen nicht von seiner kapitalistischen Form trennen, identifiziert das eine mit dem anderen. Marx geht davon aus, daß der Arbeitsprozeß unter doppeltem Gesichtspunkt betrachtet werden muß. Einerseits ist er immer durch die spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse formbestimmt, andererseits hat er immer auch überhistorischen Charakter: *„Auf der einen Seite nennen wir die Elemente des Arbeitsprozesses verquickt mit den spezifischen gesellschaftlichen Charakteren, die sie auf einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe besitzen, und auf der andern Seite fügen wir ein Element hinzu, das den Arbeitsprozeß unabhängig von allen bestimmten gesellschaftlichen Formen als einen ewigen Prozeß zwischen Mensch und Natur überhaupt zukommt.“*[14] Das bürgerliche Denken kann diese innere Entgegensetzungen nicht begreifen und schließt also: Weil der Arbeitsprozeß ewig ist und eine andere als die kapitalistische Form undenkbar ist, ist auch der Kapitalismus ewig. Postone kehrt diesen Gedanken einfach um: Da der Arbeitsprozeß nur in der kapitalistischen Form historisch existiert, eine andere Form undenkbar ist, bedeutet Abschaffung des Kapitalismus also Abschaffung der Arbeit. Auf Postone trifft - um 180 Grad gewendet - zu, was Marx über die bürgerliche Ideologie schreibt: *„Ebenso daß, weil der Produktionsprozeß des Kapitals überhaupt Arbeitsprozeß ist, der Arbeitsprozeß als solcher, der Arbeitsprozeß in allen gesellschaftlichen Formen notwendig Arbeitsprozeß des Kapitals ist. (...) Es ist die dieselbe Logik, die schließt, daß weil Geld Gold ist, Gold an und für sich Geld ist, daß weil Lohnarbeit Arbeit, alle Arbeit notwendig Lohnarbeit ist.“*[15] Postone kann und will Entgegensetzungen nicht denken. Die Dinge sind, was sie sind, der kapitalistische Arbeitsprozeß ist kapitalistischer Arbeitsprozeß und nichts anderes. Marx hingegen unterscheidet sehr wohl zwischen der kapitalistischen Formbestimmung und der allgemeinen Natur des Arbeitsprozesse: *„Weil sich das Kapital des Arbeitsprozesses bemächtigt hat, der Arbeiter daher für den Kapitalisten statt für sich selbst arbeitet, verändert der Arbeitsprozeß jedoch nicht seine* **allgemeine Natur.“**[16]

Hat also Marx recht und Postone unrecht? Das ist mit diesen Hinweisen keineswegs gesagt. Darüber wäre zu diskutieren. Aber die unentwegt an den Haaren herbeigezogenen Behauptungen zum Kern der Marxschen Aussagen machen die Debatte so unendlich mühsam. Wie soll mensch darauf reagieren? Mit Zitatenschlachten, mit Exegese, mit „Was Marx wirklich sagte“? Nebenbei bemerkt: Axel Honneth betitelte seine Kritik an Cornelius Castoriadis mit „Eine ontologische Rettung der Revolution“. Castoriadis, der sich seinerseits von Marx abzugrenzen versuchte, fokussierte ähnlich wie Marx, Negri oder auch Holloway die schöpferische, weltschaffende Potenz der Praxis, das „Tuns“, die Arbeit, in der Weite, die dieser Begriff bei Marx besitzt. Das Ontologische, ja das Rettende der Revolution ortete der Habermasschüler Honneth treffsicher im weiten Praxisbegriff Castoriadis’. Welterschließendes, weltschöpfendes, weltkonstituierendes Tun, verstellt und gebrochen in der Lohnarbeit? Vergessen wir diesen Unfug, schlägt uns Postone vor. Gut, aber können wir uns bei Max Weber wirklich wohler fühlen?

Herrschaft und Totalität

„In seinem Mittelpunkt steht die Beherrschung von Menschen durch abstrakte, quasi-unabhängige Strukturen gesellschaftlicher Verhältnisse, die durch die warenförmig bestimmte Arbeit vermittelt sind und die Marx in den Kategorien Wert und Kapital zu erfassen sucht.“ (199) *„Nach Marx besteht die gesellschaftliche Herrschaft im Kern nicht in der Herrschaft von Menschen über Menschen, sondern in der Beherrschung*

von Menschen durch abstrakte gesellschaftliche Strukturen, die von den Menschen selbst konstruiert werden." (61f) Diese zwei Zitate mögen als Illustration genügen. Kapitalismus bedeutet nach Postone die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen. An deren Stelle tritt, wie die Zitate ja klar belegen, die Subsumtion von uns allen unter verdinglichte Strukturen, egal ob wir Kapital oder nur unsere Arbeitskraft besitzen. Diese anonyme Herrschaftsstruktur relativiert, ja beseitigt die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft. Entfremdung und Verdinglichung umfassen alle gleichermaßen, ArbeiterInnen wie Kapitalisten. Zwar schrieb ein engagierter Schriftsteller des 19. Jahrhunderts: „*Insofern steht hier der Arbeiter von vornherein höher als der Kapitalist, als der letztere in jenem Entfremdungsprozeß wurzelt und in ihm seine absolute Befriedigung findet, während der Arbeiter als sein Opfer von vorn herein dagegen in einem rebellischen Verhältnis steht und ihn als Knechtungsprozeß empfindet.*"[17], doch ist es wohl an der Zeit, die Rudimente des Arbeiterbewegungsmarxismus zu überwinden. Wenn die Herrschaft von Menschen und Klassen über andere durch die abstrakte Herrschaft von Strukturen und Verhältnissen ersetzt wird, dann ist klar, daß der Klassenbegriff und vor allem der Klassenkampf ein höchst altmodisches Konzept darstellen.

Allerdings ist auch bei dieser Frage der Verdacht nicht abzuwehren, daß Postone Schein mit Sein verwechselt. Marx postuliert schon auf den ersten Seiten des „Kapitals", daß sich die Form der Herrschaft durch das Kapitalverhältnis grundlegend ändert. „*Persönliche Abhängigkeit charakterisiert ebensosehr die gesellschaftlichen Verhältnisse als die auf ihr aufgebauten Lebenssphären.*"[18] schrieb Marx über die Form der vorkapitalistischen Herrschaft. Im Grunde verwechselt Postone einfach zwei Dinge. Weil Herrschaft sachliche Form annimmt, hält er sie für eine Herrschaft von Sachen. Auf mögliche Mißverständnisse hat Marx explizit hingewiesen: „*Es charakterisiert endlich die Tauschwert setzende Arbeit, daß die gesellschaftliche Beziehung der Personen sich gleichsam verkehrt darstellt, nämlich als gesellschaftliches Verhältnis von Sachen. (...) Wenn es also daher richtig ist zu sagen, daß der Tauschwert ein Verhältnis zwischen Personen ist, so muß aber hinzugesetzt werden: unter dinglicher Hülle verstecktes Verhältnis.*"[19] Die Herrschaft des Menschen über den Menschen stellt sich nach Marx zwar als Verhältnis von Dingen dar; hinter dieser Hülle verhalten sich aber Personen. Nur Postone kann diese nicht mehr entdecken. Er hält den sachlichen Schein für die Sache selbst. Selbst Adorno, der in manchen Aspekten den Auffassungen von Postone nahe kommt, und der Sätze wie: „*Der totale Zusammenhang hat die Gestalt, daß alle dem Tauschgesetz sich unterwerfen müssen, ob sie subjektiv von einem Profitmotiv geleitet werden oder nicht.*" formulierte, ließ sich vom sachlichen Schein keineswegs beirren und konstatierte: „*In der Reduktion der Menschen auf Agenten und Träger des Warenaustausches versteckt sich die Herrschaft von Menschen über Menschen.*"[20] Zugegeben, auch die Bourgeoisie kann nicht ganz willkürlich herrschen und unterliegt auch Gesetzen. Aber das gilt im Prinzip für jede Form der Herrschaft. Selbst die Pharaonen waren dem Imaginären ihrer Epoche untergeordnet. Nur weil Herrschende auch Bedingungen und Gesetzen unterliegen, zu schließen, Herrschaft sei obsolet, ist ein Trugschluß. Das wäre, als sei Herrschaft dadurch zu widerlegen, daß alle Menschen Sauerstoff einatmen müssen, mithin alle unterschiedslos von einem Dritten abhängen. Wir alle erinnern uns wohl noch an die Rhetorik der grünen Bewegung in den 80er Jahren. Wurde damals nicht argumentiert, der Klassenkampf sei gegenstandslos, weil die Gattung selbst von der ökologischen Katastrophe bedroht sei? Wer gesellschaftlichen Verhältnissen mit simplen falsch/richtig-Dichotomien, also mit simpler, identitätslogisch binärer 0-oder-1-Logik zu Leibe rücken will, wird scheitern. Nebenbei bemerkt: Auch wenn der Bourgeoisie mitunter das Ausmaß der notwenigen Arbeitszeit „*als regelndes Naturgesetz gewaltsam [sich] durchsetzt, wie wenn einem das Haus über den Kopf zusammenpurzelt*"[21], so hält sich unser Mitleid doch in Grenzen. Sind wir schon so abgestumpft und zugerichtet, daß wir den Haß, die Wut, die Überheblichkeit und Lächerlichkeit der Herrschenden nicht mehr wahrnehmen können, daß deren Gewalt gegen Revolte und Widerstand niemals exzessiv scheint, während auf Protest und Widerstand der Unterdrückten stets die Keulen der Moral und der Menschenrechte, sowie die Angemessenheitsfrage niedersaust?

Ein angemessener Begriff von Herrschaft darf nicht ignorieren, daß trotz der sachlichen Form die strikt persönliche Herrschaft keineswegs einfach verschwunden oder gesellschaftlich bedeutungslos geworden ist. Wenn eine Frau von ihrem Mann halb tot geprügelt wird, weil sie daran denkt, ihren Göttergatten zu verlassen, so kann wohl schwerlich davon gesprochen werden, konkrete, personale Herrschaftsformen gehörten der Vergangenheit an. Auch im Arbeitsprozeß selbst ist das unmittelbare persönliche Kommando nicht verschwunden. Selbst wenn mensch das Konzept subjektloser Herrschaft akzeptiert, müßte zumindest zugestanden werden, daß diese Form persönlicher, unmittelbaren Herrschaft verwoben ist. Postone jedoch behauptet umgekehrt, daß die Klasse der KapitalbesitzerInnen für den Kapitalismus schlicht redundant sei. Marx: „*Ich kann das Kapital wohl von diesem einzelnen*

Kapitalisten scheiden und es kann auf einen andern übergehen. Aber indem er das Kapital verliert, verliert er die Eigenschaft Kapitalist zu sein. Das Kapital ist daher wohl vom einzelnen Kapitalisten trennbar, nicht von dem Kapitalisten, der als solcher dem Arbeiter gegenübersteht.“[22]

Wie einst Stefan Breuer will Postone seine Vorstellung von Herrschaft mit den Begriffen „Totalität“ beziehungsweise „reelle Subsumtion“ plausibel machen, insbesondere im Abschnitt „Produktion und Verwertung“. Der Kerngedanke läßt sich folgendermaßen darstellen: Ursprünglich übernimmt die kapitalistische Produktionsweise einfach die vorkapitalistischen Arbeitsmethoden und unterwirft sie dem Diktat der Profitproduktion. Diese Phase wäre mit Marx als formelle Subsumtion zu bezeichnen. Auch wenn das kapitalistische Kommando einiges ändert, etwa durch schärferes Arbeitstempo, Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit usw., bleibt doch der Arbeitsprozeß im Prinzip, wie er vorher entstanden ist. Dies ändert sich erst mit der reellen Subsumtion. Nun wird der Arbeitsprozeß von Grund auf nach kapitalistischen Verwertungsbedingungen umstrukturiert. Diesen Übergang analysiert Marx unter anderem in der Analyse der Entwicklung von der Manufaktur zur großen Industrie. Dieser Umschlag läßt sich paradigmatisch vor allem am Verhältnis Arbeiter - Arbeitsmittel begreiflich machen. Während in der Manufaktur der Arbeiter das Werkzeug anwendet, wird er in der großen Industrie umgekehrt von der Maschine angewandt. Postone zitiert und interpretiert ausführlich das 13. Kapitel des „Kapitals“, wo Marx etwa schreibt: „*In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeugs, in der Fabrik dient er der Maschine. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. In der Manufaktur bilden die Arbeiter Glieder eines lebendigen Mechanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen, und sie werden als lebendige Anhängsel einverleibt.*“ [23] Daraus linear zu schließen, die ArbeiterInnen würden zu willenlosen Rädchen, tatsächlich zu seelenlosen Dingen, ist freilich nicht nur verkürzt, sondern verblüffend weltfremd. Der Kapitalismus bedurfte immer der Aktivität der Arbeitenden. Dienst nach Vorschrift war immer ein Kampfmittel, der erste Schritt zur Arbeitsverweigerung. Den Widerspruch, die ArbeiterInnen einerseits in Marionetten verwandeln zu wollen, während es andererseits ihrer aktiven Teilname bedarf, konnte und kann das Kapital nie lösen. Bloß die Form hat sich historisch verändert. Die große Industrie war unter anderem ein Versuch des Kapitals, das Unbeherrschbare irgendwie doch zu beherrschen. Das sagt auch Marx, und er spricht es gerade im 13. Kapitel aus. Ich erinnere an die berühmte Aussage: „*Sie [die Maschinerie] wird das machtvollste Kriegmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, strikes usw. wider die Autokratie des Kapitals. (...) Man könnte eine ganze Geschichte der Erfindungen seit 1830 schreiben, die bloß als Kriegsmittel wider Arbeitermeuten ins Laben traten.*“[24] Postones Analyse hat zudem etwas seltsam Zeitloses. Mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt Postone die Entwicklung nach dem Hochfordismus. Als habe Marx mit seiner Untersuchung der Großen Industrie tatsächlich das letzte Wort gesprochen, als seien wir immer noch mit gigantischen Fließbandanlagen konfrontiert, ignoriert Postone die Entwicklung der letzten dreißig Jahre. Ist es nicht eine Banalität, daß das Kapital in den postfordistischen Verhältnissen bestimmte Kompetenzen an die Werktätigen zurückgeben mußte? Selbst wenn mensch wie Postone die reale Entwicklung der kapitalistischen Produktionsformen ausblendet, genauer, sie in den 20er und 30er Jahren anhält, läßt sich der sozialphilosophische Referenzpunkte der kreativen Subjektivität nicht ausblenden oder verleugnen. Das Tun muß gebrochen, die Subjektivität kontrolliert werden. Die Methoden der Großen Industrie machen ja nur dann Sinn, wenn ich einen Gegenpol anerkenne. „*Das ‚Kapital' ist eine Untersuchung der Selbst-Negation des Tuns. Von der Ware bewegt sich Marx weiter zu Wert, Geld, Kapital, Profit, Pacht, Zins - zu immer dunkleren Formen, die das Tun verbergen, zu immer entwickelteren Formen der Unterdrückung der kreativen Macht.*“[25] Oder wie Castoriadis bemerkte: „*Die Unternehmensführung muß die Arbeiter einerseits aus der Produktion möglichst ausschließen, kann sie andererseits aber auch nicht aus der Produktion ausschließen. Der sich daraus ergebende Konflikt ist ein äußerer zwischen Entscheidungsträgern und Ausführenden, wird jedoch auch von jedem Ausführenden und Entscheidungsbefugten verinnerlicht. Wäre die Produktion statisch und die Technik versteinert, so könnte dieser Konflikt allmählich seine Konturen verlieren und verwischen. Die ökonomische Expansion und die ständigen technologischen Umwälzungen wecken ihn jedoch immer wieder aufs neue.*“[26]

Das 13. Kapitel sollte unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes gelesen werden. Durch die Organisation der Produktion selbst, genauer, durch die Einführung der Großen Maschinerie sollte die rebellische Arbeitersubjektivität kontrolliert und beherrscht werden. Das gelang zweifellos eine ganze Epoche lang, aber es konnte nicht die letzte Form der Produktion darstellen. Zu sagen, in der Manufaktur wende der Arbeiter das Werkzeug an, in der Großen Industrie wende umgekehrt die Maschine den Arbeiter an, und dies als letztes Resultat und Schußfolgerung der Kapitalanalyse darzustellen, ist - mit Verlaub - doch etwas simpel.

Wenn nun reelle Subsumtion wie bei Breuer oder Postone als Prozeß des mit sich selbst identisch Werden des Kapitalismus verstanden wird, dann kann die Konsequenz tatsächlich nur in einem Bild der Gesellschaft münden, in dem Widerspruch, Klassenkampf und Revolte als illusionär und vor allem sozialphilosophisch unhaltbar erscheinen müssen. Um es möglichen KritikerInnen dieser Kritik an Postone einfach zu machen, soll eine gerne zitierte Belegstelle bei Marx - selbstverständlich bereits von Breuer erwähnt[27] - vorweg angeführt werden: „*Wenn im vollendeten bürgerlichen System jedes ökonomische Verhältnis das andre in der bürgerlich-ökonomischen Form voraussetzt und so jedes Gesetz zugleich Voraussetzung ist, so ist das mit jedem organischen System der Fall. Dies organische System selbst als Totalität hat seine Voraussetzungen, und seine Entwicklung zur Totalität besteht eben [darin], alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen. Es wird historisch zur Totalität.*“[28] Der Kontext, aus dem diese Stelle stammt, verweist jedoch nicht unbedingt auf das geschlossenes Gehäuse des abstrakten Werts. Marx meint hier nur, daß der Kapitalismus vorkapitalistische Formen - konkret geht es um die Form des Grundbesitzes - auflösen und beseitigen muß. Gerade in den „Grundrissen“, aus denen diese Passage stammt, entwickelt Marx einen sehr interessanten Gedanken, der auch jenen zu denken geben sollte, die eine strikt objektivistische Sichtweise des Kapitalismus vertreten zu müssen meinen, sprich eine Sichtweise, in welcher der Kapitalismus ohne unser Zutun - vor allem ohne unsere Kämpfe - selbst eine letzte Schranke errichtet, an der er zerschellen muß; ein Gedanke für jene also, die Postones Position vertreten.

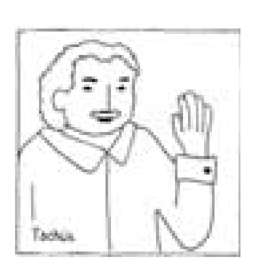
Ich will diese Überlegung direkt und unmittelbar formulieren: Das Kapital kann keine letzte, endgültige Form finden. Jede Form ist zugleich ein Hemmschuh. Was sind Formen des Kapitals? Die wesentlichsten Formen sind variables und konstantes, also lebendige Arbeitskraft und totes, angehäuftes Kapital. Beide Formen können keine letzten, endgültigen sein. Als variables Kapital, als Arbeitskraft besteht das Kapital unmittelbar aus der Form seines Feindes, in den Massen der ArbeiterInnen. Als totes Kapital, als geronnene lebendige Arbeit bedarf es doch wieder der lebendigen Arbeit, um in Bewegung gesetzt zu werden. Als bloßes Finanzkapital, ohne Berührung mit der realen Welt, ist es zwar den Gefahren und Risken nicht mehr ausgesetzt, kann jedoch nur über den Ausgleich der Profitrate akkumulieren, da es selbst keine lebendige Arbeit einsaugen kann.

Im sogenannten Maschinenfragment der „Grundrisse“ zeigt Marx, daß auch der Gegensatz von fixem und flüssigem Kapital das Formproblem verschärft. Zur Erläuterung: Unter fixem Kapital versteht Marx jenes Kapital, daß über einen Produktionszyklus hinaus fungiert, also etwa umfangreiche industrielle Anlagen, Eisenbahnnetze, Pipelines usw., die fix mit einer bestimmten Form von Gebrauchswert verbunden sind und nur unter Mühen wieder verflüssigt werden, also einem Formwandel, etwa der Verwandlung in Geldkapital durch Verkauf zugänglich sind. Flüssiges Kapital wäre etwa die Arbeitskraft und das Leder einer Schuhfabrik, das bereits nach einem Produktionszyklus als Schuhware auf die Formverwandlung in Geld harrt. Marx zeigt im „Maschinenfragment“ folgenden Widerspruch auf: Einerseits verkörpert die Große Maschinerie, die nur als fixes Kapital vorgestellt werden kann (Kapital, welches über die einzelnen Produktionszyklen übergreift), den ArbeiterInnen gegenüber die Wissenschaft, die Produktivkraft schlechthin. „*In der Maschinerie tritt die vergegenständlichte Arbeit stofflich der lebendigen als beherrschende Macht entgegen und als aktive Subsumtion derselben unter sich, nicht nur durch Aneignung derselben, sondern im realen Produktionsprozeß selbst...*“ [29]

Das Problem ist nun, daß das fixe Kapital in bestimmter Gebrauchswertform fixiert ist. Dem Begriff des Kapitals entspricht es aber, jedem bestimmten Gebrauchswert gegenüber gleichgültig zu sein, umgekehrt ist das fixe Kapital als automatischer Produktionsapparat in bestimmter Gebrauchswertform fixiert und davon nicht abzulösen. „*Die Maschinerie erscheint als die adäquate Form des capital fixe und das capital fixe, soweit das Kapital in seiner Beziehung auf sich selbst betrachtet wird, als die adäquateste Form des Kapitals überhaupt. Andererseits, soweit das capital fixe in seinem Dasein als bestimmter Gebrauchswert festgebannt, entspricht es nicht dem Begriff des*

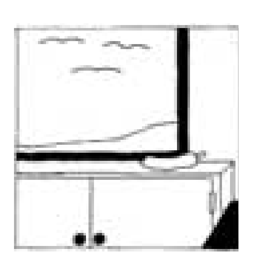














Kapitals, das als Wert gleichgültig gegen jede Form des Gebrauchswerts und jede derselben als gleichgültige Inkarnation annehmen oder abstreifen kann. Nach dieser Seite hin, nach der Beziehung des Kapitals nach außen, erscheint das capital circulant als die adäquate Form des Kapitals gegenüber dem capital fixe.“[30] Das heißt also, das Kapital kann mit seinem Begriff nicht identisch werden, weil es keine ihm angemessene letzte Form finden kann. Es existiert ebenso adäquat wie inadäquat als konstantes wie variables Kapital, und ebenso adäquat wie inadäquat als fixes wie flüssiges Kapital. Die Totalität findet keine Form. Der letzte Grund für dieses Formproblem ist natürlich der Gegensatz zur lebendigen Arbeit, zum Tun, welches das Kapital bricht und das in erstarrter, sachlicher Form die Basis der Klassenherrschaft darstellt. Die mit sich selbst identische Totalität muß also scheitern. Verwundert habe ich daher in einer Besprechung von Capital & Class, Nr. 54 gelesen: *„Postone macht sich zu Recht über „Post-Marxisten“ und „Post-Modernisten“ lustig, die der Kategorie der Totalität die Gültigkeit absprechen, als trügen Hegel und Marx die Schuld an ihr. Dabei reflektieren diese nur (Hegel unkritisch, Marx kritisch) die totalisierende Logik der Wertform, die sich selber so erdrückend aufzwingt, daß alle Beziehungen von ihr erfaßt werden.*“[31] Verwundert, weil von Marx bis Marcuse immer wieder der Gedanke formuliert wurde, daß Widerspruch und Negation bei Hegel letztlich Scheincharakter annehmen müssen, daß nach dem Durchgang durch Zerrissenheit und Kampf, nach Widerspruch und Entzweiung die abschließende Versöhnung das geschichtliche und gedankliche Resultat sein muß. Die Beziehung Marx zu Hegel ist natürlich uferlos diskutiert worden; dies soll kein weiterer Beitrag sein. Und doch ist die Sprache verräterisch. Postone zieht nämlich - von seiner Warte aus gar nicht zu Unrecht, wie ich meine - eine Parallele zwischen seinem Marx und Hegel und meint, Marx habe den Hegelschen Geist durch die gesellschaftliche Substanz abstrakter, sich selbst bewegender Werte ersetzt. Gesellschaft sei Totalität, die *„substantiell homogene Totalität“* Hegels (132f). Homogen - das schreibt Postone ungerührt so hin.

Überwindung des Kapitalismus?

Haben wir letztlich Postone unrecht getan, nicht genau genug gelesen? Ist Postone keineswegs der monistische Identitätstheoretiker, als der er hier vorgestellt wird? Sagt Postone nicht, daß die kapitalistische Gesellschaft *„... nicht zu einer einheitlichen Identität geworden ist, die das Nicht-Identische vollkommen assimiliert habe“* (286) Tatsächlich können ganze Passagen in diesem Buch kaum anders verstanden werden, denn als Plädoyer für ein geschlossenes Gehäuse des abstrakten Werts und seiner substantiellen Homogenität. Aber blicken wir weniger auf die Uneinheitlichkeit seiner Argumentation, sondern beachten wir seine Überlegungen bezüglich der Überwindung des Kapitalismus.

Wo ist nun das Moment des Nicht-Identischen zu finden? Alle Momente des gesellschaftlichen Lebens, die Gebrauchswertdimension wie das Proletariat, Wissenschaft wie Technik, sind für Postone nur Aspekte des Ewiggleichen. Als Kandidaten für die Überwindungen der kapitalistischen Verhältnisse kommen diese Dimensionen demnach keineswegs in Frage, und eine rebellische, widerständige, nach Befreiung strebende Subjektivität wird so selbstverständlich ausgeschlossen, daß es kaum einer expliziten Bekräftigung bedarf. Sind wir alle also im identitätslogischen Gehäuse des Kapitals eingeschlossen? Stoßen wir immer nur auf seine Aspekte, seine Formen, seine Produkte, seine Verhältnisse? Ist Veränderung Utopie? Die Antwort Postones: Ja und Nein. Proletariat und Gebrauchswert als Kandidaten der Befreiung scheiden, wie gesagt, aus. Was verbleibt? Postone hätte es uns allen einfacher machen können. Er hätte schreiben können, die Lösung liege im Abschnitt „Widerspruch zwischen der Grundlage der bürgerlichen Produktion und ihrer Entwicklung selbst“ der Marxschen „Grundrisse“. Er hätte sagen können: Sehen wir uns diese Stelle genau an, diskutieren wir ihre Voraussetzungen und Schlußfolgerungen. Statt dessen läßt er uns wie ein Krimischreiber 520 Seiten nach dem Mörder suchen, um seine Identität stükkweise zu enthüllen. Marx denkt in diesem Abschnitt, auf den die Überlegungen Postones hinauslaufen, die Tendenz des tendenziellen Falls der Profitrate und die Entwicklung der großen Maschinerie zusammen und versucht, eine zukünftige mögliche Entwicklung zu antizipieren: *„Es ist nicht mehr der Arbeiter der modifizierten Naturgegenstand zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein. In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die unmittelbare Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper - in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint.*“[32] In einer solchen Phase, so Marx, müsse *„die auf dem Tauschwert ruhnde Produktion“* zusammenbrechen. In der Sprache Postones klingt diese Stelle so: *„Dies resultiert darin, daß proletarische Arbeit mit der fort-*

dauernden Entwicklung der kapitalistischen industriellen Produktion vom Standpunkt der Produktion von stofflichem Reichtum zunehmend überflüssig und deshalb letztlich anachronistisch wird...“ (534) Wenn das Proletariat überhaupt noch etwas produziert, so Postone, dann Wert, mitnichten jedoch Gebrauchswert. *„In der Marxschen Analyse kommt dem Proletariat also weiterhin eine strukturell wichtige Funktion für den Kapitalismus zu: Quelle des Werts zu sein, nicht jedoch Quelle des stofflichen Reichtums.“* (535) Der stoffliche Reichtum trudelt nämlich quasi automatisch aus dem automatisierten industriellen Produktionsprozeß ein, den ein paar gelangweilt herumstehende Proletarier nebenbei ein wenig überwachen. In einer derartigen Gesellschaft sind praktisch *„Wert und proletarische Arbeit“* (540) abgeschafft, ergibt sich die *„Möglichkeit einer Lebensweise, in der Arbeit keine gesellschaftlich vermittelnde Rolle spielt“* (542), wird *„Arbeit ... als gesellschaftlicher Quelle stofflichen Reichtums bedeutungslos“ (544)*, wird *„proletarische Arbeit als Quelle stofflichen Reichtums zunehmend bedeutungslos...“* (548) Könnte es nicht sein, daß dieser von Marx angedachte zukünftige gesellschaftliche Zustand doch eher noch Jahrhunderte entfernt ist, so er überhaupt den Fluchtpunkt der kapitalistischen Entwicklung darstellt? Geht aktuell die gesellschaftliche Entwicklung nicht wieder in die Richtung der erneut gestiegenen Bedeutung des absoluten Mehrwerts, was sich im Drängen des Kapitals zeigt, sowohl die Wochen- wie auch die Lebensarbeitszeit auszudehnen? Auch wenn ein derartiger von Marx angedachter Zustand in einigen hundert Jahren aktuell sein möge, was können wir bis dahin tun? Tatsächlich endet die Arbeit von Postone im striktesten Ultraobjektivismus, der überhaupt denkbar ist. Wir können nur abwarten, bis der Kapitalismus selbst durch die Entwicklung gigantischer Produktionsanlagen das Proletariat und seine Arbeit abgeschafft hat.

e-mail: karl.reitter@univie.ac.at

Anmerkungen:

1 Franz Schandl. „Mehrwert und Verwertung“ in: Streifzüge Nr. 30, April 2004
2 John Holloway, „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“, Münster 2002, Seite 78
3 E. P. Thompson, „Time, Work-Discipline and Industrial Capitalism“ Past and Present, 38 Dec. 1967
4 Alfred Sohn-Rethel, „Geistige und körperliche Arbeit“ Frankfurt am Main 1973 Seite 12
5 Dazu: Alfred Sohn-Rethel, „Das Geld, die bare Münze des Apriori“, Berlin 1990
6 Stefan Breuer, „Die Gesellschaft des Verschwindens. Von der Selbstzerstörung der technischen Zivilisation“, Hamburg 1995 Seite 79
7 ohn Holloway, „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“, Münster 2002, Seite 158
8 Karl Marx: „Produktiver Arbeiter zu sein ist daher kein Glück, sondern ein Pech.“ (MEW 23; 532)
9 John Holloway, „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“, Münster 2002, Seite 167
10 e-mail Aussendung vom 30.3.04 von krisisweb@gmx.net
11 MEW 23; 55
12 „Das Kapital ist von der Arbeit in einer Weise abhängig, wie die Arbeit nicht vom Kapital abhängig ist. Ohne die Arbeit hört das kapital zu existieren auf. Die Arbeit wird ohne das Kapital zu praktischer Kreativität, zu kreativer Praxis, Menschlichkeit.“ John Holloway, „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“, Münster 2002 Seite 209
13 „Die Idee, die Produktionsweise sei wesensmäßig vom Kapitalismus unabhängig, beruht des weiterten aus einem eindimensionalen, linearen Verständnis von technischen Fortschritt - Fortschritt der Arbeit - der oft dem gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt gleichgesetzt wird.“ (116)
14 Karl Marx, „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“, Frankfurt am Main 1969, Seite 25
15 Karl Marx, „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“, Frankfurt am Main 1969, Seite 10
16 Karl Marx, „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“, Frankfurt am Main 1969, Hervorhebung im Original, Seite 24
17 Karl Marx, „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“, Frankfurt am Main 1969, Seite 18
18 MEW 23; 91
19 MEW 13; 21
20 Theodor. W. Adorno, Soziologie Schriften I, Frankfurt am Main 1979, Seite 14
21 MEW 23; 89
22 Grundrisse, Seite 211, Ausgabe Europäische Verlagsanstalt, ohne Jahresangabe
23 MEW 23; 445
24 MEW 23; 459
25 John Holloway, „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“, Münster 2002 Seite 63
26 Cornelius Castoriadis, „Gesellschaft als imaginäre Institution“, Frankfurt am Main 1984, Seite 136
27 „Totalität ist keine Erfindung herrschsüchtiger Intellektueller, sondern eine Realität, die sich nicht einfach wegdekretieren läßt. Sie manifestiert sich in der Tendenz des Kapitals, „alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen“ (Gr. 189); sie zeigt sich in der Universalisierung und Globalisierung der dem Kapitalverhältnis eigenen Produktions- und Zirkulationsformen, und nicht zuletzt in der massiven Expansion der experimentellen Wissenschaften, die immer tiefer in die Infrastrukturen der Materie intervenieren und längst keine Grenzen mehr kennen.“ Stefan Breuer, „Die Gesellschaft des Verschwindens“, Hamburg 1995, Seite 9
28 Grundrisse, Seite 189, Ausgabe Europäische Verlagsanstalt, ohne Jahresangabe
29 Grundrisse, Seite 585, Ausgabe Europäische Verlagsanstalt, ohne Jahresangabe
30 Grundrisse, Seite 586, Ausgabe Europäische Verlagsanstalt, ohne Jahresangabe
31 http://www.wildcat-www.de/zirkular/18/z18buchg.htm
32 Grundrisse, Seite 592f, Ausgabe Europäische Verlagsanstalt, ohne Jahresangabe

Robert Foltin
Soziale Bewegungen in Österreich: Postmoderne, Postfordismus

In diesem Abschnitt geht es um die Veränderungen im Kapitalismus seit der 1960ern. Das wird von verschiedenen AutorInnen als Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, von der Moderne zur Postmoderne, vom Imperialismus zum Empire oder von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft bezeichnet. Es wird sich zeigen, dass es dabei keinen Einschnitt gibt, sondern dass sich bereits im Fordismus begonnene Entwicklungen beschleunigt haben. Die Veränderungen waren Antworten auf Revolten und Widerständigkeiten, aber durch deren Integration entstehen wieder neue Brüche, an denen soziale Bewegungen ansetzen (können).

Empire

Gäbe es keine sozialen Bewegungen, würde der Kapitalismus im gemütlichen Profitemachen erstarren. Durch die Subjektivität und den Kampf um die Wünsche der ArbeiterInnen wurden diese im Fordismus auch zu KonsumentInnen gemacht. Die ArbeiterInnenklasse wurde als gewerkschaftlich kontrollierter Motor in das herrschende System integriert. Diese ins System integrierte Dynamik führte dazu, dass die auszubeutenden Menschen, die Bevölkerungen immer wieder neu zusammengesetzt wurden. Es kam zu den Revolutionen im Kapitalismus, verbunden mit rasend schneller Ausbreitung der „Proletarisierung“ und einer massiven Mobilisierung der Menschen in die Städte, in Richtung der reicheren Regionen, aber auch von Informationen und Waren in alle Richtungen.

Der Imperialismus hatte bereits die ganze Welt erobert, die Ausbeutung erfolgte aber zu einem großen Teil unter Beibehaltung nichtkapitalistischer Produktionsweisen, von Marx als formelle Subsumption bezeichnet. Das Kapital erschien außerhalb der Organisation von Leben und Arbeit in der Zirkulationssphäre (Handel), als äußere Gewalt. Im Empire wird die Arbeit und die Ausbeutung vom Kapitalismus organisiert, von Marx als reelle Subsumption bezeichnet und dort als „Proletarisierung“, Arbeit in der kapitalistischen Fabrik, verstanden. Der Versuch einer nachholenden Entwicklung im Trikont durch Industrialisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft leitete eine beschleunigte Zerstörung der ländlichen Subsistenzproduktion ein. Die Slums der Städte wuchsen an. Nur ein Teil der mobilisierten Menschen konnte in die Fabriken integriert werden, im Trikont überlebt ein großer Teil von Nahrungsmittelproduktion in kleinen Gärten, kombiniert mit „UnternehmerInnentum“ von Schuhputzen und kleinem Handel bis hin zur Kriminalität. Die Reproduktion der Haushalte wird durch verschiedene Arbeiten gewährleistet, auch durch zeitweise Jobs in Fabriken. Der Versuch, diese mobilisierten Massen in die entstehenden Nationalstaaten zu integrieren, z.B. durch die Subvention von Grundnahrungsmitteln oder Benzin durch den Staat, wurde durch die Schuldenkrise der 1980er in Frage gestellt. Die Menschen revoltierten in Massendemonstrationen und Krawallen. „Neoliberale“ Konzepte setzten sich

durch, die Offenheit zum Weltmarkt brachte kapitalistische Investitionen, neuen Reichtum für eine begrenzte Anzahl von Menschen und viel zusätzliche Armut.

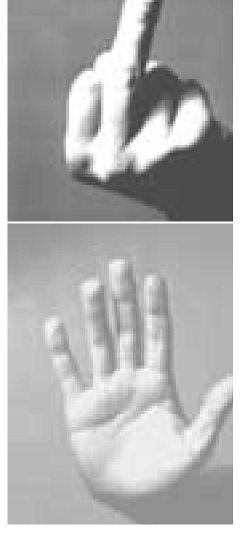
War das Verhältnis zwischen Metropolen und Trikont in einer ersten Phase hauptsächlichen durch ungleichen Tausch geprägt, die „Entwicklungsländer“ als Rohstoffproduzenten, so veränderte sich das ab der Mitte der 1970er (Hardt / Negri 2000, S. 245ff): die transnationalen Konzerne verlagerten immer mehr Produktionen in bisher noch nicht ausgebeutete Regionen: exterritoriale Weltmarktfabriken und freie Produktionszonen, von Diktatoren, aber später auch von demokratischen Regimes zur Verfügung gestellt. In diesen Fabriken sind meist junge Frauen (oft auch Kinder) angestellt, gewerkschaftliche Tätigkeit ist untersagt. Wenn es zu Forderungen nach höheren Löhnen oder besseren Arbeitsbedingungen durch eine beginnende Organisierung kommt, drohen die Konzerne mit der Verlagerung in billigere Regionen, darum werden diese EPZ (Exportproduktionszonen) auf den Philippinen „Schwalben“ genannt (Klein 2001, S. 212ff). Durch den überall auftauchenden Widerstand und die beginnende gewerkschaftliche Organisierung beschleunigt sich die Einrichtung immer neuer EPZ. Es begann in Lateinamerika, wurde in Südostasien fortgesetzt und erreichte in den 1990er nach China auch Vietnam. Immer größere Teile der Bevölkerung werden in den Moloch von Arbeit und Ausbeutung eingesaugt oder auch nur angelockt und überleben in den Slums der großen Städte. Der Kapitalismus ist dabei, die letzten Bereiche der Erde zu revolutionieren.

Die antiimperialistischen Entwicklungsmodelle, in die nach der Befreiung von der Kolonialherrschaft viel Hoffnung gesetzt wurde, scheiterten bis auf Ausnahmen am Weltmarkt. Sie waren unterkapitalisiert, weil zu wenig Reichtum vorhanden war oder durch Kriege niedriger Intensität zermürbt und ökonomisch ausgelaugt, weil zuviel Reichtum da war. Investitionen im Trikont und „Reformen“ des Wohlfahrtsstaats in den Metropolen veränderten die ökonomische Landkarte. Heute lassen sich die Hierarchien und Ungleichheiten nicht mehr an nationalen Grenzen festmachen. Die Situation zwischen arm und reich ist eher mit einem Leopardenfell zu vergleichen, mit breiten reichen Zonen im Norden und einzelnen Regionen und Flecken im Süden und mit breiter Armut im Süden und Armenghettos im Norden. *Sweatshops* mit Löhnen, die kaum eine Überlebensmöglichkeit gewährleisten, gibt es in London, New York, Hongkong oder Manila. In einzelnen Regionen, z.B. in Südostasien, existieren alle möglichen Formen des Lebens auf engstem Raum nebeneinander: Standorte von Informationstechnologien mit für dortige Verhältnisse relativ hohen Löhnen neben fordistischer arbeitsintensiver Massenproduktion und vorkapitalistischer Subsistenz. Bestand vor vierzig Jahren zumindest noch die (falsche) Hoffnung, dass nationale Unabhängigkeit zu einem besserem Leben führt, so ist das heute völlig irreal[1].

Die reale Machtausübung ist auf ein Netzwerk verschiedener Organisationen und Institutionen mit unterschiedlicher Bedeutung übergegangen. Es bestehen Hierarchien, aber diese sind fließend und veränderbar. An der Spitze stehen die USA als einzige Supermacht, die auch gegen den Widerstand anderer Institutionen und Staaten bewaffnete Aktionen durchführen kann (vgl. Hardt / Negri 2000, S. 309ff). Sie sind aber in die Kommunikationsstrukturen der wichtigsten Industriestaaten (G7) und der zentralen globalen ökonomischen und Finanzstrukturen wie den IWF und die Weltbank eingebunden. Die VertreterInnen dieser Institutionen treffen sich zusätzlich zu den tagtäglichen Kommunikationen auch auf formellen und informellen Treffen, die von der entstehenden globalen Protestbewegung als Anknüpfungspunkte für Proteste dienten (von Seattle bis Davos). Eng damit verbunden sind die ManagerInnen-Netzwerke der transnationalen Konzerne, gemeinsam mit den weniger bedeutenden Nationalstaaten. Diese Strukturen sind aber nicht unabhängig von den Ebenen, die die Bevölkerungen in den herrschenden Kapitalismus integrieren sollen. Teilweise sind das noch die Nationalstaaten, die über Wahlen den Ausgleich zwischen sozialen Gruppen (oder Klassen) herstellen. Mit dem Zerfall stabiler sozialer Schichtungen wie ArbeiterInnen, BäuerInnen, KleinunternehmerInnen etc durch die kapitalistische Individualisierung werden die Demokratien aber immer mehr zu einem medial vermittelten Spektakel. So machte die europäische Sozialdemokratie eine Entwicklung durch von einer Arbeiter-







Innenpartei über eine Volkspartei im Fordismus hin zu einer Partei, wo durch öffentliche Auftritte, aber auch durch Spektakel wie das Pensionsvolksbegehren Opposition simuliert wird. In den Medien wird der Spektakelcharakter politischer Äußerungen wie Wahlen nicht einmal verschwiegen, wenn davon geschrieben wird, dass „unpopuläre Maßnahmen“ vor Wahlen nicht durchzuführen sind. So ungefähr, wählt uns, dann machen wir, was Markt und Kapitalismus verlangen. Demokratie ist die Wahl zwischen Parteien wie zwischen Waschmitteln oder HandybetreiberInnen. In diesem Zusammenhang werden größere Strukturen immer wichtiger, die keinen Bezug mehr haben zur demokratisch-nationalstaatlichen Ebene: in Europa ist das die Europäische Union. „Lobbying in Brüssel“ wird zu einer wichtigen politischen Ausdrucksform. Für Flüchtlinge und MigrantInnen, die aus den StaatsbürgerInnensystemen herausfallen, erfolgt die Integration ins Weltsystem durch eine Reihe humanitärer Organisationen und „zivilgesellschaftlicher“ NGOs *(non-governmental organisations)*[2]. Sie sind die kapillaren Enden der heute bestehenden Machtnetzwerke (Hardt / Negri 2000, S. 313). Diese NGO-Strukturen bilden gemeinsam mit anderen „Internationalen“ wie Friedenstruppen und internationalen Verwaltungen einen wichtigen Faktor, um Randbereiche der Weltgesellschaft in das wirtschaftliche System einzugliedern. Z.B. wurden die durch den Bürgerkrieg zerstörten Ökonomien in BiH (Bosnien und Herzegowina) oder in Kambodscha so wieder Teil des kapitalistischen Weltsystems.

Der Niedergang der radikalen Bewegungen nach 1968 und deren Integration in herrschende Strukturen führte zur Blüte der NGOs. Wurden die früheren UNO-Konferenzen nur mit VertreterInnen von Staaten durchgeführt, so änderte sich das ab den 1970ern. Auch die Themen änderten sich, zusätzlich wurden jene der emanzipatorischen Bewegungen aufgegriffen: Umwelt, Menschenrechte, Frauen, Klimaschutz etc. Wurden früher meistens nur Gegenveranstaltungen durchgeführt, so werden jetzt immer mehr VertreterInnen aus den emanzipatorischen Bewegungen zu den offiziellen Teilen eingeladen. Bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 und bei der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 dominierten schon Frauen, die ursprünglich aus der feministischen Bewegung kamen und in linksliberalen Parteien und Institutionen oder im akademischen Bereich Karriere gemacht hatten. Bei der UNO-Welt-Menschenrechts-Konferenz in Wien im Juni 1993 wurden ausdrücklich NGOs eingeladen, ein zuvor stattfindendes NGO-Forum wurde von der österreichischen Regierung unterstützt (und IBM stellte mit Gratis-Leihcomputern ausgestattete Büros zur Verfügung). Natürlich gab es Konflikte, sowohl darum, welche NGOs eingeladen und welche davon von der Europäischen Gemeinschaft oder anderen SponsorInnen unterstützt werden. Außerdem wehrten sich einzelne VertreterInnen diktatorischer Staaten wie China gegen die Teilnahme von Oppositionsgruppen (z.B. aus Tibet). Aber die Veränderungen in Bezug auf die Funktion der Institutionen der „Zivilgesellschaft wurden bereits sichtbar (vgl. TATblatt minus 8). Zwar bezeichnete im TATblatt minus 9 eine „Antiimperialistische Menschenrechtsgruppe für die politischen Gefangenen in der BRD“ diese Konferenz als ein *mehr oder weniger gut inszeniertes, großes Theaterstück,* tatsächlich bedeutete es etwas anderes, nämlich das Funktionieren der „Zivilgesellschaft“ als Teil der herrschaftskonstituierenden Netzwerke. Gerade die Menschenrechtsargumentation vieler NGOs diente als Hebel für militärische („humanitäre“) Interventionen (z.B. in Jugoslawien).

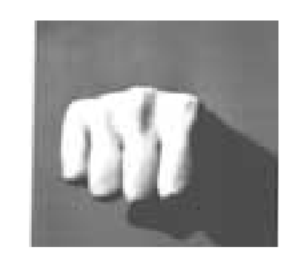
Die NGOs als linksliberaler Jetset, der seine RepräsentantInnen von Kongreß zu Kongreß schickt und international kommuniziert, haben jedoch eine ambivalente Funktion. So war es der Lobbyismus einzelner NGOs, der das MAI (*Multilateral Agreement on Investments* - Multilaterales Abkommen über Investitionen) zu Fall brachte. Dieser Vertrag war erst in Verhandlung, es wurde vorgeschlagen, dass Nationalstaaten verklagt werden könnten, wenn sie die Investitionsmöglichkeiten von Konzernen einschränken. Das MAI scheiterte 1998 zwar am Widerstand mehrerer Nationalstaaten des Trikont wie Indien, Malaysia und Tansania und an Teilen der offiziellen Delegationen, wie jener Frankreichs, die ihre nationale Filmbranche schützen wollten. Die Öffentlichkeitsarbeit einiger NGOs mobilisierte aber eine größere Anzahl von AktivistInnen, die dann später die Basis der globalen Protestbewegung bilden sollten. Unter diesen sind sowohl die verkürzten Sichtweisen von Teilen der globalen Protestbewegung (zurück zum Nationalstaat, gegen den „Neoliberalismus“) angelegt wie auch die Grundlage für einen neuen Antikapitalismus.

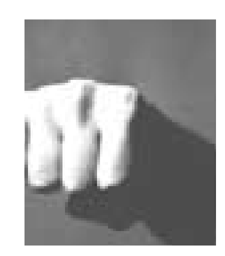
Auch unterhalb der Nationalstaaten änderte sich die Art, wie Konflikte in die herrschenden Strukturen integriert werden. Waren es im Fordismus vor allem Wahlen, die gesellschaftliche Entwicklungen oder Veränderungen widerspiegelten, so verschob sich das mit dem Auftauchen der „neuen sozialen Bewegungen“. Noch bis Mitte der 1990er glaubten die Autonomen, dass sie an den Radikalisierungen regionaler Umweltbewegungen vom Unterschriftensammeln bis hin zu direkten Aktionen wie Besetzungen teilnehmen konnten. Bald aber wurde immer klarer, inwiefern solche Initiativen Teil des funktionierenden herrschenden Systems sind[3]. Es

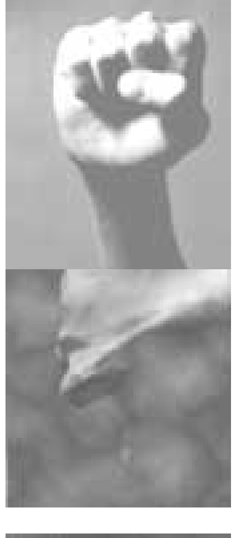
entstanden immer wieder regionale Initiativen, die auch Straßenblockaden und Kundgebungen durchführten, aber weit weg von einer Sichtweise auf die ganze Gesellschaft waren: gegen Handymasten, für und gegen Umfahrungsstraßen etc. In diesem Zusammenhang wurde auch das Instrument der Mediatisierung eingeführt, ein Versuch der Vermittlung der unterschiedlichen Interessen. Am bekanntesten wurde dabei das Projekt, die GegnerInnen der Flughafenerweiterung Wien-Schwechat einzubeziehen. Genau damit konnte an den Widersprüchlichkeiten der aktiven Menschen angesetzt werden. Sie waren gegen die Erweiterungen, wollten aber selbst in den Urlaub fliegen. In anderen Situationen waren sie gegen die am Haus vorbei führenden Straßen, wollten aber selbst nicht auf das Auto verzichten. Paralllel dazu wurde der aktive ökologische Kampf immer stärker an professionalisierte Organisationen wie Greenpeace und Global 2000 delegiert. Es waren nicht mehr aktive regionale Bevölkerungen, sondern das Lobbying, auch unterstützt durch illegale Aktionen, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erreichen. Ein weiteres „Ergebnis" der Ökologiebewegung war die Individualisierung des Umweltschutzes, vom Einbau von Katalysatoren ins Auto, um weniger Schadstoffe zu produzieren (aber nicht der Verzicht aufs Auto, das würde „der Wirtschaft" schaden) bis zur Mülltrennung als Mehrarbeit hauptsächlich für Frauen. Der teilweise Erfolg von Bio-Produktlinien basiert auf der österreichischen Öko-Tradition von Zwentendorf über Hainburg bis Temelin. Ergänzt wurde das durch Massenkampagnen, die eine Bewegung von unten simulierten. Als die französische Regierung 1995 Atomwaffenversuche im Südpazifik durchführte, führte das zu hektischen Aktivitäten großer Teile der Bevölkerung bis hin zu Boykottdiskursen gegenüber französischem Wein und französischem Käse.

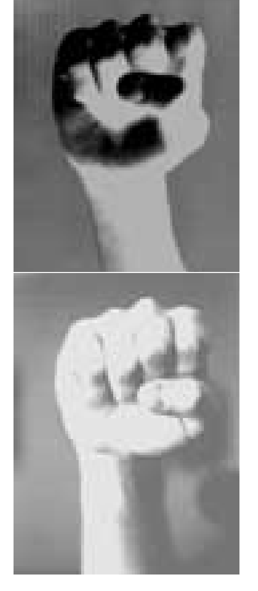
Eine spezifisch österreichische Form der Integration ist das „Volksbegehren" als vorgebliches Element der direkten Demokratie. Im April 1997 wurden, angestoßen durch unabhängige Initiativen zwei Volksbegehren durchgeführt. Mit Hilfe der Kronenzeitung und etablierter Öko-Organisationen wie Greenpeace und Global 2000 gab es eines gegen Gentechnik, das über eine Million Unterschriften erreichte, allerdings mit so „unpolitischen" Argumenten wie, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel Allergien hervorrufen könnten. Das bewirkte zwar eine verbale GegnerInnenschaft im österreichischen Mainstream, von Medien bis hin zu den PolitikerInnen, aber auf lange Sicht setzten sich die „Gesetzmäßigkeiten" des Marktes durch: es gibt zwar eine Kennzeichnungspflicht, aber auch das wird bei verarbeiteten Produkten unterlaufen. Zum gleichen Termin konnte auch das „Frauenvolksbegehren" unterzeichnet werden, das durch eine Initiative von unten, durch das UFF! (Unabhängiges Frauenforum) eingeleitet wurde[4]. Eine Sprecherin des UFF! meinte, dass alle Forderungen sofort umsetzbar wären (TATblatt Nr. 74, 10.4.1997). Dieses Volksbegehren landete wie alle anderen auch in der Schublade, keine der Forderungen wurde umgesetzt. Allerdings zeigte sich an der Unterschriftenzahl (über 600.000), dass der Wunsch nach Veränderung ziemlich groß ist[5].

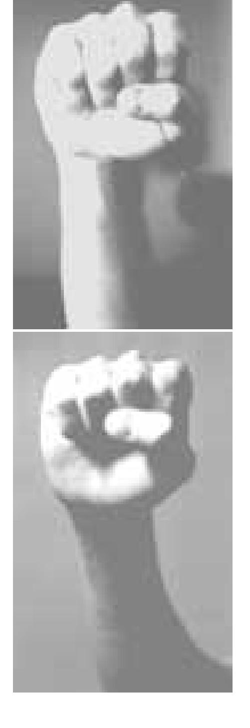
Spektakel wird auch auf anderen Ebenen als bei Wahlen und simulierter Opposition zur zentralen Ausdrucksform. Ein Lieblingsdiskurs von Bevölkerung und Medien ist der über Privilegien und Skandale. Neben dem Rassismus waren es diese Spektakel, die den Aufstieg von Jörg Haider begleiteten. Das konnte PolitikerInnen treffen, aber auch vermeintlich privilegierte SozialschmarotzerInnen (SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose, „Ausländer"), eine Revolte, die Veränderung simuliert, um das System beizubehalten: *„alles zu ändern (oder diesen Anschein zu vermitteln), damit sich nichts ändert (obwohl es diesen Anschein hat)"* (Wallerstein 2002, S. 97). Ähnlich ist der Diskurs um „Reformen" zu sehen. Es war nicht erst die schwarz-blaue Regierung, die die sozialen Systeme reformierte, schon die SPÖ-ÖVP-Koalition führte Sozialabbau unter diesem Titel durch. Die staatlichen Leistungen werden eingeschränkt, um den Druck in Richtung Verwertung und Möglichkeit der Ausbeutung zu verstärken. Durch die Zerstörung von immer mehr Reproduktionsmöglichkeiten außerhalb des Kapitalismus werden „verstaatlichte" Sozialleistungen in Richtung Privatisierung umgebaut. Wo das nicht geht, weil es nicht gewinnbringend funktionieren kann, wie z.B. bei der Verwaltung der Arbeitsämter, werden diese Institutionen aufrecht erhalten, bis sich eine kapitalisierbare Form findet. Widerstand gegen alle möglichen Formen der „Privatisierung" sind somit ein Teil der Themen der entstehenden internationalen Protestbewegungen.







Die Verschiebungen weg von der nationalstaatlichen Ebene veränderten auch die Herangehensweise emanzipatorischer Bewegungen. So kann Seibert (2003, S. 59) schreiben, dass der spezifische Unterschied der globalisierungskritischen Bewegung zu früheren sozialen Bewegungen deren transnationaler Ausgangspunkt ist. Die ArbeiterInnenbewegung musste z.Bs. den Internationalismus erst in die Bewegungen hineintragen. Durch die verminderte Funktion der Nationalstaaten und den Blick auf die „Globalisierung" ist es heute unmöglich, sich nicht internationalistisch zu positionieren und international zu organisieren, selbst wenn die Inhalte (z.B. von Attac) teilweise rückwärts gewandt sind, wenn es um die Funktion staatlicher Strukturen geht.

Kontrollgesellschaft und Biomacht

In Negri / Hardt 1997 (S. 77ff) wird *reelle Subsumption* nicht nur als Proletarisierung (wie bei Marx) verstanden, es wird nicht nur die Arbeit durch die herrschenden Strukturen organisiert, sondern das ganze Leben. Die „Zurichtung" der Körper und der Leben durch Fabrikdisziplin und Familiensystem in der Disziplinargesellschaft ist ein begrenzter Ausdruck dieser Organisation. Die „Privatheit" in der Familie wurde erst in der modernen Gesellschaft durchgesetzt und obwohl sie wie ein Bereich der Autonomie vom kapitalistischen System scheint, ist die fordistische Kleinfamilie bereits Ausdruck der reellen Subsumption der Reproduktion (Produktion des Lebens) unter das Kapital. Dagegen wurde rebelliert, die Rebellionen aber institutionalisiert und in herrschende Strukturen transformiert. Die emanzipatorischen Elemente wurden aufgenommen, aber herrschaftserhaltend und die Ausbeutung perfektionierend aufgehoben: der Kampf um die Vielfalt der Ausdrucksformen von der Mode über die Musik bis hin zur Sexualität wurde zu einer Bereicherung des kapitalistischen Marktes. Die Selbstausbeutung in Alternativbetrieben wurde zum Modell für Projektarbeit, für die „neue Selbstständigkeit" etc. Die Kritik an der normierenden Disziplinargesellschaft wurde zur (Selbst)-Kontrolle der Kontrollgesellschaft.

Der *Panoptismus* wird als *Diagramm* der Disziplinargesellschaft beschrieben (Foucault 1977 S. 256ff): von einer zentralen Position aus sind die KlientInnen (in Gefängnis, Psychiatrie, Krankenhaus, Schule etc) einsehbar, ausgeleuchtet, Kommunikation zwischen den KlientInnen soll begrenzt und kontrolliert werden. Das beobachtetende Zentrum kann leer sein, ist es aber meistens nicht. Die Institutionen, die nach diesem Modell funktionieren, sind getrennt voneinander: Fabriken, Familien, Heime, Krankenhäuser, Schulen, Kasernen etc. Die Entwicklung zur Kontrollgesellschaft bedeutet Verschiebungen innerhalb dieses Modells („Diagramms"): Die Institutionen werden offener, sind nicht mehr so stark von der übrigen Gesellschaft abgegrenzt, die Mauern werden durchlässiger, Kontrolle erfolgt weniger an einzelnen Punkten („Durchgängen"), statt dessen dehnen sich Kontrolle und Disziplin auf die ganze Gesellschaft aus. Maschinenlesbare Ausweise werden wichtiger als Einsperrungen. Die Überwachung wird z.B. durch Kameras über den ganzen öffentlichen Raum der Stadt verteilt. Grenzkontrollen gegen Migration finden immer weniger an den Grenzen statt, sondern überall durch Schleierfahndung und Denunziation. Die großen fordistischen Reproduktionsinstitutionen wie Krankenhäuser und Altersheime werden verändert und verkleinert. Ein Beispiel dafür in Österreich ist die Einführung des *Pflegegeldes* 1993. Dadurch wird die „Wahlfreiheit" für die Art der Pflege gewährleistet. Es bietet sich die billigere Pflege zu Hause an, die Versorgung (*Care*-Arbeit) wird (wieder) in die Sphäre der Familie zurückverlagert oder bleibt den Frauen in privatisierten Institutionen. Eine ähnliche Funktion hat das von der ÖVP-FPÖ-Regierung eingeführte *Kindergeld:* „Wahlfreiheit" zwischen Kindergarten, Tagesmutter oder zu-Hause-bleiben der Frauen (vgl. Hammer / Österle 2001). Die Institutionen bleiben, sind aber nur noch eine Struktur unter vielen. Als Antwort auf die Kritik der „Demokratischen Psychiatrie" wurden psychiatriebetroffene Menschen ab den 1980ern in Österreich auf die Straße gestellt, was die Zahl der Obdachlosen vermehrte, aber Sozialkosten sparen half. Für andere wurden WGs geschaffen, auch ein Vorschlag der emanzipatorischen Bewegungen. Psychisch krank zu sein ist nicht mehr so stigmatisiert wie früher. Immer größere Teile der Bevölkerung machen, angeregt durch die Selbsterfahrungsbewegung, Psycho- und andere Therapien,

anderen werden als Billigvariante Antidepressiva verschrieben. Ergänzt wird das durch eine Reihe von Selbsthilfegruppen, in populären Sendungen wie „Willkommen Österreich“ oder der „Barbara Karlich Show“ vorgestellt und dadurch die Toleranz der Bevölkerungen erweiternd. Der disziplinierende Kern besteht aber weiter. Die Öffnung der Psychiatrie bedeutete zwar die Einschränkung brutaler Mittel wie Elektroschocks und das Ruhigstellen der Betroffenen durch Medikamente in großem Stil, in bestimmten Fällen werden sie jedoch weiter ungeniert angewandt. Die Institutionen der Disziplinargesellschaft sind mit ihrer Öffnung nicht verschwunden, nur die Abgrenzungen sind verschwommener geworden. Auch Gefängnisse wurden und werden immer öfter privatisiert, trotzdem hat sich die Struktur kaum geändert. Dabei ist offensichtlich, dass Bestrafung Verbrechen nie verhindert hat. Seit Foucault (1977, S. 342ff) wissen wir, dass das Gefängnis Delinquenz produziert: erst dort wird das soziale Umfeld für stabile kriminelle und kriminalisierte Strukturen geschaffen. Angst ist aber ein wichtiges Mittel, um Herrschaft zu erhalten und die „Kriminalität“ ist das, was zur Produktion der Angst bei den Bevölkerungen führt. So wird wie in anderen Strukturen auch die Kontrollgesellschaft zum funktionieren gebracht, insbesonders durch die Akzeptanz von Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen[6].

Auch die innere Struktur der Institutionen hat sich geändert. Selbst im Gefängnis wurden Therapiegruppen gebildet. Kommunikation zwischen den KlientInnen wird nicht mehr unbedingt unterbunden, Kooperation und soziale Qualitäten werden teilweise gefördert. Die Institutionen wurden dezentralisiert, ehemalige Heimzöglinge leben in WGs (wieder eine Idee der emanzipatorischen Bewegungen), auch Psychiatriebetroffene, Menschen mit besonderen Bedürfnissen (so genannte Behinderte) und Alte sollen sich gegenseitig unterstützen (und dadurch die Institutionen billiger machen). Auch die Kindergärten und der Schulunterricht wurden liberalisiert. Das Regime gegenüber den Kindern ist nicht mehr hauptsächlich disziplinierend, sondern mehr kontrollierend, in den beiden ersten Volksschulklassen wurden die Noten abgeschafft, teilweise werden schon Arten des spielerischen Lernens akzeptiert.

Das Eindringen und Akzeptieren des Lebens (Kommunikation, Kooperation, soziale Kontakte und Beziehungen) in die Institutionen führt zur Gegenbewegung, dass sich die Funktionen der Institutionen auf die Gesellschaft ausdehnen: Es wird gefordert, nicht nur in der Schule zu lernen, sondern lebenslang; Gesundheit und die Behandlung von Krankheit werden immer mehr in die Gesellschaft verlagert bis hin zur Diskussion, dass Versicherungsleistungen von der eigenen Gesundheitsvorsorge abhängig gemacht werden sollen. Die Körper werden nicht mehr durch Drill in Heimen, Kasernen, am Fließband diszipliniert, sondern die Selbstdisziplinierung erfolgt über Sport, gesundes Leben, Fitness etc. Gesundheit wird zum kaufbaren Produkt wie alles andere. Ergänzt wird das durch den Therapie- und Selbsthilfeboom.

Die Institutionen selbst werden immer mehr von Instrumenten, die normierte Personen an die Gesellschaft zurückgeben, zu Kontrollpunkten, von denen aus sie die ganze Gesellschaft überziehen. Die Überwachung im Gefängnis wird über die neuen Kommunikationsmittel vom Handy bis zum Internet auf alle ausgedehnt. Das Krankenhaus und die Psychiatrie finden ihren Widerhall in Freizeitbetätigungen (für die Gesundheit) und in den Selbsthilfegruppen. Diese Grenzenlosigkeit macht den „glatten Raum“ der Kontrollgesellschaft aus. Darum auch der verbreitete Diskurs über Netzwerkgesellschaft. Es gibt nicht mehr die Institutionen als panoptische Blöcke, sondern ausgedehnt und verbunden mit allen Teilen des Lebens und der Gesellschaft. Für Hardt / Negri (2000, S. 190) ist der *Weltmarkt das Diagramm* für die Macht im Empire so wie es der *Panoptismus* für die Disziplinargesellschaft ist. Marktförmigkeit und Verwertungszwang sind die Grundstruktur für die ganze Gesellschaft. Die Überwachung durch ein bürokratisches Zentrum, meist mit Institutionen der Nationalstaaten verbunden, wird immer weniger nötig, weil der Markt alles regelt[7]. Konnten die Menschen den Institutionen der Disziplinargesellschaft entkommen (durch Verweigerung, durch anders leben, durch ein anderes Körpergefühl), so unterliegen sie jetzt immer mehr dem ökonomischen Druck zum Überleben. Die Ideologie des Marktes schafft in diesem Zusammenhang immer mehr Räume, die „privatisiert“ werden, öffentliche Räume werden sukzessive reduziert, kommerzialisiert, die sich ausbreitenden privaten Räume überwacht. Auffällige Personen dürfen existieren (leben oder sterben), sie werden nicht mehr eingesperrt, aber Kameras und private Wachdienste kontrollieren die *Shopping Malls,* um alles, was den Verkauf stören könnte, zu entfernen. Der Zwang zur Selbstverwertung (die *Ich-AG*) wird dominierend. Dabei wird von den Menschen immer unmöglicheres verlangt: die Ich-AGen sollen kommunikativ, sozial, kooperativ und menschlich sein, aber zugleich die eigenen Bedürfnisse über den Markt rücksichtslos durchsetzen. Immer mehr Care-Tätigkeiten, Pflege von Angehörigen, freiwillige Sozialarbeit, aber auch Selbsthilfe oder „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollen geleistet werden, zugleich steigt der Druck, sich für immer weniger Geld in

immer prekärer werdende Jobs unterzubringen, wobei das Eine das Andere behindert. Trotz der alarmistischen Warnungen über den Abbau des Sozialstaats werden die Bedingungen zwar eingeschränkt und verschärft, aber für die StaatsbürgerInnen nicht abgeschafft. Kontrollinstrument und Verwertungszwang ergänzen sich in den wohlfahrtsstaatlichen Institutionen. Für MigrantInnen und Flüchtlinge gilt das nicht, sie werden als das „nackte Leben" durch die Biopolitik, dominierend in der Kontrollgesellschaft, ausgeschlossen.

Der Begriff Biomacht wurde von Michel Foucault im ersten Band von *Sexualität und Wahrheit: Der Wille zum Wissen* (Foucault 1983) eingeführt. Ging es der Disziplin um die Unterwerfung der Körper, so geht es der Biopolitik um die Kontrolle der Bevölkerungen: die Geburtenrate und die Lebensdauer, öffentliche Gesundheit, Wanderung und Siedlung (Foucault 1983, S. 137ff). Biopolitik bedeutet die Optimierung des Lebens. Haben die Disziplinen die Funktion, Körper und Bewegungen in kleine Teile zu zerlegen und dann wieder zusammenzusetzen (in der Kaserne im Drill, am Fließband durch den Taylorismus), so funktioniert Biopolitik, indem sie „übermenschlich" agiert. Es geht um „ganzheitliche" Einheiten wie „Völker" oder Bevölkerungen. Eugenik zur Züchtung eines neuen perfekten Menschen und Rassismus als Eingrenzung von Völkern und Ausgrenzung von anderen sind die Paradigmen, die im 19. Jahrhundert entstehen und im Nationalsozialismus einen negativen Höhepunkt erreichen. Im heutigen Kontrollregime funktioniert die Biopolitik diffiziler: Ausgrenzung des „nackten Lebens" funktioniert nicht mehr nach biologisch-rassischen Kriterien und auch die Produktion von Leben funktioniert nicht mehr im Sinne von „rassischer" Gesundheit. Die Lager für Flüchtlinge und Gen- und Reproduktionstechnologien funktionieren nicht mehr durch Ausmerzen, sondern durch die Aneignung und Produktion von Leben. Diese beiden Bereiche gehören zu den umkämpftesten im Übergang zum Empire: die Selbstorganisation der Illegalisierten und der Kampf gegen die Internierungen in Lager. Und nicht zuletzt die Kämpfe um die Loslösung der Produktion des Lebens vom (weiblichen) Körper.

Giorgio Agamben sieht den Flüchtling als „nacktes Leben" als das Charakteristikum der Moderne. Da im Nationalstaat die Souveränität vom Monarchen auf das „Volk" überging, musste auch definiert werden, wer diese Art von Souverän ist. Alle Anderen standen und stehen außerhalb, haben keine politischen Rechte, sind nur „nacktes Leben" (Agamben 2002 bezieht sich auf die Ausnahmefigur des römischen Reiches, den *Homo sacer* - heiligerverfluchter Mensch, der getötet werden darf, ohne einen Mord zu begehen). Mit der Blütezeit der Nationalstaaten im 20. Jahrhundert erreichte die Zahl der Flüchtlinge die größten Ausmaße und es sieht nicht danach aus, dass die Bedeutung von Flüchtlingen und Lagern geringer werden wird. Zur Zeit des Fordismus, am Höhepunkt des Kalten Krieges, gab es zumindest in Europa bessere Bedingungen, u.a. weil Flüchtlinge als „Menschenrechtsargument" gegen den „realen" Sozialismus benutzt wurden. Inzwischen kann das Lager, ob für Zehntausende im Kongo, als Zwischenaufenthalt in den Transiträumen der Flughäfen oder auch in Traiskirchen in Niederösterreich als typisches Merkmal des entstehenden Empire gelten. Zur Zeit der nationalen Befreiungsbewegungen erfolgte eine sukzessive Integration immer größerer Teile der Erde unter neue Staatlichkeiten, immer mehr Menschen wurden zu Nationen und „Völkern" erklärt, um den „ethnischen" Gruppen den Status des „nackten Lebens" zu ersparen. Jetzt landen sie in der Hölle der Lager als Zwischenwelten, auf dem Weg zu einem besseren Leben ausgeschlossen und zugleich eingeschlossen. Immer mehr befinden sich in einer Situation, wo sie keine Chance darauf haben, ihre Menschenrechte als StaatsbürgerInnen zu erwerben[8]. Da es kein außerhalb mehr gibt, der Einschluß („Integration") aber ausgeschlossen bleibt, bleibt nur noch das Lager, oder der Ausbruch, das Untertauchen, die Selbstorganisation, die Chance für einen Kampf um eine nichtkapitalistische Gesellschaft, die in ihrem Einschluß nicht ausschließt.

Männer werden überflüssig, Ende der Geschlechter?

Das Scharnier zwischen der Anwendung der Disziplinen auf den Körper und die Regulierung und Kontrolle der Bevölkerungen, der Biopolitik bildet der Sex/das Geschlecht (*le sexe* Foucault 1983, S. 140)[9]. Das betrifft Hygiene und Geburtenkontrolle, meist das, was in der bürgerlichen Gesellschaft als Familienpolitik diskutiert wird. Diese Art von Politik ging von eugenischen Maßnahmen, wie sie zur Optimierung des Lebens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch die Sozialdemokratie vertrat bis hin zur NS-Rassengesundheit. War die Diskussion um das Verbot der Abtreibung von Seiten der Linken und Liberalen in der Zwischenkriegszeit vor allem sozial geprägt - Geburtenkontrolle sollte das Elend der armen Klassen verringern, Frauen sollten nicht zu pfuschenden EngelmacherInnen gedrängt werden, so verschob sich die Argumentation im Kampf für die Legalisierung der Abtreibung mit der zweiten Frauenbewegung. Jetzt ging es um die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper. Sie sollten selbst entscheiden können, ob sie Kinder haben

wollen oder nicht („Mein Bauch gehört mir"). Der Blickwinkel veränderte sich aber durch den Internationalismus des Feminismus. Während in Europa Abtreibungen reglementiert, teilweise verboten waren, wurden geburtenkontrollierende Maßnahmen im Trikont gefördert und teilweise mit Gewalt (z.B. durch Zwangssterilisationen) durchgeführt. Für Feministinnen schien sich mit der Forderung nach „reproduktiver Selbstbestimmung" eine allgemein gültige Forderung anzubieten (Schultz 1994, S. 13ff). Das Scheitern der Geburtenkontrolle durch Zwangsmaßnahmen führte dazu, dass die bevölkerungspolitische Lobby die Forderungen der Feministinnen wie reproduktive Rechte und *womens´s empowerment* aufgriff. Ein Teil der Frauengruppen begann damit, bevölkerungspolitische Maßnahmen und damit die Biopolitik des herrschenden Systems zu unterstützen. Insbesonders bei der Bevölkerungskonferenz in Kairo brach dann der Konflikt auf zwischen dem westlichen feministischen NGO-Jetset, dem Eurozentrismus vorgeworfen wurde und Frauengruppen aus dem Trikont, die auf Verteidigung ihrer „Natur" setzten und jede Bevölkerungspolitik ablehnten.

Mit den neuen Reproduktionstechnologien (künstliche Befruchtung, Embryotransfer, Leihmutterschaft, pränatale Diagnostik) und Erkenntnissen in der Genforschung, die die Möglichkeit anbieten, neue Lebensformen zu kreieren, wird es immer mehr möglich, die Fortpflanzung von der Geschlechtlichkeit zu lösen. Ein Teil der Feministinnen hatte in den 1970ern und 1980ern begonnen, ihre „weibliche Macht" durch ihre Fähigkeit zur Geburt, zur Produktion von Leben zu entdekken. Als Differenzfeministinnen übernahmen sie die Spaltung in „Natur" und „Rationalität", wie sie durch den modernen Diskurs erzeugt wurde, wendeten aber die dort zu erobernde „Natur" und damit auch die Weiblichkeit ins Positive. Jetzt mussten sie feststellen, dass es keine „Autonomie", keine Natur außerhalb des Kapitalismus gibt. Dass es nichts gibt, was dem Zugriff der Macht und der Verwertung im Kapitalismus nicht zugänglich wäre.

Strömungen des postmodernen Feminismus kritisieren sowohl den Gleichheitsansatz, der „universellen" Kriterien nachläuft, die von Männern definiert sind wie auch die Idealisierung von „Natur" und „Weiblichkeit" des Differenzfeminismus. Tatsächlich arbeitet seit dem Ende der 1980er Judith Butler (1991, 1997) an der Dekonstruktion der beiden Geschlechter. Sie zeigt an Hand feministischer Literatur und Theorie sowie den Theorien Jaques Lacans (und Foucaults), dass die Konzepte „Frau" und „Mann" von der herrschenden patriarchalen Ordnung konstruiert sind. Tatsächlich entscheiden ÄrztInnen bei der Geburt, ob es sich um einen Buben oder ein Mädchen handelt, was bei einem Teil von Grenzfällen zu Problemen im späteren Leben führt. In den westlichen Gesellschaften (und auch den meisten anderen) ist es so, dass die Geschlechter und Geschlechterrollen immer wieder erzeugt werden, um diese *heterosexuelle Matrix* aufrecht zu erhalten. Butler zieht diesen Begriff dem Begriff „Zwangsheterosexualität" vor, weil es nicht hauptsächlich Verbote sind, die die Heterosexualität fördern und bestätigen. In der Erklärung der Produktion der Geschlechter geht es um die Performativität (Butler 1997, S. 35ff). Der Ausgangspunkt ist dabei die Sprechakttheorie von John Austin, der die These vertritt, dass jeder Sprechakt immer auch etwas bewirkt. Es gibt Sprechakte, deren Hauptfunktion die Wirkung ist, und diese werden performative Sprechakte genannt: Beispiele dafür sind eine Heiratsformel oder der Urteilsspruch eines Richters. Wenn diese im richtigen Kontext von den richtigen Personen geäußert werden, bewirken sie eine bedeutende Veränderung im Leben betroffener Personen. Die gleiche Sichtweise, von Austin auf Sprache bezogen, muss auf jede andere Kommunikation angewendet werden. Und alles, was von einer zweiten Person wahrgenommen wird, ist ein Akt der Kommunikation. So entsteht die Performativität in jeder Lebensäußerung, Kleidung, Bewegung, Gang, Art der Sprache, Gesten, Blicke u.ä. Und jedes Kind wächst in einer Umgebung auf, die durch alltägliche Aktivitäten immer wieder die

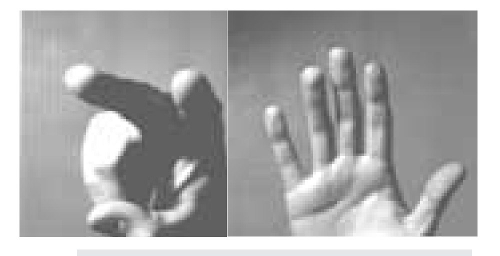
Ordnung der zwei Geschlechter bestätigt und damit die *heterosexuelle Matrix.* Die Geschlechterordnung ist (wie die Sprache) schon vor den aktiven Menschen da, wird aber permanent von fast allen Männern und Frauen immer wieder nicht nur bestätigt, sondern auch produziert. Dadurch erscheint das herrschende System so stabil, quasi natürlich. Da das eigene Leben, das eigene Agieren immer wieder zur Norm beiträgt, ist es aber möglich, durch das eigene Leben Normen zu unterlaufen und längerfristig auch zu verschieben. Was der Feminismus und die Schwulen-, Lesben- und Transgenderbewegung auch versuchten.

Trumann (2002) sieht in diesen Theorien die Bestätigung der Gentechnologie, die jetzt die Natur hinter einem Code verschwinden lässt. Ist es aber nicht so, dass gerade die Loslösung vom (von der bürgerlichen Gesellschaft erfundenen) Bezug zur Natur die Möglichkeiten für eine Befreiung von der herrschenden Geschlechterordnung ergibt? Der Feminismus, aber auch die Schwulen- und Lesbenbewegung haben bereits die heterosexuelle Ordnung zumindest in dem Sinne relativiert, als „normale" heterosexuelle und genitale Sexualität nicht mehr als die einzige gesehen werden muss. Durch die Loslösung der Produktion des Lebens vom Körper, durch die Reduzierung der Familie zu einer Lebensform unter vielen (so wie die anderen Institutionen nur mehr ein Knotenpunkt im glatten Raum der Kontrollgesellschaft sind), durch das Verschwinden der Grenzen zwischen privat und öffentlich, wurde der Weg frei, eine Gesellschaft mit mehr als zwei Geschlechtern überhaupt zu denken, weil die „Natürlichkeit" des Geschlechterverhältnisses nicht mehr existiert. Die Pluralisierung der Lebensstile bedeutet aber die Vervielfältigung der Anforderungen an die Frauen, wie Kritikerinnen berechtigterweise aufzeigen: *Mutter und Vater, Kumpel und Freundin, Geliebte und Kampfgefährte, Karriere- und Putzfrau in einer Person* (Eichhorn 1994, S. 43). Die Gesellschaft hat sich verändert, eine andere sexistische Arbeitsteilung ist aber geblieben. Die emanzipatorischen Bewegungen wurden wieder eingefangen, es wurden aber auch neue Möglichkeiten zur Veränderung geschaffen.

Ein Charakteristikum der Moderne ist und war die *Art des Blickes*, ob jetzt in Filmen, Magazinen oder im Büro und auf der Straße. Attraktivität, Schönheit, Körperlichkeit wird in der Frau ausgedrückt, Männer sind die unscheinbaren, unkörperlichen Betrachter. Aber inzwischen wird es auch für Männer wichtiger, Körperlichkeit zu zeigen, Männer müssen jetzt auch schön sein, durch Fitness und Sport, aber auch durch Mode und in bildhaften Darstellungen (von Models in Hochglanzmagazinen bis zu Strippern). Wurde früher das Schön-Sein von Männern mit Schwulsein (sich ficken lassen) verbunden, so wird es jetzt immer mehr allgemeiner Anspruch. Zugleich kommt es zu einer teilweisen Entkörperlichung der Frauen, einzelne Frauen können in Machtpositionen aufsteigen, in den neuen virtuellen Kommunikationsmedien wird die Verkörperung ganz offensichtlich virtuell, unwirklich. Das bedeutet noch keine Änderung der Machtpositionen, gerade die virtuellen Körper im Internet und in Filmen sind auffällig und sichtbar vergeschlechtlicht. Frauen müssen wie früher attraktiv sein, in Machtpositionen müssen sie häufig die männliche und die weibliche Rolle spielen. Der männliche Kontrollblick wird aber immer mehr leeres Kommando, die (auch heterosexuellen) Männer begeben sich auf die sichtbare Seite, während die Produktion der vergeschlechtlichten Körperlichkeiten immer offensichtlicher produzierte Maskerade wird. Der Ursprung des Geschlechts (der Sexualität, *le sexe*) ist dabei, zur erkennbaren Kopie zu werden.

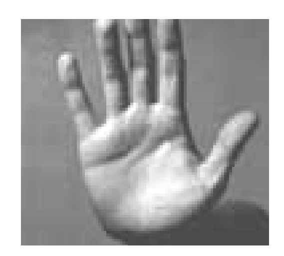
Im Fordismus waren die Trennungen zwischen privat und öffentlich so stark wie vorher nicht und nachher auch nicht mehr. Wobei es zwei unterschiedliche Kategorien von Privatheit gibt: die Familie und die Firma, das kapitalistische Unternehmen. Es gibt also drei Sphären: die Familie mit dem Haushalt, den Staat und die öffentlichen Institutionen, Privatunternehmen[10]. Unter „postfordistischen" Verhältnissen schieben sich diese Sphären ineinander mit der Dominanz des privaten Wirtschaftens. Die Privatheit der Familie wird aufgebrochen, Teile der Staatlichkeit werden privatisiert, Produktion von Leben wird der Verwertung unterworfen (z.B. über Reproduktionstechnologien wie auch über die Entstehung einer neuen DienstbotInnenklasse).

Einer der ersten wichtigen Forderungen des Feminismus war, dass das Private öffentlich gemacht werden sollte. Das wurde (teilweise) erreicht, indem Kindesmißbrauch und Kindesmißhandlung wie auch Vergewaltigung in der Ehe öffentlich diskutiert wurden, teilweise ins rechtliche System auf-









genommen. Zugleich bedeutete das aber auch eine Ausweitung der Kontrollgesellschaft auf die bisher privat definierten intimen Räume. Sind im Familiensystem alle anderen (sexuellen) Lebensformen unsichtbar gemacht oder als „Fälle“ pathologisiert worden, so werden sie jetzt als Teil des Marktes gesehen. Schwule, Lesben und Transgender-Personen sind als KonsumentInnen anerkannt und werden für profitable Produkte gewonnen. Zugleich hat sich die Privatheit der Unternehmen in den öffentlichen Raum ausgedehnt, alles wird marktförmig organisiert. Die Vergesellschaftung (reelle Subsumption) des Lebens, das vorher in die Familie eingeschlossen war, passiert jetzt über den privaten Markt. Die (Klein)Familie hat sich nicht aufgelöst, aber sie ist zu einem Lebensmodell unter vielen geworden. So aufgeregt der Diskurs um den Schutz der Familie ist (z.B. bei VertreterInnen der schwarz-blauen Regierung), ist das eher ein Zeichen, dass diese Struktur am Ende ist, dass sie ihre Anziehungskraft und Wirkmächtigkeit verloren hat. Im öffentlichen Diskurs wird von Lebensabschnittpartnerschaften und Patchworkfamilien gesprochen, Alleinerziehen (meist nur durch Frauen) ist schon beinahe der Normalzustand. Auch in der Populärkultur hat sich eine „Feminisierung der Autorität in der Familie“ (Ruddick 1994, S. 131ff) durchgesetzt: in der populären Fernsehserie „die Simpsons“ kann die Familie wohl kaum als Idealbild gesehen werden, Vater Homer säuft Bier, glotzt Fernsehen und schläft in der Arbeit, während seine Tochter Lisa eigentlich die intelligente und sensible Stütze der Familie ist. Eine Serie, *die versucht, eine wachsende Anzahl von jungen und alten Frauen wieder aufzurichten und zu versöhnen, indem sie ihre Rolle glorifizieren und ihre Klugheit anpreisen.* (Ruddick 1994, S. 132). Die Familie steht zwar im Zentrum des biopolitischen Diskurses, ist aber wie alle anderen Institutionen nur noch ein Knotenpunkt, der nach allen Richtungen offen ist, wie die anderen Institutionen der Kontrollgesellschaft. Der Mann und Vater hat seine Rolle an der Nahtstelle zwischen privater Familie, (privater) Arbeit und Staat verloren. Er wird auch in diesem Zusammenhang immer mehr ein leeres Machtelement im Diskurs (ein überflüssiger Homer Simpson).

Die „Reproduktionsarbeit“ ist mit dem Ende des Familiensystems (nicht der Familie) nicht verschwunden, sondern wurde nur verlagert. Brachte die fordistische Dynamik eine Vergesellschaftlichung durch (teilweise) Verstaatlichung der Reproduktion, durch Institutionen wie Kindergärten, Krankenhäuser, Altersheime, so verschiebt sich jetzt die Vergesellschaftlichung. Die Krise der staatlich finanzierten Institutionen bedeutet kein zurück in die Familie (eher zu den allein erziehenden Müttern), dazu hat sich die Gesellschaft schon zu sehr geändert, aber die Arbeit bleibt weiter an den Frauen hängen (ein Beispiel ist die „Wahlfreiheit“ durch das Kindergeld). Die Emanzipation eines Teils der Frauen in den Metropolen bedeutet die Verschiebung der Reproduktionsarbeit in Richtung Haushaltshilfen, meistens Migrantinnen. Diese Verschiebung korrespondiert mit Veränderungen der Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen. Dienstleistungsjobs nehmen zu. Die Grenzen zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit verschwinden. Damit werden „weibliche Fähigkeiten“ wie Kooperation, soziale Kompetenz, Kommunikation etc. wichtiger. Damit verbunden ist die Verringerung der Normalarbeit, wie sie (für Männer) im Fordismus charakteristisch war, immer mehr wird die Arbeit flexibel, unsicher (prekär), und immer mehr Männer sind gezwungen, in und von solchen Arbeitsverhältnissen zu leben. Nicht umsonst nimmt in den letzten Jahren die Erwerbslosigkeit der Männer mehr zu, weil immer mehr Vollzeitjobs abgebaut und in Teilzeit- oder prekäre Jobs verwandelt werden. Selbst im Arbeitsbereich wird die Funktion der Männer immer unbedeutender.

Die gerade beschriebenen strukturellen Veränderungen bedeuten mehr und schwierigere Bedingungen für Frauen. Die patriarchale Struktur besteht zwar weiter, aber die Funktion des männlichen Teils der Arbeits- und Lebensorganisation wird immer unwichtiger[11]. War es zur Zeit des Aufkommens des Feminismus nur eine kleine Minderheit, die gegen die patriarchalen Strukturen aufbegehrte, so ist die Unzufriedenheit eines großen Teils der Frauen (zumindest in den Metropolen) mit Händen zu greifen, auch wenn es sich kaum in feministischer Ideologie ausdrückt. Mit der Verschiebung der Reproduktion (der Produktion des Lebens) wird auch die heterosexuelle Matrix überflüssig und damit die Aufteilung in zwei Geschlechter. War der erste Schritt der Emanzipation der Transgender-Personen noch das Recht und die Möglichkeit, das Geschlecht zu wechseln, so wird es immer mehr möglich, Zwischenstufen zu entdecken und zu leben[12]. Die Emanzipationsbewegungen der Schwulen und Lesben, der Feminismus wurden in die herrschenden patriarchalen Strukturen integriert, haben sie verändert, aber sie schaffen neue Möglichkeiten der Subversion, neue Möglichkeiten die herrschende Ordnung zu beenden. Es gibt ein Licht am Ende des Tunnels von Kapitalismus und Patriarchat.

Arbeit und Leben, prekär und immateriell

Die Antwort auf die ArbeiterInnenkämpfe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die *„Integration der Konsumtion in den Zyklus der Kapitalreproduktion“* (Lazzarato 1998, S. 53). Hohe Löhne und Sozialleistungen gewährleisteten die Nachfrage

nach Massenprodukten. Verbunden war das mit den Institutionen Fabrik und Familie, der Verstaatlichung der Klasse über linke Parteien und Gewerkschaften und der Abgrenzung von Produktion und Reproduktion. Aus Sicht des Kapitals standen Freizeit und Urlaub im Zentrum der Reproduktion, außerdem das Einkaufen von Konsumgütern (Autos und Haushaltsgeräte) und Lebensmitteln. Die Rebellion gegen die Normierungen der Institutionen, die Konsumkritik, der Kampf um Anerkennung der Reproduktionsarbeit, das Entgegensetzen der Vielfalt des Lebens zwang das Kapital dazu, die als autonom außerhalb seiner Organisation existierenden immateriellen Elemente seiner Ausbeutung zu unterwerfen. Kommunikation, Information, Wissen, Sprache, Kooperation, Gefühl und Körperlichkeit werden sukzessive dem Zyklus der Kapitalreproduktion einverleibt (vgl Lazzarato 1998, S. 53). Diese immateriellen Produkte haben die Eigenschaft, dass sie im Gegensatz von materiellen Produkten nach dem Konsum nicht verschwunden sind, sondern im Gegenteil, durch ihren Konsum ihren Wert vermehren: Computerprogramme als „Maschinen" nutzen sich nicht ab, wenn sie verwendet werden, Texte oder Musikstücke können endlos reproduziert und kreativ eingesetzt werden, Logos sind unabhängig von den materiellen Werten, Wissen vermehrt sich durch den Konsum von Wissen. Gefühle und Körperlichkeit sind zwar anstrengend für die Person, die sie gibt, aber diese „Werkzeuge" sind direkt mit der Autonomie der Personen verbunden - im Gegensatz zur zerlegten Arbeitskraft am Fließband des Taylorismus - und erfordern damit „freiwillige" Kooperation. Durch Überwachung ist Freundlichkeit nicht zu erzwingen[13]. Die größere Bedeutung der immateriellen (Lohn)Arbeiten bedeutet nicht, dass andere Typen von Arbeit verschwunden sind, sondern nur dass jetzt der „tertiäre Sektor" („Dienstleistungen", verbunden mit Informations- und Kommunikationstechnologien) hegemonial ist,, so wie es der „sekundäre Sektor" (die Industrie) vorher war. Als die Landwirtschaft („primärer Sektor") von der Industrie abgelöst wurde, ist sie nicht verschwunden, sondern hat zu einem Teil industrielle Formen angenommen. So wird jetzt die klassische Industriearbeit informatisiert und Teile davon immaterialisiert, z.B. über die steigende Bedeutung von Werbung, aber auch von Logos und Images.

Verändert hat sich auch die Art des Massenkonsums. Der Aufstand der Stile gegen die Disziplinargesellschaft wurde ins Warensystem integriert. Hat es bis in die 1980er kritisierte Hochkultur gegeben (z.B. die Salzburger Festspiele) und eine Jugendkultur, die widerständig und dagegen war, so hat sich das inzwischen verändert. Heute wird kaum mehr unterschieden zwischen „E-Musik" und U-Musik". KünstlerInnen spielen in ihren Werken mit dem Kitsch, von der Rockmusik bis Techno werden Kunstformen inzwischen von der „offiziellen" Kulturszene akzeptiert. Die letzte revoltierende Jugendkultur war der Punk, der aber schon seine eigene Kommerzialisierung persiflieren konnten (*Sex Pistols: The Great Rock´n Roll Swindle*). War der Rock´n Roll ein Aufbruch in einer fordistischen Fabrikgesellschaft und gegen eine sich vereinheitlichende fordistische Lebenswelt, so haben sich jetzt die Stile vervielfacht. Was mit Ethnoversatzstücken der Hippies anfing, vervollständigte sich in der Unterschiedlichkeit der Stile von Techno bis *Oriental* in den 1990ern. War die „Weltmusik" bis in die 1970er der Rock, so werden jetzt Formen aller Regionen verarbeitet, aber auch die unterschiedlichsten technischen Möglichkeiten genutzt. Jetzt kann jeder neue Trend subversiv sein oder reaktionär, kommerziell ist er auf jeden Fall. Diese Akzeptanz der Differenzen, die auch Kommerzialisierung ist, führte dazu, dass die aufbrechende globale Protestbewegung von Anfang an eine *Multitude* war, die sich nicht vereinheitlichen und nicht repräsentieren lässt. War Rock die Nachahmung einer vereinheitlichenden weltweiten Oppositionsmaschine im Fordismus, so gibt es heute keine eindeutige Repräsentierbarkeit mehr, weder in Musik und Kultur noch in den sozialen Bewegungen..

Die Produkte großer Firmen erlangen heute häufig ihren „Wert" über ihren Namen, eben immateriell. Aber die materiellen Produkte müssen auch hergestellt werden (Schuhe, T-Shirts, Hamburger, Softdrinks). Die „schlanken Firmen" leben von ihren Namen und Logos, die wie McDonalds ihr Image über Franchising vergeben oder die schmutzige Arbeit in Subfirmen ausgelagert haben. Immer mehr Teile der arbeitsintensiven Produktionen wurden und werden im Trikont angesiedelt. Gerade die immateriellen Werte sind es aber, die durch Imageverschmutzung angreifbar sind: Naomi Klein bringt in ihren Buch No Logo (Klein 2000) eine Reihe von Beispielen von AktivistInnen, die sich in ihren Schulen und Universitäten bemühten, die Verbindungen der sich gut darstellenden Firmen mit den Arbeitsbedingungen in den Subfirmen der Weltmarktfabriken offenzulegen. Es war u.a. dieser Einfluss der KonsumentInnen, der die gewerkschaftlichen Möglichkeiten der ArbeiterInnen im Trikont verbesserte[14]. Waren die Aktivitäten der Linken und Alternativen der 1980er hauptsächlich an Regierungen orientiert, so begannen jetzt wieder die Konzerne in den Mittelpunkt zu rücken (vgl Klein 2000, S. 345), eine weitere Grundlage für Antikapitalismus.

Aber selbst in den Metropolen sind die fordistischen Jobs nicht verschwunden, es wurde zwar ra-

tionalisiert und ausgelagert, aber manche Produkte lassen sich einfach nicht über weite Strecken transportieren. Noch immer existiert die Motorenfertigung von GM in Aspern bei Wien und für BMW in Steyr in Oberösterreich. Nicht zu sprechen von der Lebensmittelindustrie, wo viele MigrantInnen (in Österreich vor allem aus Jugoslawien und der Türkei) beschäftigt werden. Bestimmte Bereiche, wie das Baugewerbe und der Tourismus mit schlechtbezahlten und teilweise prekären Jobs, sind überhaupt an bestimmte Orte gebunden. Dort arbeiten meist MigrantInnen und andere nicht gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte. In Europa (und damit auch in Österreich) versuchten sich Arbeitslose, prekär Beschäftigte und noch gewerkschaftlich organisierte NormalarbeiterInnen in den Euromärschen zu organisieren und bildeten damit einen weiteren Keim für einen neuen Internationalismus. Die Zunahme der Prekarisierung und die rassistisch produzierten Unterschiede waren auch der Ausgangspunkt des größten Streiks in den USA seit Jahrzehnten: die Beschäftigten des Paketdienstleisters UPS streikten im August 1997 für Vollzeitjobs, gegen Auslagerungen an Subfirmen, für höhere Pensionsleistungen und mehr Sicherheit am Arbeitsplatz.

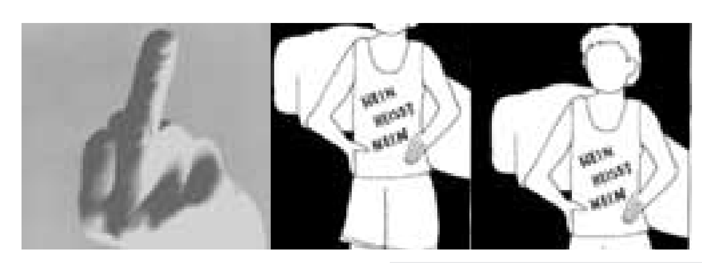
Die zentralen ArbeiterInnenstrukturen der großen Industrien, Kohle, Eisen, Stahl, in Österreich um die Verstaatlichte Industrie strukturiert, existieren nur mehr abgeschlankt. Es gibt eine einzige Gruppe in Europa, die noch die relativen „Privilegien" des Fordismus nützen kann und noch gewerkschaftlich organisiert ist: das sind die LehrerInnen und andere öffentliche Bedienstete bei den Eisenbahnen, im öffentlichen Verkehr und in den Verwaltungen von Staat, Ländern und Gemeinden. Auch in diesen Bereichen wird von „schlankem Staat" geredet, aber in den 1990ern waren sie in Europa die Einzigen, die größere Streiks gegen „Pensionsreformen" (in Italien 1994 und in Frankreich 1995) durchführten. Selbst in Österreich waren es neben den LehrerInnen immer wieder die BeamtInnen (z.B. der Finanz), die zumindest mit Kampfmaßnahmen drohten. Meist gelang es, die „Privilegien" dieser Gruppen gegen andere auszuspielen. Bei den großen Streiks in Frankreich und Italien, die von großen Sympathien der Bevölkerung begleitet waren, wurde allerdings der Kampf der öffentlich Bediensteten stellvertretend für die eigenen Wünsche und Forderungen gesehen.

Die Entwicklung der Informationstechnologien war eine Antwort auf die Kreativität gegen die Disziplinargesellschaft. Die großen EDV-Konzerne funktionierten bis Anfang der 1980er wie alle großen bürokratischen Apparate der fordistischen Ordnung (vgl. Naetar 2002). Erst eine „Revolution" von unten, wo kreative junge Leute, teilweise aus der kalifornischen Hippieszene kommend, Firmen gründeten, um ihre Ideen zu verwirklichen, ohne vorerst an die Vermarktbarkeit zu denken, änderte das. Microsoft begann als kleine Klitsche und wurde dann zum größten Konzern, andere Großkonzerne wie Siemens oder Philipps griffen die entsprechenden Programmiertechniken auf. Die Hardware- und Software-Industrie war bis in die 1980er ganz auf die Entwicklung von Großrechnern konzentriert, über die die mikroelektronische Revolution durchgeführt werden sollte. Überraschend setzte sich mit dem *Commodore* ein Mikrocompter durch, später von IBM zum PC weiterentwickelt. Die individuelle Nutzbarkeit wurde bedeutender als die bürokratische Hierarchie. Das Internet wurde zwar vom Militär entwickelt, über die Universitäten setzte es sich aber als kostenloses Kommunikationsmittel durch. Die informationelle Revolution entwickelte sich unabhängig und gegen die kapitalistischen Hierarchien, wurde dann aber von diesen aufgegriffen. Die Kehrseite der Entwicklung dieser Technologien ist die Internalisierung von Kapitalismus und Macht in die Menschen, in die Körper, die durch die Maschinen der Kommunikationssysteme und der Netzwerke die Gehirne organisiert[15] (Hardt / Negri 2000, S. 23). In diesem Bereich wird auch die Tendenz zu ArbeitskraftunternehmerInnen sichtbar, selbst innerhalb großer Firmen werden Abteilungen wie selbstständige Betriebe organisiert (vgl. Naetar 2002, S. 62ff) Wie sehr der Markt zum „Diagramm" der postfordistischen Gesellschaft wurde, zeigt sich auch daran, dass es mit der Durchsetzung des Informationszeitalters zu einer Welle von (Klein)Unternehmensgründungen kam, die Zulieferer und Dienstleisterinnen für die Konzerne sind. Dieser Typ immaterieller ArbeiterInnen lebt aber immer in dem Widerspruch zwischen Verwertungszwang und der Entwicklung der eigenen Kreativität.. Die technologische Entwicklung wird durch die Kapitalisierung nicht beschleunigt, sondern gebremst und behindert.

Die relativ qualifizierte Arbeit bei der Entwicklung der Computer und der Kommunikation







ist mit der Zunahme von unqualifizierten Jobs verbunden, die hauptsächlich mit Dateneingabe verbunden sind. Die Dienstleistungsgesellschaft ist auch eine Gesellschaft der SekretärInnen und BüroarbeiterInnen. Schon während des Fordismus gab es eine Verschiebung, insbesonders der nichtmigrantischen Arbeiten, aus der Fabrikhalle in die Büros. Die großen Fabriken erforderten einen größeren bürokratischen Aufwand, was die Zahl der Bürobediensteten stark ansteigen ließ. Zugleich wurden die Angestelltenjobs immer weniger „etwas besseres" als die der ArbeiterInnen, immer mehr unsicher und weiblich, immer entqualifizierter und immer schlechter bezahlt. Der größte Teil dieser SekretärInnenjobs näherte sich den anderen unqualifizierten Jobs der Dienstleistungsgesellschaft an.

Durch die Verschiebung der Reproduktion in die Gesellschaft ist so etwas wie eine neue DienstbotInnenklasse entstanden. André Gorz schreibt (nach Betz / Riegler 2003, S. 98), daß in den USA bereits 55% der Erwerbsbevölkerung VerkäuferInnen, KellnerInnen, Hausgehilfen, Putzfrauen usw sind, davon wiederum die Hälfte prekär angestellte NiedriglohnempfängerInnen. Diese Jobs sind das eigentliche „Arbeitsplatzwunder" der 1990er in den USA, inzwischen setzen sie sich auch in Europa immer mehr durch. Wie durch Computer (und Handy) die Produktionsmittel an die individuelle Intellektualität geknüpft wird (Maschinen mit Hirnen, oder umgekehrt?) - nicht mehr zur Verfügung gestellt durch eine organisierende UnternehmerIn, - so ist bei den Dienstleistungen das Produktionsmittel der Körper selbst, das Gefühl, der Affekt (z.B. das Lächeln der Verkäuferinnen und Kellnerinnen). ArbeitskraftunternehmerInnen sind beide, unabhängig vom Kapital.

Auch wenn Teile der „neuen" Arbeitsverhältnisse relativ unqualifiziert sind, ist für die kapitalistische Entwicklung eine immer flexiblere, teilweise auch bessere Ausbildung notwendig. Es sind dann gerade die Regionen, die sich in der fordistischen Phase nicht so stark dem Verwertungszwang unterworfen hatten (die osteuropäischen Staaten, die Tigerstaaten Ostasiens, Indien, China), denen Ausbildung wichtig war, auch wenn nicht sofort Geld damit verdient werden konnte, von denen jetzt die großen Konzerne profitieren. Trotz allem nimmt (bis auf Ausnahmen) auch in anderen Teilen des Trikont der Analphabetismus ab und die höhere Bildung zu (vgl. Hobsbawm 1994, S. 295ff). Überall steigt aber der Druck auf Schulen und Universitäten, sich schneller der Verwertung zu unterwerfen, sich zu „verschlanken". Charakteristisch dafür ist in Österreich die Zunahme der Fachhochschulen, die eine schnelle und verschulte Ausbildung anbieten. Die Bildung soll möglichst schnell verwertbar sein und möglichst wenig kosten (oder selbst finanziert werden), zugleich aber umfangreich sein, vielfältig und kreativ. Aus dieser Widersprüchlichkeit heraus entstand der Widerstand der Studierenden allgemein, z.B. auch im Studierendenstreik 1996. Durch die Einsparungen sahen und sehen die Studierenden ihre eigene Verwertbarkeit in Gefahr. So war es auch nicht zufällig, dass dieser Streik von Linken, insbesonders aber von TeilnehmerInnen am Streik 1987 als viel „unpolitischer" beschrieben wurde, nur beschränkt auf Forderungen der Studierenden, obwohl es um das gesamte Sparpaket der damaligen Regierung hätte gehen sollen.

Auch wenn es in den Kämpfen der alten Sektoren wie bei den BeamtInnen immer auch um indirekten Lohn ging und geht, z.B. um die Pensionen, findet ein immer größerer Teil der Kämpfe um die Enteignung oder die Wiederaneignung immaterieller Werte statt. Weber / Karlhuber (2002) nennen drei Bereiche, die Allgemeingut (*Commons*) sind, aber vom Kapitalismus erobert werden: die Informationstechnologie, die strengen Copyright-Gesetzen unterworfen werden soll, die Biotechnologie, die Wissen von Gemeinschaften im Trikont, die der Allgemeinheit zur Verfügung stehen, patentieren lassen will, um die alleinigen Verwertungsrechte zu haben und kulturelle Zeichen (von Logos bis zu Musikstücken), die nicht nachgeahmt werden dürfen. Die Verengung auf die Verwertung wird in diesen Bereichen immer wieder zu Widersprüchen führen. Die immateriellen Produkte Kommunikation, Information, Wissen, Dienstleistungen erfordern eine andere Organisation der Arbeit, die nicht mehr abhängig ist von der hierarchischen Struktur einer Fabrik. Netzwerkartige Organisation, Kooperation, Kommunikation und soziale Fähigkeiten stehen im Zentrum, eine koordinierende Hierarchie und eine Verknüpfung zwischen Verkauf, Verteilung und Produktion ist nicht mehr notwendig. So behaupten Hardt / Negri (2000, S 294), dass diese immaterielle Arbeit das Potential für eine Art spontanen und elementaren Kommunismus zur Verfügung stellt, die kapitalistische Organisation wird immer unwichtiger. Die Potentialitäten der immateriellen Produktion und die Möglichkeiten von Kommunikation und Information können als Vorschein einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft gesehen werden.

Der Kapitalismus ist dabei, ein anderer zu werden. Die sozialen Bewegungen haben die im Fordismus begonnenen Umwälzungen vorangetrieben. Die Machtausübung geht über die Nationalstaaten hinaus, was mit dem Begriff *Empire* von Hardt / Negri 2000 erfasst wird. Die Strukturen der Macht laufen jetzt hauptsächlich auf überstaatlichen

und substaatlichen Ebenen, die Bedeutung von Staaten und „Völkern" zur Integration der Bedürfnisse einer Multitude hat sich verringert. Die Disziplinargesellschaft hat sich in Richtung der Kontrollgesellschaft entwickelt, die panoptischen Institutionen sind nur noch Knotenpunkte in einem glatten Raum, einem Netzwerk der Machtausübung. Auch die patriarchale Geschlechterordnung hat sich verändert, ist nicht mehr mit klaren Abgrenzungen zwischen Produktion und Reproduktion verbunden, zwischen privat und öffentlich, zwischen Mann und Frau. Die emanzipatorischen Impulse wurden aufgenommen, aber die patriarchale Struktur beibehalten. Auch die Arbeit hat sich verändert, die Trennung zwischen Arbeit und Leben ist fließender und der hegemoniale Typ der Produktion ist jetzt immateriell. Kämpfe um Emanzipation werden in den Kapitalismus aufgenommen, angepasst, ins negative gewendet. Aber das Empire wird dabei immer mehr zum leeren Kommando, eine leere Schale, kurz vor der Implosion (vgl. Hardt / Negri 2000, S. 359).

e-mail: r.foltin@aon.at

Anmerkungen:

1 Das wird in einigen Fällen sichtbar, wo Versuche einer verspäteten Entkolonialisierung scheiterten: Zum Beispiel auf der Insel Mayotte im Indischen Ozean, oder in der US-Kolonie Puerto Rico, wo sich große Teil der Bevölkerung gegen die Unabhängigkeit aussprachen. Diese Regionen wollten weiter von der Metropole subventioniert werden. Außerdem gewährleistet die StaatsbürgerInnenschaft eines Metropolenstaates Privilegien , die kein unabhängiges Gebilde leisten kann.

2 „Zivilgesellschaft" ist hier so zu verstehen, wie es im Alltagsgebrauch verwendet wird: es sind die „neuen sozialen Bewegungen", seit den 1970ern entstanden, angefangen von BürgerInneninitiativen bis hin zu feministischen Gruppierungen. Die NGOs entwickelten sich als Institutionalisierung dieser Bewegungen. Mensch gab sich nicht mehr zufrieden mit den durch die (radikale) Bewegung angestoßenen Veränderungen, sondern wollte in Projekten und im internationalen NGO-Jetset selbst davon profitieren. Die Bürokratisierung ist (z.B. im Gegensatz zu den Gewerkschaften) in vielen Bereichen noch nicht so weit fortgeschritten, es gibt noch Rückkoppelungen zu emanzipatorischen Entwicklungen und Bewegungen.

3 Eine der letzten radikalen ökologisch motivierten Aktionen war die Besetzung einer Kraftwerksbaustelle in Lambach in Oberösterreich im Februar und März 1996. Nachdem der Widerstand schon abgebröckelt und eingestellt war, wurde der Kraftwerksbau aufgeschoben. In Österreich wurden direkte Aktionen eingeschränkt und behindert, nachdem es möglich wurde, BlockiererInnen auf Schadenersatz zu klagen, wie bei der Ennsnahen Trasse und danach auch in Lambach. Die ökonomische Drohung war für AktivistInnen zu groß. Das heißt nicht, daß es keine radikalen Ökogruppen mehr gegeben hätte, z.B. gründete sich Anfang der 1990er die Gruppe VIRUS (Vereinigung internationalistischer radikaler / revolutionärer Umweltschützer), die sich an vielen Aktionen nicht nur im Ökobereich (gegen Militarismus und im Zusammenhang mit dem Studierendenstreik 1996) mit phantasievollen Aktionen beteiligte.

4 Die Forderungen waren sehr konkret und wurden auch als realistisch in der Umsetzung angesehen: Es wurde verlangt, dass Gleichberechtigung in die Verfassung geschrieben wird, weiters 1. öffentliche Aufträge sollten nur an Unternehmen vergeben werden, in denen Frauen auf allen Ebenen vertreten sind, 2. gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist anzustreben. 3. prekäre Beschäftigungen sollen der vollen Erwerbstätigkeit gleichgestellt werden. 4. keine Anrechnung des PartnerInneneinkommens auf die Notstandshilfe 5. Bildungsförderung für Frauen 6. Bereitstellung von Kinderbetreuung 7. zwei Jahre Karenzgeld für Alleinerzieherinnen 8. gesetzlicher Anspruch auf Teilzeitarbeit 9. Ausdehnung der Behaltepflicht auf 26 Wochen 10. Recht auf Grundpension 11. keine Anhebung des Pensionsalters für Frauen.

5 Ähnliche Simulationen von Widerstand, eingeleitet von in Opposition zur ÖVP-FPÖ-Regierung stehenden Institutionen, waren das Bildungsvolksbegehren 2001, das Sozialstaatsvolksbegehren 2002 und das Pensionsvolksbegehren 2004.

6 Der in den 1970er und 1980er Jahren geführte Diskurs über Resozialisierung ist ziemlich dünn geworden. Die Wiedereingliederung in die Gesellschaft hat funktioniert wie bei einem großem Teil der Rock ´n Roll-Rebellen, die meist brave Familienväter wurden. Die Kriminalisierung bestimmter Rauschmittel wie Haschisch und Marihuana, die harmloser sind als legale Drogen wie Alkohol, zeigt, dass es um Produktion von Angst und Kriminalität geht.

7 Die Umbenennung der AMV (Arbeitsmarktverwaltung) in AMS (Arbeitsmarktservice) ist ein Symptom dafür. In der fordistischen Arbeitsgesellschaft war die Stigmatisierung der „Arbeitslosen" so stark, dass eine staatliche „Verwaltung" genügte. Jetzt, mit der Zunahme kurzfristiger und unsicherer Arbeitsverhältnisse, wäre die Gefahr zu groß, dass die Menschen das „ausnützen" würden. So wurden die als arbeitslos definierten jetzt zu KundInnen, auf die aber Druck ausgeübt wird, damit sie sich wieder dem Verwertungszwang unterwerfen.

8 Agamben (2002, S. 135ff) erläutert, dass die Menschenrechte von Anfang an für StaatsbürgerInnen geschaffen wurden. Die „nackten Leben" können dann leben oder sterben, verwaltet von humanitären Organisationen und NGOs. Im Gegensatz zur vorbürgerlichen Souveränität, wo galt: Leben zu lassen und sterben zu machen (der König hatte das Recht zu töten) ist die Parole der Moderne: Leben zu machen (durch Gen- und Reproduktionstechnologie) und sterben zu lassen (in Foucault 1983, S. 134 heißt es in den Tod zu stoßen). Es darf zwar nicht gefoltert werden, aber ein Leben außerhalb der Lager wird unmöglich gemacht.

9 In der Übersetzung wird le sexe mit Sex übersetzt (vgl Foucault 1983, S. 13), in Butler (1991) wird es als „Sexus" bezeichnet. Es bedeutet aber auch Sexualität und Geschlecht, oder wie Graefe (2002) schreibt, Sex kann als Überschrift für Sexualität, Reproduktion und Geschlecht gelten.

10 Das passt zu Lenz (1995, S. 34ff), die von der dreifachen Vergesellschaftung der Frau spricht: in die Familie, in das Kapitalverhältnis, in den Nationalstaat der Moderne. Verbunden ist das auch mit den Diskussionen um die unterschiedlichen Unterdrückungsverhältnisse: Geschlecht, Rasse / Ethnie, Klasse)

11 Die Verunsicherung durch ihre Überflüssigkeit führt bei manchen Männern zu gewalttätigen Amokläufen oder auch zu Versuchen, als Bandenmitglieder und -chefs in den Gettos der Großstädte oder als bewaffnete Kämpfer unter Warlords wieder wichtig zu werden. Für die männlichen Individuen ist diese verzweifelte Gewalttätigkeit eine letzte Möglichkeit, Macht wieder herzustellen, aber auch ein Zeichen der Schwäche (vgl. auch Kurz 2003).

12 Viele Trans-Personen, die sich umoperieren ließen, leiden am Verlust ihrer vorherigen Identität. War die Emanzipation bisher hauptsächlich der Kampf um die Möglichkeit des Geschlechtswechsels, so verändert sich das jetzt in Richtung einer Anerkennung verschiedener Varianten der Geschlechtlichkeit.

13 Es ist nicht abzustreiten, dass es auch in den fordistischen Arbeitsverhältnissen freiwillige Kooperation mit dem Unternehmen gegeben haben muss. Ohne „freiwillige" Mitarbeit (Unterwerfung) ist auch die entfremdeteste Arbeit nicht auszuführen. Nicht umsonst wird als eine der ersten Kampfmaßnahme häufig „Dienst nach Vorschrift"angekündigt.

14 Als 1992 Schuharbeiterinnen der österreichischen Firma Humanic in der Türkei für bessere Arbeitsbedingungen streikten, wurde das durch Kundgebungen vor den Filialen der Firma (z.B. auf der Mariahilferstraße in Wien) unterstützt.

15 Das könnte als die Materialisierung des General Intellect aufgefasst werden, in der Intuition von Marx das kollektive Wissen der ArbeiterInnenklasse (der Menschen). Das passt auch zur Übernahme der Cyborg-Fabel von Donna Haraway durch Hardt / Negri (2000, S. 218): für die emanzipatorischen Möglichkeiten gibt es keine Abgrenzung zwischen dem Organischen des Menschen und der Maschine. So wie alle Institutionen zu Knotenpunkten in einem Netz werden, so auch das Konzept „Mensch".

Literatur:

Agamben, Giorgio (2002): Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Atzert, Thomas (ed) (1998): Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion. Mit einem Vorwort von Yann Moulier Boutang. Berlin: ID-Verlag.

Becker-Schmidt, Regina, Knapp, Gudrun-Axeli (ed) (1995): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt / New York: Campus.

Betz, Fritz, Riegler, Johanna (2003): Bilder der Arbeit im Spätkapitalismus. Zum strategischen Machtverhältnis von Arbeit, Selbst und Technologien. Wien: Löcker.

BUKO (Bundeskoordination Internationalismus (ed) (2003): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Berlin, Hamburg, Göttingen: Assoziation

Butler Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Butler Judith (1997): Körper von Gewicht. Die diskusiven Grenzen des Geschlechts. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Eichhorn, Cornelia (1994): Zwischen Dekonstruktion und Identitätspolitik. Eine Kritik zur feministischen Debatte um Judith Butler. In: Die Beute 1/94, S. 40-43.

Eichhorn, Cornelia, Grimm, Sabine (1994) (ed): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik. Berlin, Amsterdam: Edition ID-Archiv.

Foucault, Michel (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp (stw 184).

Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp (stw 716).

Graefe, Stefanie (2002): Way of life, way of death. Zur Normalisierung des „Lebenswertes". In: Fantomas Nr. 2. Biopolitik. Macht, Leben, Widerstand, S. 30-33.

Hammer, Elisabeth, Österle, August (2001): Neoliberale Gouvernementalität im österreichischen Wohlfahrtsstaat. Von der Reform der Pflegevorsorge 1993 zum Kinderbetreuungsgeld 2002. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. 4/2001, S. 60-69.

Hardt, Michael, Negri, Antonio (2000): Empire. Cambridge (Mass): Harvard University Press.

Hobsbawm, Eric (1994): Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914-1991. London: Abacus.

Klein, Naomi (2001): No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinner. Bertelsmann.

Kurz, Robert (2003): Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung. Bad Honnef: Horlemann.

Lazzarato, Maurizio (1998): Verwertung und Kommunikation. Der Zyklus immaterieller Produktion. In: Atzert (ed): Umherschweifende Produzenten, S. 53-66.

Lenz, Ilse (1995): Geschlecht, Herrschaft und internationale Ungleichheit. In: Becker-Schmidt, Knapp (ed): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, S. 19-46.

Naetar, Franz (2002): Wie die EDV Konzerne ihre Mehrwertproduktion zu kontrollieren versuchen - ein sehr persönlicher Bericht. In: grundrisse 03, S. 55-66.

Negri, Antonio, Hardt, Michael (1997): Die Arbeit des Dionysos. Berlin - Amsterdam: Edition ID-Archiv.

Ruddick, Sue (1994): Die Flintstones aufknacken. Zur Neuordnung der modernen Familie. In: Eichhorn, Grimm (ed): Gender Killer, S. 129-137.

Schultz, Susanne (1994): Feministische Bevölkerungspolitik? Zur internationalen Debatte um Selbstbestimmung. In: Eichhorn, Grimm (ed): Gender Killer, S. 11-23.

Seibert Thomas (2003): The People of Genova. Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke. In: **BUKO** (ed): radikal global, S. 57-69.

Trumann, Andrea (2002): Feministische Theorie. Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien: Promedia.

Weber, Beat, Karlhuber, Petra (2002): Ursprüngliche Akkumulation im Postfordismus. In: grundrisse 02, S. 21-26.

Ildikó Naetar-Bakcsi
Strukturelle Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsplatz

Der vorliegende Artikel ist ein „Zwischenstopp“ in meiner Arbeit mit den Themen Migration und der Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsmarkt. Als solcher beinhaltet er meine Erfahrungen, Gedanken und Analysen über die Probleme, mit denen ich sowohl als Migrantin der ersten Generation, als auch als Beraterin und Supervisorin in diesem Themenbereich in den letzten Jahren konfrontiert war. Ich fasse in diesem Artikel diejenigen theoretischen Aspekte zusammen, die in meiner Arbeit der Aufarbeitung der migrantischen Diskriminierungskonflikte hilfreich waren.

Meine persönlichen wie beruflichen Erfahrungen reflektieren den klassischen Prozess der Neupositionierung[1] von MigrantInnen, die - mit viel Ähnlichkeiten zu der Neuentdeckung der eigenen Umwelt einer Jugendlichen[2] - alles wieder in Frage stellen müssen, alles wieder neu definieren müssen, mit dem Ziel, die Kluft zwischen „der früheren und der neuen Welt“ zu überbrücken, die neuen Mechanismen und Prozesse kennen zu lernen und aufgrund dieser Kenntnisse für sich eigene Handlungsspielräume „in dieser neuen Welt“ zu erarbeiten, ihre Positionen in diesem System zu definieren und zu behaupten. Der Prozess dieser „Neudefinierung“ und Neupositionierung, der von den betroffenen Personen - deren typischer VertreterIn die MigrantIn ist - immer wieder durchlaufen werden muss, ist noch wenig erforscht. Wir kennen sozialpsychologische, soziologische, politologische, historische, wie ökonomische - und noch sehr viele - andere Aspekte der Migration, die aber wenig Auskunft darüber geben, wie sich die MigrantInnen sowohl als Individuen wie auch als gesellschaftlich-politisch agierende AkteurInnen und Gruppen in Konflikten mit ihrer Umgebung erfolgreich bestätigen können. Die Fragen scheinen unendlich zu sein: Wenn ich Antworten auf die Frage suche, was erfolgreiche Handlungsstrategien für MigrantInnen sind, welche ihr Bestreben nach der Positionierung in der „Auffanggesellschaft“, oft auch „Mehrheitsgesellschaft“ genannt, ermöglichen, drängen sich weitere Fragen auf: Was heißt hier erfolgreich? Was heißt ermöglichen? Und vor allem: Ermöglichen im Interesse der MigrantInnen? Oder im Interesse der „Mehrheitsbevölkerung“[3] oder mit einem anderen Begriff der „dominanten Gruppen“? Wer definiert wie die Rahmenbedingungen, was gleichzeitig heißt: wie wird die Definitionsmacht ausgeübt?

Mit diesen Gedanken möchte ich vor allem eines betonen: je mehr sich man/frau mit der Komplexität der Problematik der Diskriminierung von MigrantInnen auseinandersetzt, desto mehr unbekannte, wenig erforschte Bereiche öffnen sich, desto komplexer wird das soziale Gefüge der Diskriminierung. Die Versuchung ist groß, bei jeder Neuerscheinung, nach jeder Diskussion die vorhandenen Erfahrungen neu zu interpretieren, neue Erklärungsmuster zu den vorhandenen hinzufügen. Darum ist dieser Artikel ein Zwischenstopp: Er beschreibt meine Position im Diskurs über die Migration und über

die Diskriminierung hier und jetzt. Ich war vor einem Jahr sicher in einer anderen Phase der Auseinandersetzung mit dem Thema und bin in einem Jahr hoffentlich auch um einige Schritte weiter. Noch eine Vorbemerkung: welche Definition für die Migration und für die Personen, die durch die Migration betroffen sind - für die MigrantInnen - verwendet wird, ist selbst eine sowohl wissenschaftliche wie auch eine politische Stellungnahme.

Migration ist, in meiner Definition, eine bewusste Entscheidung, deren Folge ist, dass Menschen aus diversen Gründen das Land, in dem sie geboren, gelebt oder wo sie sich niedergelassen haben, verlassen, damit sie in einem anderen Land ihren Lebensmittelpunkt aufbauen. Migration beinhaltet daher sowohl die Ein- wie Zu- als auch die Auswanderung. Die Personen, welche sich für die Ein-, Aus-, oder Zuwanderung entscheiden, bilden die erste Generation der MigrantInnen. Die Migration ist ein lebenslanger, oft generationenübergreifender Prozess, der mit der Neupositionierung der betreffenden Personen in der Aufnahmegesellschaft verbunden ist. Die MigrantInnen werden im Prozess der Neupositionierung oft diskriminiert, müssen Vorurteile bekämpfen und sich für die Gleichstellung ihrer Rechte einsetzen. Nachdem die negativen Folgen von Migration nicht nur die migrierte Person selbst, sondern auch ihre Nachkommen betreffen und dadurch eine Neupositionierung oft erschweren bis verhindern, wird der Begriff der ersten, zweiten und auch der dritten Generation der MigrantInnen verwendet.

Was haben Konflikte mit struktureller Diskriminierung von MigrantInnen zu tun?

Die Versuche einer Begriffsdefinition bedeuten erwartungsgemäß, auf die folgenden Fragen Antworten zu finden: Was ist der Zusammenhang zwischen Konflikten und Diskriminierung? Gibt es Konflikte ohne Diskriminierung oder umgekehrt, gibt es Diskriminierung ohne Konflikte? Was liegt der Diskriminierung zu Grunde? Ist es der Unterschied bzw. die Differenz, die Menschen, Gruppen von Menschen und Gesellschaften von einander unterscheiden? Geht es hier um die unterschiedliche Kultur, Religion, Tradition? Geht es um die Macht, abgeleitet von Traditionen der Vergangenheit, um die Macht der KapitalbesitzerInnen und VerwalterInnen kraft ihrer Stellung in der Gesellschaft oder geht es um die Dominanz der Mehrheit, bzw. mit einem neuen Diskurs: um die Dominanz der Kulturen? Wie wird bestimmt, welche Unterschiedlichkeiten anerkannt, akzeptiert, als Norm bewertet werden? Was auch heißt: was wird Teil der Herrschaftssysteme und was wird unterdrückt? Welche Rolle spielen in diesem Prozess Machtmechanismen, Machtstrukturen, Machtgefälle, Machtasymmetrien?

Ab wann gibt es Migration? Ist Migration ein historisch-politisch geprägtes Phänomen der Gesellschaft? Was verbindet den Sklaven des Altertums und den Leibeigenen des Feudalismus mit dem irischen Schafhirten, der von seinen Wiesen vertrieben wurde und in die neu entstandenen Fabriken (Manufakturen) zur Arbeit gezwungen wurde? Geht es in beiden Fällen um das Recht, den eigenen Wohnort bestimmen zu können bzw. um die Macht, Erlaubnisse zu erteilen sowohl dafür, dass der Sklave und Leibeigene seinen Wohnort verlassen darf, als auch dafür, dass Bevölkerungsgruppen von ihrem Wohnort vertrieben werden? Und was passiert dann mit den Menschen, die durch politischen und wirtschaftlichen Zwang zur Wanderung, also zur Migration gezwungen werden? Warum wird das gleiche gesellschaftliche Phänomen - die Arbeitsmigration - mal erzwungen, mal heiß beworben, mal mit aller Kraft der Gewaltapparate eines Staates unterdrückt? Auf diese Fragen suche ich in meiner Arbeit Antworten. Die Antworten sind noch zaghaft und beabsichtigen den Raum einer möglichen Diskussion zu erforschen.

Eine Diskussion, die immer wichtiger und immer weniger aufzuschieben ist. Die Geschichte hat uns schon öfters gezeigt, mit welchen Risiken zu rechnen sind, wenn die strukturellen und systematischen Benachteiligungen und Diskriminierungen in einer Gesellschaft nicht diskutiert, nicht aufgearbeitet und nicht positiv überwunden werden, wenn die Konflikte der Diskriminierung mit dem Aussuchen von Sündenböcken und mit der Anwendung von Ausschließungsmechanismen „gelöst“ werden. Mit den Worten von Jane Elliot, Entwicklerin und Leiterin des Workshops „Blue eyed“:

„Diskriminierung ist eine erlernte Fähigkeit. Es gibt keinen genetischen Code für Diskriminierung, Menschen werden nicht als Rassisten geboren. Alles, was erlernt werden kann, kann auch verlernt werden. Der erste Schritt dahin ist die Erkenntnis. Die Erkenntnis, dass Rassismus in unserer Gesellschaft existiert, die Erkenntnis, wie es ist, wenn Du oder Menschen in Deiner Umgebung von Rassismus betroffen sind. Die Übung lehrt, wie unsinnig und destruktiv Diskriminierung ist. Für beide Seiten. Die Vorstellung, dass der Melaningehalt unserer Haut unsere Intelligenz beeinflusst, ist grotesk. Die Vorstellung, dass bestimmte Genitalien unsere Intelligenz beeinflussen, ist grotesk. Dennoch ist unsere gesamte Gesellschaft von diesen Stereotypen durchdrungen. In der Werbung geht der Vater zur Arbeit, während die Mutter für die Kinder kocht, ist das Sicherheitspersonal schwarz,





die Sekretärin blond und weiblich und der Direktor der Firma, der sich einen Chauffeur kauft, ein weißer Mann. (Kitty Bueno de Mesquita, Begleittext zum Film „Blue Eyed".)

Rassismus: die Basis der strukturellen Diskriminierung von MigrantInnen

Unter Rassismus wird ein Macht-Ideologie-Komplex verstanden, der sich historisch seit Ende des 15. Jahrhunderts herausgebildet hat. Ausgehend von den europäischen Eroberungen und der Kolonialisierung der übrigen Kontinente etablierten sich (variierende) internationale Arbeitsteilungen und Ausbeutungsverhältnisse. Die damals entstandenen gesellschaftlichen Schichtungen und Bewertungen von Menschen haben sich bis in unsere Zeit des Postkolonialismus, des Postfordismus, der transnationalen Arbeitsmigration und der Flucht vor Not und Unsicherheit erhalten bzw. transformiert. Aus körperlichen oder kulturellen Merkmalen wird eine „Herkunft" konstruiert. Entlang solcher Abstammungskonstruktionen werden Menschen aus ökonomisch benachteiligten Regionen abgewertet und diskriminiert. Rassismen haben bis heute ihre vielfältigen Verankerungen in der Ökonomie, in der Politik und in der Ideologie. [4] In den prosperierenden Weltregionen resultiert aus dieser historischen Entwicklung eine gesellschaftlich systematische Machtasymmetrie zwischen der definitionsmächtigen Mehrheitsgesellschaft und jenen Gruppen, die explizit als „fremd" bzw. „andersartig" definiert werden. Dieses ungleiche Machtverhältnis (re)produziert und legitimiert die Schlechterstellung, Unterdrückung, Ausbeutung von Personen oder Gruppen aufgrund von ihrer angeblichen „Andersartigkeit". Gleichzeitig spricht das asymmetrische Machtverhältnis Menschen das Recht auf Selbstbestimmung, Erhaltung oder Schaffung von wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, auf Aufenthalt in ökonomisch privilegierten Regionen, auf körperliche Unversehrtheit bis hin zum Recht auf Leben ab.

Entlang der hier angeführten Merkmale des Rassismus begreift die österreichische Mehrheitsbevölkerung die meisten MigrantInnen aus Nicht EU-Staaten (und die nachfolgenden Generationen) sowie Flüchtlinge, Sans Papiers, autochthone Minderheiten und Angehörige nichtchristlicher Religionsgemeinschaften als „anders", „fremd" und prinzipiell „nicht hierher gehörig". Es gibt unterschiedliche Diskriminierungsformen, die unter Rassismen verstanden werden. Mittels rassistischer Strukturen und Gesetzgebungen werden 10 % der in Österreich lebenden Bevölkerung (aufgrund der Nicht- EWR- StaatsbürgerInnenschaft) diskriminiert. Die vielfältig abgestuften gesetzlichen Sonderstellungen für Nicht-EWR - BürgerInnen wirken entlang der rassistischen Asymmetrie, verankern diese im Rechtssystem und bieten die Grundlage für die behördliche Durchsetzung von Schlechterstellungen:

1. Diskriminierung durch Verweigerung, Erschwerung bzw. zeitliche Beschränkung der Zulassung zum Arbeitsmarkt. Der Abbau von rechtlichen Hürden passiert nur gegenüber aus dem Ausland kommenden volkswirtschaftlich erwünschten Schlüsselkräften und so genannten Saisoniers, womit ein Rechtsstatus für aus dem Ausland heranziehbare und wieder ins Ausland abschiebbare Arbeitskraft eingeführt wurde.

2. Rechtliche Behinderungen bei der Aufenthaltsverfestigung und somit bei der Schaffung von wirtschaftlichen Lebensgrundlagen. Fremdengesetz und Ausländerbeschäftigungsgesetz dienen als volkswirtschaftliches Instrument insbesondere für die Regulation des Arbeitskräfteangebots und zur Bildung einer „Reservearmee".

3. Diskriminierung aufgrund der Verweigerung des Zugangs zur institutionalisierten politischen Mitsprache. Erste zaghafte Schritte auf Gemeindeebene können über das grundlegende Demokratiedefizit nicht hinwegtäuschen, wenn 10 % der Wohnbevölkerung das aktive und passive Wahlrecht für so gut wie alle politischen Ebenen verwehrt wird. Als einziges Land in Europa schließt Österreich die meisten Drittstaatsangehörigen vom passiven Betriebsratswahlrecht aus. Somit wird verhindert, das eigene Interesse selbst vertreten zu können.

4. Schlechterstellung im Fall von Arbeitslosigkeit, bei den sozialen Netzen (Notstandshilfe und Sozialhilfe, in seltenen Fällen auch beim Arbeitslosengeld), was wiederum einen stärkeren Druck zur Annahme jeder (untergeordneter) Arbeit und eine erhöhte Ausbeutbarkeit erzeugt. Parallel dazu betreiben die Mehrheits-



gesellschaft und ihre Medien einen „Sozialschmarotzerdiskurs“ im Zusammenhang mit Personen (vor allem Minderheiten), die soziale Leistungen beziehen.

5. Diskriminierung durch prekäre Rechtsstellung aufgrund der Verbindung von Lohnarbeit mit Aufenthaltsberechtigung, was ebenfalls einen stärkeren Druck zur Annahme jeder (untergeordneten und unabgesicherten) Arbeit sowie erhöhte Ausbeutbarkeit erzeugt. Mit der Einbürgerung (die zugleich das Zurücklegen der ursprünglichen StaatsbürgerInnenschaft verlangt) entfallen zwar nach Jahren die meisten gesetzlichen Diskriminierungen. Weitere einander verstärkende Rassismen bleiben allerdings bestehen:

6. Die aus der Zeit der Diskriminierung aufgrund der Staatsbürgerschaft im Sinne von Klassengegensätzen „geerbte“ und noch Generationen weiterwirkende ökonomische und soziale Stellung (zumeist als ArbeiterInnen bzw. prekäre Nischen-KleinunternehmerInnen).

7. Zuschreibung eines minderen Werts der Arbeitskraft jener Menschen, an denen eine (auch viele Generationen zurückliegende) Herkunft aus wirtschaftlich benachteiligten Weltregionen wahrgenommen werden kann.

8. Schlechterstellung bei der Jobsuche (Profilerstellung, Jobausschreibung, Job-Information, Bewerbung).

9. Diskriminierung bei der Einstellung/Einstufung, bei der Entlohnung, beim beruflichen Aufstieg, bei den Ausbildungs- und sonstigen Investitionen, bei der Abwehr von Gesundheitsrisiken, bei der Verbesserung von Arbeitsbedingungen, bei der Ressourcenzuteilung, bei der Jobsicherheit (Abdrängung in Teilzeit- oder Leiharbeit, befristete, geringfügige und schein-selbständige Beschäftigung), bei der Übertragung von Kompetenzen und Funktionen und bei der Repräsentation des Betriebes nach außen.

10. Diskriminierung aufgrund der allgemein ungleichen Machtposition, was rassistische Umgangsformen im Alltag und im Arbeitsumfeld (oder auch schon im Rahmen der Jobsuche), fördert, z.B. Respektlosigkeiten, Rücksichtslosigkeit gegenüber besonderen Bedürfnissen (v.a. religiöser Art) und mangelnde Bereitschaft zur Auseinandersetzung bei interkulturellen Irritationen, bis hin zu psychischem Druck durch Anfeindungen oder gar explizit rassistisch motiviertem Mobbing, Schlechterstellung bei den Arbeitsbedingungen (mit entsprechenden Auswirkungen auf Arbeitsmotivation und Krankenstände).

11. Erschwerte Nostrifikation von Befähigungsnachweisen.

12. Indirekte Diskriminierung unter dem Deckmantel von scheinbar neutralen Kriterien wie Qualifikation/ Ausbildung (ohne Reflexion über vorangegangene ungleiche Ausbildungsinvestitionen und -chancen).

13. Diskriminierung im Bildungssystem als dem Arbeitsmarkt vorgelagertes Segregationsinstrument, insbesondere durch Abdrängung in Sonderschulen und weniger weit führende Bildungswege.

Die rassistischen Asymmetrien gehen noch weit über die hier mit Fokus auf den Arbeitsmarkt dargestellten hinaus. Rassismen sind in unserer Gesellschaft strukturell verankert. Sie wurden in allen sozialen Bereichen zu etwas „ganz Normalem“, zu Selbstverständlichkeiten, die als solche weithin unbegriffen reproduziert werden und weiterwirken. Rassismen überschneiden und durchkreuzen sich mit anderen gesellschaftlich systematischen Asymmetrien wie z.B. Sexismus, Antisemitismus, Behinderung, Homophobie, Armut, Alter und Krankheit.

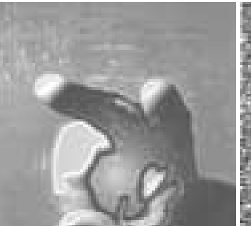
Diskriminierung der MigrantInnen im Betrieb

Die oben beschriebene strukturelle Diskriminierung von MigrantInnen in der Gesellschaft, ihre rassistische Ausgrenzung trifft nun in den Betrieben auf die vorhandenen (Macht)-Strukturen, die verstärkend oder auch abschwächend wirken können. Im folgenden möchte ich Beiträge zur Diskriminierung von MigrantInnen thematisieren, die sich aus den Machtstrukturen und der informellen Betriebskultur ergeben.[5]

Management von Machtbeziehungen: Mehrheit und Minderheit

Machtverhältnisse beeinflussen die Zusammenarbeit von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen am Arbeitsplatz. MigrantInnen sind häufig in den unteren Lohngruppen überrepräsentiert und haben es mit KollegInnen zu tun, die sich oft als überlegen sehen. Hierzu kommt, dass MigrantInnen oft zahlenmäßig eine Minderheit in Betrieben und Organisationen darstellen. Die bekannteste Theorie, die das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit und dessen Einfluss auf das




Rollenverhalten am Arbeitsplatz untersucht, stammt von Rosabeth Moss Kanter[6]. Kanter unterscheidet in ihrer Untersuchung vier Grundkonstellationen bei Gruppen. Bei jeder dieser Konstellationen ist das Zahlenverhältnis zwischen den zwei sozialen Kategorien, aus denen sich die Gruppe jeweils zusammensetzt, anders. Diese vier Grundkonstellationen oder Gruppentypen sind:

o **Die uniforme Gruppe:** in dieser Gruppe gehören alle zur gleichen sozialen Kategorie.
o **Die ungleiche Gruppe:** Bei diesem Typ befindet sich eine der zwei Kategorien oder Untergruppen in starker Überzahl.
o **Die schwankende Gruppe:** In dieser Gruppe herrscht ein Zahlenverhältnis der beiden Kategorien etwa 65 % - 35 %. Statistisch gesehen gibt es zwar Mehrheit und Minderheit, die Mehrheit hat aber keine extreme Übermacht.
o **Die gleichgewichtige Gruppe:** Die Anzahl beider Kategorien steht ungefähr 50 % - 50 %.

Kanter behauptet, dass diejenige Kategorie, die sich zahlenmäßig in der Mehrheit befindet, auch die Kultur der Gesamtgruppe in vielerlei Hinsicht bestimmt. Die verstreuten Angehörigen der Minderheit („Einzelne“) werden von der Mehrheitsgruppe („Dominante“) eher als StellvertreterInnen ihrer sozialen Kategorie betrachtet, denn als Individuen. Vier Aspekte spielen bei dieser Wahrnehmungs- und Gruppenprozessen eine wichtige Rolle: Sichtbarkeit, Kontrast, Stereotypisierung und Assimilation.

Sichtbarkeit: Einzelne, wie MigrantInnen in Vorbildfunktionen fallen durch ihre äußerlichen oder kulturellen Merkmale mehr auf. Diese Sichtbarkeit ist für sie bei ihrer Arbeit eine konstante Belastung. MigrantInnen, die als erste Angehörige einer ethnischen Gruppe oder als erste „AusländerInnen“ in eine Organisation kommen, sind sich bewusst, dass jede ihrer Bewegungen registriert wird. Fehler, aber auch positive Ereignisse bei ihnen fallen mehr auf. Macht eine MigrantIn in einer solchen Vorreiterposition viele Fehler, wird sie in einen „Alibi-Ali“ mit verminderten Entscheidungsräumen verwandelt, oder es werden „nie mehr Türken eingestellt, weil wir damit schlechte Erfahrungen haben“. Werden die Leistungen positiv beurteilt, ist die erste Reaktion „Du bist nicht so wie die Andere“, oder „Wenn sie alle so wie du wären, gäbe es keine Probleme“.

Kontrast: Die Anwesenheit von Minderheiten, die sich durch ihr Aussehen oder Verhalten von allen anderen unterscheiden, führt auch dazu, dass der Mehrheit ihre eigene Gruppenkultur mehr bewusst wird. Verhaltensweisen, die bis dahin unhinterfragt als selbstverständlich galten, werden durch den „Kontrast“ plötzlich sichtbar. Eine verbreitete Reaktionsweise auf dieser teilweisen Verunsicherung besteht darin, die eigene Mehrheitskultur erst recht zu betonen. MigrantInnen in Vorreiterpositionen werden damit häufig konfrontiert, indem sie von der herrschenden Gruppenkultur nicht akzeptiert werden. Das äußert sich beispielweise in getrennten Mittagspausen, wenig Gesprächen zwischendurch und darin, nicht zu informellen Kontakten außerhalb der Arbeit eingeladen zu werden. Von den Neulingen wird jedoch Loyalität gegenüber der dominanten Gruppe erwartet. (Loyalitätskonflikt) So wird von MigrantInnen erwartet, nicht gegen diskriminierende Witze zu protestieren und Vorurteile gegen ihre eigene Gruppe zu bestätigen... Passen sich die einzelnen MigrantInnen an diese Verhaltensforderungen an, folgt eine engere Einbeziehung. Weigern sie sich jedoch, dabei mitzuspielen, werden sie von der dominanten Gruppe mit weiterer Isolierung bestraft. Darüber hinaus wird von ihnen erwartet, dass sie die bestehenden Zustände nicht kritisieren, mit ihrer Position zufrieden sind und auch keine Beförderung fordern. Letzteres bildet eines der Hindernisse in der beruflichen Laufbahn von MigrantInnen.

Stereotypisierung/Assimilation: Sobald neue Mitglieder in überkommenen Strukturen Einzug halten, werden sie mit allgemeinen gesellschaftlichen Vorurteilen gegenüber der Gruppe der sie - tatsächlich oder vermeintlich - angehören, beurteilt. „Italiener sind emotional, Türken sind gastfreundlich, Schwarzen sind musikalisch“ usw. Die Vorbild-MigrantIn wird als RepräsentantIn ihrer Gruppe betrachtet und manchmal entspricht sie unter diesem Druck den Erwartungen der Dominanten, um akzeptiert zu werden: Die stereotype Rolle wird angenommen. Eine andere, gegensätzliche Reaktionsweise von Einzelnen kann sich darin äußern, alles abzulehnen, was in Verbindung mit dem eigenen ethnisch-kulturellen Hintergrund gebracht werden könnte; sich also vollständig an die herrschenden Normen und Verhaltensweisen anzupassen. Es sollte klar sein, dass dieses manchmal widersprüchliche Verhalten bei den Einzelnen psychologischen Stress verursacht. Zusammenfassend lassen sich folgende Reaktionsmöglichkeiten von MigrantInnen auf diese Erfahrungen als „Einzelne“ unterscheiden:

o **Leugnen:** Das Einzeln-Dasein wird als problembeladen und stressig erfahren, aber man will der Realität nicht ins Auge blicken oder definiert die Situation um, dass sie nicht mehr als eine Unterdrückung der Einzelnen durch die Dominanten erscheint.
o **Anpassen:** Eventuelle Probleme mit dem Einzelnen-Dasein werden den Einzelnen selbst und ihrer angeblich mangelnden Anpassungsbereitschaft

zugeschrieben. Diese Art der Reaktion ist vor allem bei erfolgreichen MigrantInnen zu sehen.

o **Ausnutzen:** Zu diesem Reaktionsmuster gehören unter anderem die Zuflucht in die ethnische Unternehmerschaft, sich auf Stellen bei speziellen Einrichtungen der MigrantInnenarbeit verlegen und das Anspielen auf Schuldgefühle.

o **Zurückziehen:** Die MigrantInnen ziehen sich in die eigene Gruppe zurück und kümmern sich so wenig wie möglich um die Dominanten. Innerhalb eines Betriebes oder einer Organisation ist das nur möglich, wenn dort mehrere MigrantInnen arbeiten. Die „einzelnen" MigrantInnen werden ihre Kontakte mit den einheimischen Dominanten so weit wie möglich einschränken und sich möglichst abseits halten.

o **Flüchten:** Damit ist eine besondere Form des Sich-Zurückziehens gemeint. Fluchtverhalten von Einzel-MigrantInnen in einem Betrieb oder einer Einrichtung kann sich im Einreichen der Kündigung äußern.

o **Widersetzen:** Hier widersetzen sich die MigrantInnen der Situation, sie kämpfen mit verbaler und manchmal physischer Gewalt. Es wird zurückgeschimpft und es wird bedrohlichen Situationen nicht aus dem Weg gegangen.

Kanter zufolge liegt die Lösung für dieses Gruppenverhalten im zahlenmäßigen Verhältnis beider Gruppen. „Bei einem Verhältnis von 50 % Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft und 50 % MigrantInnen würden die Beziehungen untereinander gleichberechtigter und die Zusammenarbeit produktiver werden."[7]

„Betriebskultur" und Diskriminierung von MigrantInnen

Die informelle Ebene oder Kultur - früher eher unter dem Begriff der informellen Struktur, der informellen Macht behandelt - eines Betriebes umfasst die ungeschriebenen Gesetze und Regeln, Gewohnheiten, Wahrnehmungsmuster und Verhaltensnormen, welche die Arbeitsbeziehungen und den Betriebsalltag regeln[8]. Sie sind es, die darüber entscheiden, was als „normal" oder „selbstverständlich" gilt, wer eine „gute" KollegIn oder LeiterIn ist oder wie man sich zu benehmen hat. „Was dieses heimliche Gesetzbuch auszeichnet, ist eine Zähigkeit, seine Macht über Denken, Wahrnehmen und Verhalten, über die Gewohnheiten der Einzelnen.... Nachdenken erübrigt sich: Bei uns im Betrieb ist das eben so."[9] Es prägt die Meinungsbildung und Erwartungshaltungen. Es reicht von Anrede- oder Grußformen über die Art der Arbeitsverteilung und- Organisation bis zum Verhalten in den Pausen. Es bestimmt die Gruppenbildung, die Gesprächsinhalte, die sozialen Zuweisungen usw. Ein weitgehender Konsens über dieses ungeschriebene Regelsystem ermöglicht einen reibungslosen Arbeitsablauf und ist damit Garant für den „Betriebsfrieden", der wiederum denen Sicherheit und Schutz bietet, die sich zu diesem Regelsystem loyal verhalten. Dennoch kann die Betriebskultur keineswegs als ein homogenes Gebilde betrachtet werden. Die kulturellen Gepflogenheiten unterscheiden sich nicht nur von Betrieb zu Betrieb oder nach Branchen, sondern können auch innerhalb einer und derselben Organisation zwischen den Hierarchieebenen, Abteilungen und Arbeitsgruppen erheblich variieren. Sie sind „umkämpftes Gelände" der jeweiligen AkteurInnen und werden in den alltäglichen Beziehungen immer wieder neu ausgehandelt, bestätigt oder auch verändert. Inwieweit die verschiedenen AkteurInnen dabei ihre Version der Betriebskultur einbringen und durchsetzen können, ist abhängig von ihrer Machtposition und den Sanktions- und Kontrollmöglichkeiten, über die sie verfügen. „Es dürfte auf der Hand liegen, dass die Arbeitsbeziehungen zwischen MigrantInnen und Deutschen im Betrieb, aber auch das Ausmaß direkter und indirekter Diskriminierung in hohem Maße von der Betriebskultur bestimmt werden. Neben den ..... Diskriminierungsformen auf der Ebene der Arbeitsorganisation und Struktur bestimmt die informelle Ebene der Betriebskultur auch, inwieweit diskriminierende Umgangsformen zum Arbeitsalltag gehören und die Beziehungen zwischen MigrantInnen und Deutschen prägen."[10] Mögliche Fragen dazu sind:

o Gilt es als normal, dass MigrantInnen eher die niederschwelligen Arbeiten zugewiesen bekommen?

o Sind die Umgangsformen gleichberechtigt und respektvoll oder sind Beleidigungen oder rassistische Witze an der Tagesordnung und werden gedeckt?

o Werden MigrantInnen bei der Arbeit unterstützt und ermutigt, ihre Leistungen geschätzt oder herabgewürdigt und kritisiert?

o Sind MigrantInnen Teil des informellen Netzwerkes und informeller Aktivitäten im Betrieb?

o Werden Beschwerden über diskriminierende Äußerungen oder Verhaltensweisen ernstgenommen oder heruntergespielt und ignoriert?

Von der Beantwortung dieser Fragen hängt es ab, welche Chancen und Ansatzpunkte interkulturelle Ansätze und eine auf Gleichstellung von MigrantInnen gerichtete Politik im Betrieb haben. Interventionsstrategien müssen dabei auf der einen Seite als wirksame Mechanismen zur Bekämpfung von Diskriminierungen und zur Gleichstellung von MigrantInnen entwickelt werden und auf der anderen Seite ist dafür Sorge zu tragen, dass die unvermeidlich auftretenden Konflikte und Verun-

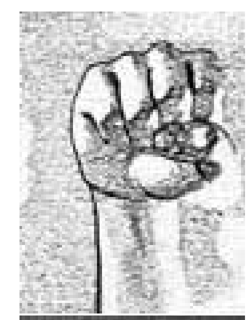
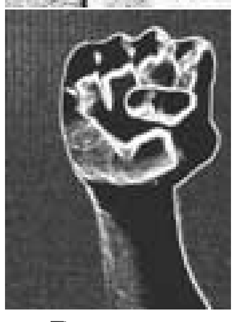
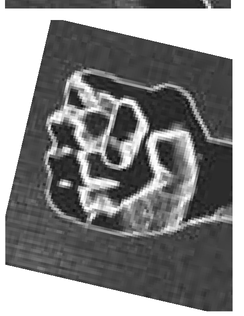
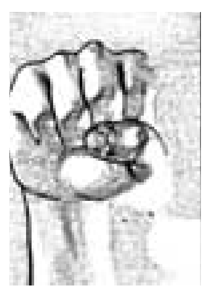
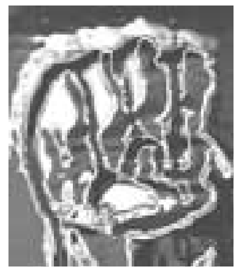
sicherungen nicht unter den Teppich gekehrt werden. Die Thematisierung der Machtbeziehungen ist auch wichtig für die Entwicklung interkultureller Teams.[11] Eine empirische Untersuchung über die Interaktionsbeziehungen in multiethnischen Teams ergab einen engen Zusammenhang zwischen hierarchischen Teamstrukturen und negativen Etikettierungen der Teammitglieder mit migrantischem Hintergrund durch die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft als Teammehrheit (Marburger u.a. 1998):

In hierarchischen Organisationen wird die Nichteinhaltung von Regeln bei den migrantischen MitarbeiterInnen selektiver wahrgenommen. Sie werden unverhältnismäßig häufiger zur Einhaltung der Regeln ermahnt und durch die autoritäre Leitung infantilisiert. Sie werden als chaotisch und unwissend hingestellt und bei Normalleistungen herablassend belobigt. Bei Konflikten werden die MitarbeiterInnen mit migrantischem Hintergrund von den KollegInnen - Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft - häufiger im Regen stehen gelassen. Die Marginalisierung im Team scheint umso leichter möglich, je weniger migrantische MitarbeiterInnen beschäftigt sind. Dann neigen auch die MitarbeiterInnen mit migrantischem Hintergrund eher zu einer angepassten Haltung und tragen ihre Konflikte auf der Sach- bzw. Beziehungsebene weniger aus. Das Gesamtteam hat dann den trügerischen Eindruck, die MigrantInnen seien voll ins Team integriert. Je mehr MigrantInnen in einem Team beschäftigt sind, desto stärker fühlen sie sich und tragen Konflikte eher aus. Sie solidarisieren sich dabei eher über den gemeinsamen Minderheitenstatus als über die ethnische Herkunft (Marburger u.a. 1998).

Ungelöste Machtkonflikte begünstigen eine kontraproduktive Gruppenbildung entlang der Achse Mehrheits- Minderheitsangehörige. Es kommt zu einer destruktiven Polarisierung, die eine sachliche Auseinandersetzung erschwert: „Ihr wollt uns euren rigiden deutschen Arbeitsstil aufzwingen“, „was wisst ihr denn schon über unser Klientel“ so lauten dann die typischen Vorwürfe der einen Seite. Und die andere Seite kontert: „eure Vorgehensweise ist nicht professionell“ „Es ist schwer mit euch zusammenzuarbeiten, wenn ihr uns ständig Ignoranz und Rassismus vorwerft“ (Gaitanides 2001). Es kommt zur Selbstblockade des Teams und die kreativen Potenziale der im Team repräsentierten Vielfalt der Perspektiven können nicht genutzt werden. Daraus folgt: Interkulturelle Synergieeffekte können sich nur innerhalb eines Settings partnerschaftlicher Teamstrukturen einstellen, - durch die Institutionalisierung eines herrschaftsfreien, fairen und damit konstruktiven Austausches der unterschiedlichen Perspektiven. Zudem zählt auch die Zahl. MigrantInnen sollten in der MitarbeiterInnenschaft die „kritische Masse“ erreichen, ab der sie den Mut fassen, auch Kritik einzubringen und mit der Empathie und der Solidarität anderer migrantischer MitarbeiterInnen rechnen können (vgl. analoge Untersuchungen über Frauenminorität/-parität in Betrieben von Kanter 1977 und Übertragung auf MigrantInnen bei Besamusca-Janssen 1999, 215ff).

Die oben erwähnten Studie über multiethnisch besetzte Teams ergab auch, dass Macht- und Statuskonflikte nicht nur auf das Verhältnis Mehrheits- und Minderheitsangehörige beschränkt sind. In Bereichen mit überwiegend migrantischen MitarbeiterInnen - zumal in solchen mit autoritärer Leitung - werden z.B. die außereuropäischen MitarbeiterInnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika häufig mit den negativen Kompetenzzuschreibungen der aus dem europäischen Ausland stammenden MitarbeiterInnen konfrontiert, die besser deutsch sprechen und größtenteils das deutsche Bildungssystem durchlaufen haben (Marburger u.a. 1998). Paradoxerweise wird in diesen Konflikten auch unter MigrantInnen das Argument der Qualifizierung und Bildung für den gleichen Zweck verwendet: für das Konstrukt von Machtasymmetrie. Diejenigen MigrantInnen, die über eine bessere Sprachkompetenz in der deutschen Sprache verfügen, erheben den Anspruch für mehr Einfluss und Entscheidungsmacht, gegenüber denjenigen, die sich in der von der Mehrheit als Norm definierten Sprache nicht so gut artikulieren können.

Die Konflikte in multiethnischen Teams können stark zunehmen, wenn die Mitglieder dieser Teams durch mehrfache Diskriminierungserfahrungen geprägt sind. In diesem Zusammenhang spielen Diskriminierungserfahrungen wegen der Farbe eine wichtige Rolle. „Eine Entwicklung von ho-

mogenen weißen Arbeitszusammenhängen hin zu transkulturellen Teams birgt eine Reihe von Herausforderungen. Transkulturelle Teams bewegen sich zwangsläufig in einem alltäglichen Spannungsfeld von Rassismus, Sexismus und variierenden Graden kollektiver sozialer Ausgrenzung. Für die weißen, deutschen Kolleginnen bedeutet dieses Zusammentreffen eine unvermeidliche Konfrontation mit dem eigenen rassistischen Gewaltpotential, mit ihrer individuellen und kollektiven Position und mit weißen Privilegien. Für weiße MigrantInnen (von außerhalb der EU und der Vereinigten Staaten), bedeutet es ebenfalls in erster Linie eine Auseinandersetzung mit dem eigenen rassistischen Gewaltpotential, aber auch die eigene Bewältigung struktureller Benachteiligung und Diskriminierung. Für schwarze (europäische und migrierte) Beschäftigte bedeutet es eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Überleben von Rassismus in all seinen Facetten, mit den rassistischen Handlungen von weißen KollegInnen (deutschen und migrierten), mit verinnerlichtem Rassismus und internalisierter Unterdrückung und mit ihren kollektiven und individuellen Positionen. Darüber hinaus bedeutet es für sie, vor einem konstanten Hintergrund von alltäglichem Rassismus zu funktionieren und handlungsfähig zu bleiben. Schon in dieser verkürzten Aufzählung wird die darin enthaltene Spannungskraft deutlich, sowie das Erfordernis einer effektiven Intervention.“[12]

Die Verarbeitung

Ein weiterer imminent wichtiger Aspekt, der durch eine horizontale Perspektive besonders deutlich hervortritt, ist die Verarbeitung von Diskriminierungserfahrungen durch die Betroffenen. Die Frage, wie sich Diskriminierung auf die Betroffenen auswirkt, bzw. welche Strategien diese entwickeln, mit dem Erfahrenen umzugehen, ist eine die viel zu selten gruppenübergreifend gestellt wird. Verarbeitungsstrategien werfen nicht nur ein Licht auf die individuellen Auswirkungen, sondern bieten elementare Ansatzpunkte, wo angesetzt werden muss, um Diskriminierung zu überwinden. Die Verarbeitungsstrategien geben Aufschluss darüber, wie Betroffene mit den gemachten Erfahrungen umgehen und dementsprechend, an welchem Punkt sie sich Veränderungen wünschen würden. „Die dänischen Partner formulieren für ihren Bereich, dass eine Aufteilung der Interviewten in drei Gruppen möglich ist[13]:

o Personen, die sich als diskriminiert empfinden.
o Personen, die sich nicht als diskriminiert empfinden, die aber Situationen beschreiben, die als Ungleichbehandlung gegenüber anderen Personen in ähnlichen Situationen aufgefasst werden müssten.
o Personen, die sich nicht als diskriminiert empfinden und auch keine diesbezüglichen Erfahrungen schildern.

Gerade bei der zweiten Gruppe wird deutlich, dass eine Verarbeitungsstrategie von Erfahrungen der Ungleichbehandlung die Leugnung des Diskriminierungstatbestandes ist. Die Erklärung für ein Empfinden als nicht diskriminierte Person kann ganz unterschiedlich sein. Zum einen wird man die gesellschaftlichen Tendenzen in allen untersuchten Ländern berücksichtigen müssen, die Arbeitslosigkeit und damit auch bei der Arbeitssuche erfahrene Ungleichbehandlung zu individualisieren versucht. Zum anderen gilt aber genauso, dass das Eingestehen, dass man sich selbst als diskriminiert fühlt, mit der Schwierigkeit einhergeht, überhaupt Auswege für sich zu sehen. Wenn ich das Gefühl habe, dass ich aufgrund eines Merkmales schlechter behandelt werde als andere, ist es ungemein schwer, die Motivation aufzubringen, sich weiterhin um Lösungen zu bemühen, die eine(n) befriedigen, da immer wieder - unabhängig von den eigenen Anstren-gungen - die Ungleichbehandlung aufgrund des eigenen Merkmals droht. In diesem Zusammenhang ist es interessant, auf die von den dänischen Partnern zitierte dänische Untersuchung einzugehen, in der festgestellt wird, dass das subjektive Empfinden von Diskriminierung mit dem Bildungsniveau korreliert. Höher qualifizierte Personen fühlen sich demnach eher diskriminiert als andere. Auch dies könnte mit dem gerade angesprochenen Aspekt zu tun haben. Was mache ich eigentlich, wenn ich einsehe, dass ich diskriminiert werde? Eventuell ist die Fähigkeit, mit dieser Einsicht umzugehen, bei besser Qualifizierten höher.“

In den kulturspezifischen theoretischen Ansätzen über interkulturelle Kompetenz, Diversität, über Diversity Management, über Vielfalt der menschlichen Kommunikation wird die Kultur oft als eine Ideologie - und wertfreier Begriff behandelt. Diese Betrachtung beinhaltet aber ein großes Risiko - zumeist, wenn nicht reflektiert wird, warum die kulturspezifischen theoretischen Ansätze besonders oft im „modernen“ Rassismus und zur dessen Metamorphose verwendet werden:

„Der „neue“ Rassismus....operiert zeitgemäß nicht mehr mit der Kategorie „Rasse“, sondern mit der „Kultur“. Hierbei handelt es sich um einen Diskurs über „natürliche Differenzen“, die nicht mehr biologistisch, d.h. über genetisch vererbte Charakteristika erklärt werden, sondern durch die Kultur der jeweiligen Gruppe. Die Grundannahme des alten Rassismus, dass Menschen aufgrund ihrer Rassen genetisch festgelegt und somit höher- oder minderwertig seien, taucht so gut wie nicht mehr

auf. ... Der Begriff „Rasse“ wird stattdessen durch „Kultur“ ersetzt und die Gleichwertigkeit aller Kulturen betont. Diese Metamorphose macht nun jede einzelne Kultur so wertvoll und einzigartig, dass sie geschützt, gepflegt, ja fast museal erhalten gehört. An die Stelle der Über- und Unterlegenheit tritt die Betonung der Differenz. Es geht scheinbar nicht um eine Hierarchisierung, sondern bloß um strikte Trennung. Die neuen Stichworte sind „Überfremdung“, „Toleranzschwelle“, „Unvereinbarkeit der Kulturen“, „Schädlichkeit jeder Grenzverwischung“ und nicht zuletzt „Heimat, die Heimat bleiben muss“. Diese Schlagwörter haben sich in relativ kurzer Zeit in der Alltagssprache etabliert[14]. Zusammengefasst sagt der „moderne“ Rassist: Alle Menschen(gruppen) sind gleichwertig, aber ihre Kulturen sind verschieden und unvereinbar, daher muss jede Gruppe innerhalb des eigenen Territoriums bleiben. Weder neue Zuwanderung noch die Positionierung der bereits Zugewanderten wird erwünsch. Die ideologische Metamorphose des Rassismus durchläuft den folgenden Prozess:

Anstatt Rasse	Kultur
Anstatt rassischer Reinheit	authentische kulturelle Identität
Anstatt Ungleichheit	Differenz
Anstatt Verachtung	Kontaktvermeidung
Anstatt heterophoben Aussagen	heterophile Aussagen Recht auf Differenz

„Der heutigen Rassismus äußert sich vor allem als ein Anti-Immigranten Rassismus. Er richtet sich gegen die ausländischen - migrantischen - Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen ihre Familien und Nachkommen. Er ist ein europäischer Rassismus, der von einem Idealbild Europa ausgeht.“[15] Ohne auf diesen Diskurs weiter einzugehen - der den Rahmen meiner Arbeit sprengen würde - möchte ich noch Etienne Balibar, einen Klassiker der „Antirassismus - Theoretiker“ zitieren: [16] „Ideologisch gehört der gegenwärtige Rassismus, der sich bei uns um den Komplex der Immigration herum ausgebildet hat, in den Zusammenhang eines `Rassismus ohne Rassen` .....eines Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist..“

Zusammenfassung

Die theoretischen und empirischen Erfahrungen über strukturelle Diskriminierung zusammenfassend, muss die These akzeptiert werden, dass die Grundvoraussetzungen sämtlicher Diskriminierungen in den gesellschaftlichen Machtstrukturen liegen, die eine gesellschaftlich systematisch und strukturierte Benachteiligung derjenigen - oft als Minderheit in der Gesellschaft vorhandenen - Menschengruppen bewirkt, die sich auf den untersten Ebenen der Machtstrukturen befinden. Aus dieser gesellschaftlichen Position heraus verfügen die durch die Diskriminierung benachteiligten Gruppen weder über entsprechende Machtquellen um ihr Interesse durchsetzen zu können noch über die Zugangsmöglichkeiten zu den Ressourcen, die eine rasche Besserstellung ihrer Mitglieder und eine deutliche Zunahme ihrer Macht ermöglichen würde. Aus diesen strukturellen Diskriminierungsfaktoren heraus ist es verständlich, warum es unakzeptabel ist, wenn Diskriminierungsfälle vordergründig auf der persönlichen Ebene bearbeitet und gelöst werden sollten, da die Konflikte, die auf dem ersten Blick als persönliche Konflikte aufscheinen, Abbildung und Spiegelung der gesellschaftlich strukturellen Diskriminierung sind. Das ist der Grund, warum wir immer wieder erleben müssen, dass das Bestreben, Diskriminierungskonflikte als persönliche Konflikte zu lösen, zu der wohl bekannten Suche nach dem Sündenbock und zu den wohl bekannten Mechanismen der Ausschließung führen. Das hartnäckige Festhalten an den Ausschließungsmechanismen und das Sündenbocksuchen führt uns zu der Fragestellung: was ist das Gute daran, sich an den Ausschließungsmechanismen festzuklammern, Diskriminierungen und Benachteiligungen mit der Suche und dem Auffinden des Sündenbocks lösen zu wollen? Liegt eine der möglichen Antworten darin, dass es besonders unbequem und unangenehm ist, sich sowohl mit den Mechanismen der Machtstrukturen unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen, als auch in der eigenen Praxis die Abbildung und Spiegelung einer auf struktureller Diskriminierung aufgebauten Gesellschaft zu analysieren?

Ich habe in meiner Arbeit den **Begriff der strukturellen Diskriminierung** wie folgt verwendet: „Diskriminierung bedeutet Schlechterstellung. Mit jeder sozialen Handlung werden Vor- und (als Kehrseite unweigerlich) Nachteile im gesellschaftlichen Relationengefüge verteilt, z.B. im Rahmen von Tauschgeschäften oder Kooperationen, bei Vermittlung von Erwerbsquellen, Informationen, Kenntnissen und Kontakten, etc.. Effektive Schlechterstellung kann aber (bewusst oder unbewusst) nur auf der Basis einer einigermaßen ausgeprägten Machtasymmetrie passieren. Politisch problematisch ist Diskriminierung dann, wenn sie zur gesellschaftlich systematischen Diskriminierung bestimmter Gruppen wird. Die gesellschaftliche Verdichtung von Schlechterstellungen gegenüber bestimmten Personengruppen kann soweit führen, dass diesen Personengruppen der Zugang zu sonst

allgemein zugänglichen sozialen Ressourcen verwehrt wird, sodass sie in ihren Handlungsmöglichkeiten massiv eingeschränkt werden. Die resultierende Konzentration von schlechtergestellten Personen in den verbleibenden Handlungsbereichen führt ebenso wie die anhaltende Schlechterstellung zur sozialen Konstituierung der systematisch Diskriminierten als Gruppe.

Akzentfrei

akzentfreies deutsch
um nicht aufzufallen
akzentfreies englisch
um meine herkunft zu tarnen
akzentfreies deutsch
um dazu zu gehören
akzentfreies englisch
um für progressiv gehalten zu werden
akzentfreies deutsch
um die ausnahme zu sein
akzentfreies englisch
um
wenigstens
das
richtig
zu
können
akzentfreies deutsch
um anderen was zu beweisen
um allen was zu beweisen
was zu beweisen?

mit wohl modulierter stimme
mit sorgfältig ausgewähltem ausdruck
mit perfekt koordinierten bewegungen
mit ansehnlich
zusammengepressten lippen
mit dem rücken an der wand
mit geballten fäusten
behalte
deine rhetorische maßregeln
für
dich
behalte
deine wohlgemeinten
grammatikalischen
maßstäbe
und
im
übrigen
auch kosmopolitisch
ist
für mich
ein
schimpfwort[17]

Durch die systematische Schlechterstellung wird ein gesellschaftliches Gefälle, eine Machtasymmetrie, reproduziert, die sich historisch fortsetzt, von Generation zu Generation übertragen wird, wenn es nicht zu gesellschaftlich breit angelegten anti-diskriminatorischen Bewegungen kommt.

Auch wenn Diskriminierung an sich ein Ergebnis systematischer Benachteiligungen bestimmter Gruppen ist, darf die Existenz alltäglicher individueller Diskriminierung nicht aus den Augen verloren werden. Einzelne Angehörige diskriminierter Gruppen sind nicht nur als Teil einer diskriminierten Gruppe Betroffene von Diskriminierung, sondern werden auch als Individuen von anderen Individuen diskriminiert, weil sie Teil einer bestimmten Gruppe sind. Eine diskriminierende Stellenausschreibung stellt z.B. eine Diskriminierung der gesamten durch die Formulierung dieser Anzeige ausgeschlossenen Gruppe ebenso dar wie eine Diskriminierung einer betroffenen Einzelperson.“ [18]

Abschließend möchte ich noch den Begriff des Rassismus definieren. Es gibt viele Definitionen des Rassismus und genauso, wie bei der Definition der Migration, ist sowohl wissenschaftlich als auch politisch entscheidend, mit welchem Begriff und mit welcher Verantwortung die in diesem Gebiet tätigen ExpertInnen den unter dem Rassismus zusammengefassten Verhaltensformen begegnen und bekämpfen. Rassismus als Wahrnehmungs- und Verhaltensweise (gegenüber als ethnisch-kulturell „anders“ eingestuften Menschen) lässt sich folgendermaßen bestimmen[19]: Bestimmte (wirkliche oder behauptete) äußerliche Merkmale werden als Kennzeichen einer Menschengruppe festgelegt. Diese Merkmale werden mit bestimmten Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen verknüpft: Allen Menschen mit einem bestimmten äußerlichen Merkmal werden solche Eigenschaften als „natürlich“ zugeschrieben. Die so konstituierte Menschengruppe wird aus einer Position der Macht heraus als von der eigenen Gruppe grundverschieden dargestellt und als minderwertig eingestuft. Hier ist zum einen die Definitionsmacht der Mehrheitsgesellschaft angesprochen, die bestimmt und durchsetzt, was normal und was „anders“ ist, zum anderen aber auch die Macht, die konstruierte Gruppe in ihren Lebensmöglichkeiten einzuschränken. Die so abgewertete Gruppe wird ausgegrenzt, benachteiligt und/oder angegriffen. Als Handlungsweise kann Rassismus von Einzelpersonen, Institutionen, Parteien und Verbänden ausgeübt werden, und zwar mittels körperlicher oder psychischer Gewalt, aber auch durch Gesetze und Verordnungen. Wichtige Funktionen von Rassismus sind:

o Die Rechtfertigung von Gewaltausübung und - tatsächlichen oder gewünschten - Privilegien

o Die Stabilisierung des eigenen Selbstwertgefühls: Mit der Abwertung der anderen wird gleichzeitig die eigene Gruppe aufgewertet.

e-mail: ildiko.naetar@gmx.at

Anmerkungen:

1 Ohne sofort eine Definitionsdebatte zu entfachen: Ich teile die Meinung vieler ExpertInnen aus der politisch-emanzipatorischen Interessenvertretung der MigrantInnen: Ich verwende den Begriff Neupositionierung bzw. Positionierung, anstatt des politisch missbrauchten Begriffes der Integration. Siehe: Caixeta/ Salgado: 2002
2 Siehe: Hettlage-Varjas, Hettlage: 1984.
3 Jetzt und im folgenden verwende ich die Begriffe „Mehrheitsgesellschaft" „Mehrheitsbevölkerung", „MehrheitsösterreicherIn" mit ähnlicher Bedeutung. Das Wesentliche in diesen Begriffen liegt in den Ausgrenzungsmechanismen unserer „weißen" Gesellschaften, deren „Resultat" die Spaltung in Privilegierte - Angehörige der Mehrheitsgesellschaft - und in Ausgegrenzte - Angehörige der Minderheiten ist: „Die reichen und politisch stabileren Regionen saugen tendenziell mittellose Arbeitssuchende ebenso wie Flüchtlinge an. Diese „Fremden", „Ausländer", MigrantInnen, Flüchtlinge und Folgegenerationen werden von der über Jahrhunderte rassistisch konditionierten Mehrheitsbevölkerung anhand verschiedenster Indizien (Hautfarbe, Haarfarbe, Name, Aussprache, Kleidung, Habitus, etc.) als fremd/andersartig wahrgenommen. Damit wird eine soziale Grenzziehung reproduziert, an die sich der rassistische Ausschluss der in die Wohlstandsräume einsickernden Menschen anschließt. Die „Fremden" gehören nicht dazu, haben natürlich nicht dieselben Rechte, es wird von den Mitgliedern der rassistisch privilegierten Gruppen nicht oder anders mit ihnen kommuniziert oder gar kooperiert, etc. Die Definitionsmacht, wer wo ab wann dazugehört, liegt bei den Privilegierten bzw. deren Gruppennormen." „Weiß" in: Glossar, 2004
4 Abgekürzt übernommen von: Kontext von open up: Rassismen am Arbeitsmarkt, 2003.
5 In diesem Kapitel beschäftige ich mich mit den Machtverhältnissen im Betrieb und gehe nicht auf die Segregation des Arbeitsmarktes ein.
6 Kanter, 1977, ausführlich zitiert von Besamusca-Janssen/Scheuve 1999, S. 215-219. Die Aufarbeitung des Themas ist eine Kurzfassung des im zitierten Buch geführten Diskurses.
7 Zitiert von Besamusca-Janssen/Scheuve 1999, S. 220
8 Die Behandlung des Themas baut auf: Besamusca-Janssen/Scheuve 1999, S. 53-55.
9 Brüggemann/Riehle 1998, S. 54. zitiert von Besamusca-Janssen/Scheuve 1999, S. 53.
10 Besamusca-Janssen/Scheuve 1999, S. 54. Die von den Autorinnen verwendete Bezeichnung „Deutschen" entspricht der von mir verwendeten Definition der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft.
11 Gaitanides 2002
12 Raburu, 1999.
13 Arbeitsmarkt und Diskriminierung, 2001
14 Ongan, 2004.
15 Ongan 2004.
16 Balibar, 1998.
17 Raburu, 1999.
18 Glossar 2004
19 open up 2003.

Literatur:

Arbeitsmarkt und Diskriminierung. Eine Untersuchung in Dänemark, Deutschland, Österreich und Schweden. Zwischenbericht des Projektes HOPI, das von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Soziale Angelegenheiten im Rahmen von vorbereitenden Maßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidungen von Diskriminierungen gefördert wird. Stadt Göttingen, E-Mail: integra-beschaeftigungsamt@goettingen.de, 2001.

Balibar, Etienne: Gibt's es einen „Neo-Rassismus"? in: Balibar, Etienne/ Wallerstein, Immanuel 1998: Rasse, Klasse, Nation, Argument Verlag 1998. S. 23-39.

Besamusca-Janssen Mieke/Scheuve Sigrun: Interkulturelles Management in Beruf und Betrieb, IKO, 1999.

Caixeta, Luzenir/ Salgado, Rubia: Ein Zwischen-Ort der politischen Artikulation von Migrantinnen, in: Landschaften der Tat, Ljubomir Bratic (Hrsg), 2002. S. 187 -199.

Doppler Klaus/Lauterburg Christoph: Change Management, Campus Verlag 2002.

Gaitanides, Stefan: Dokumentation und Kommentierung des Qualitätszirkels „Interkulturelles Team", Teil II des Berichtes über die wissenschaftliche Begleitung des QM-Projektes mit der IG Interkulturelle Begegnung und Bildung , dem Internationalen Mütterzentrum und dem Verein AKA - Aktiv für interkulturellen Austausch in München, Veröffentlichung beim Jugendamt München in Vorbereitung, 2001.

Gaitanides, Stefan (2002): Interkulturelle Kompetenz als Anforderungsprofil in der sozialen Arbeit in: Nestmann/Engel/Sickendiek (Hrsg.) „Handbuch der Beratung", 2002.

Glossar, in: Thematisches Netzwerk Antirassismus, http://no-racism.net/antirassismus/glossar/index.htm, 2004.

Gruen, Arno: Der Fremde in uns, Klett-Cotta Verlag, 2000.

Haumersen, Petra/Liebe, Frank: Multikulti: Konflikte Konstruktiv, Verlag an der Ruhr, 1999.

Herman, Judith: Trauma and Recovery, Basic Books, 1997.

Hettlage-Varjas, Andrea/ Hettlage, Robert: Kulturelle Zwischenwelten Fremdarbeiter - eine Ethnie? in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 10, Nr. 2. Sonderheft: Zwischenwelten der Gastarbeiter, 1984 S. 357 - 404.

Hettlage-Varjas, Andrea: Frauen unterwegs, in: Elisabeth Rohr und Mechthild M. Jansen (Hrsg.) Grenzgängerinnen. Giessen 2002, S. 163-194.

Hofstede, G.: Interkulturelle Zusammenarbeit. Kulturen - Organisationen - Management, Gabler Verlag, 1993.

Kanter, R.M.: Man and Women of the corporation. New York, 1977.

Kleiner, Christa: Rassismus als Thema in Supervision und Coaching von Migranten und Migrantinnen. Abschlussarbeit zur Ausbildung Supervision und Coaching, 2003.

Kontext von open up: Rassismen am Arbeitsmarkt, 2003.

Liebe, Frank/Gilbert, Nadja: Interkulturelle Mediation - eine schwierige Vermittlung. Berghof Report Nr. 2., Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, 1996.

Marburger, Helga/ Rösch, Heidi/ Dreezens-Fuhrke, Joyce/ Hoch, Achim/ Riesner, Silke: Interkulturelle Kommunikation in multiethnischen PädagogInnenteams. Frankfurt, 1998.

Mergner, Gottfried: Theoretischer und praktischer Zugang zu sozialgeschichtlichen Lernfeldern im interkulturellen Vergleich, in: Nestvogel, (Hrsg). 1994, S. 80-81.

Nestvogel, Renate (Hrsg.): Interkulturelles Lernen oder verdeckte Dominanz? IKO 1994.

Ongan, Gamze: Rassismus als Bestandteil der gesellschaftlichen Normalität. Wien, http://www.wif.wien.at/gleichstellungs_site/gleichstellung_pages/gleichstellung, 2004.

open up: Wege zur antirassistischen Arbeitswelt, Seminar, 2003.

Spieß, Erika/Winterstein, Hans: Verhalten in Organisationen, Kohlhammer 1999

Raburu, Maureen: Antirassistische Mädchenarbeit, Autonomes Mädchenhaus Kiel, 1999.

Rütz-Lewerenz, Günther: Interkulturelle Supervision in der Migrationsarbeit In: Ferdinand Buer (Hrsg) Praxis der psychodramatischen Supervision. Verlag Leske + Budrich, Opladen, 2001, S. 218 - 229.

Van den Broek, Lida: Am Ende der Weißheit. Berlin, Orlanda Frauenverlag 1993

Weiß, Anja: Macht und Differenz. Berghof Report Nr.7, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung 2001.

Roland Atzmüller
Fit mach mit?

Theoretisch-politsche Perspektiven des Regulationsansatzes - ein Rezensionsessay

Im Jahr 2001 fand in Wien die internationale Tagung „Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes“ statt, die von Ulrich Brand und Werner Raza, die auch die Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes sind, organisiert wurde. Die ReferentInnen und TeilnehmerInnen dieser Tagung wurden mit der Frage konfrontiert, ob die regulationstheoretischen Konzepte überhaupt noch tragfähig sind. Diese hatten sich zwar für eine Theoretisierung und Analyse des Fordismus, also jener Periode kapitalistischer Entwicklung, die mit dem Ende der „immerwährenden“ ökonomischen Prosperität in den 70er Jahren in die Krise geraten war, als sehr fruchtbar erwiesen. Doch schon die Doppeldeutigkeit des Titels - das Fragezeichen im Haupttitel - signalisiert, dass an den theoretisch-politischen Perspektiven des Regulationsansatzes, insbesondere mit Blick auf seine gesellschaftskritische Analyse- und Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen des Postfordismus, Zweifel angebracht scheinen. Die Herausgeber wollen zwar nicht so weit gehen wie der ebenfalls in diesem Band vertretene Bernd Röttger, der in einem Aufsatz aus dem Jahr 2001 die Regulationstheorie am Ende der Fahnenstange angekommen sah (Röttger, 2001). Die Zweifel an der weiteren Entwicklung des regulationstheoretischen Ansatzes manifestieren sich jedoch im inhaltlichen Ziel der Tagung bzw. des Sammelbandes, das auf die Notwendigkeit permanenter Aktualisierungen „im Sinn einer Reflexion aktueller Veränderungen“[1], welche auf die Theorie und ihre Begriffe rückwirken müssen, verweist. „Dies“, so die Herausgeber, „gilt umso mehr für eine Kapitalismustheorie, die sich theoretisch-konzeptionell wie zeitdiagnostisch auf der Höhe der Zeit befinden will“ (8). Ja mehr noch, um den theoretisch-politischen Perspektiven des Regulationsansatzes nachzugehen, müsse bedacht werden, inwieweit noch ein herrschaftskritisches und emanzipatives Potenzial in ihm angelegt ist und fruchtbar gemacht werden kann (9).

Der rebellische Nachwuchs Althussers

Der rebellischen Nachwuchs Althussers, wie Alain Lipietz[2] (1992), ein zentraler Vertreter der Regulationstheorie, die RegulationistInnen einmal bezeichnete, formierte sich als Antwort auf die „Krise des Marxismus“, die von Louis Althusser in den 70er Jahren konstatiert worden war. Inzwischen aber ist aus der Rebellion eine veritable Verleugnung der Eltern geworden, wofür eine Reihe theoretischer Reorientierungen zentraler Protagonisten des Ansatzes wie etwa Robert Boyer oder Michel Aglietta stehen. Diese haben sich den institutionalistischen und evolutionstheoretischen Wirtschafts-

wissenschaften zugewandt und sehen ihre Rolle als Berater von mitte-links Regierungsparteien (ausführlich dazu Joachim Becker im vorliegenden Band).

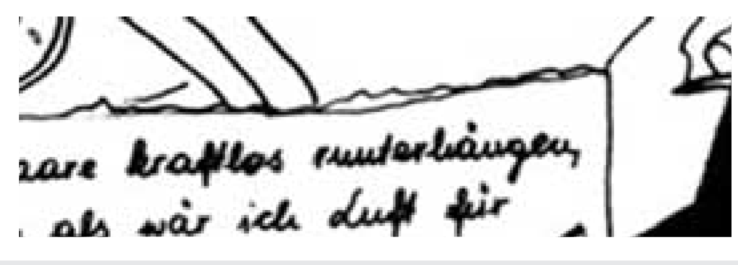
Bob Jessop bezeichnet daher in seinem Beitrag den Regulationsansatz als „eine eigenständige Richtung der evolutionsökonomischen und institutionalistischen Wirtschaftswissenschaften, der (zumindest in frühen Arbeiten) von der marxistischen politischen Ökonomie beeinflusst war“ (90). Der Regulationsansatz wurde seit den 80er Jahren international - also auch im deutschsprachigen Raum - rezipiert und um vielfältige Themen und Auseinandersetzungen erweitert. Ja, es ist festzuhalten, dass die Begrifflichkeit der Regulationstheorie im Laufe der Zeit viele sozialwissenschaftliche Diskurse, die sich einen gesellschaftskritischen Anstrich geben wollten, durchdrang, ohne dass dem eine vertiefte Reflexion dieses Ansatzes zugrunde gelegen wäre. Die für die deutschsprachige Rezeption und Erweiterung der Regulationstheorie zentralen Themensetzungen sind im vorliegenden Band präsent bzw. werden in einer Reihe von Beiträgen reflektiert.

Wie Joachim Becker in seinem Aufsatz über die Entwicklungen des regulationistischen Ansatzes „Beiderseits des Rheins“ (58-75) betont, ist für die systematische deutschsprachige Rezeption insbesondere auf die Arbeiten Joachim Hirschs (vgl. exemplarisch 1990) und seines Umfelds seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu verweisen, die v.a. auf eine staats- und hegemonietheoretische Erweiterung abzielten. Bob Jessop versuchte im angelsächsischen Raum mit seinen Arbeiten ebenfalls dieses zentrale Defizit des Ansatzes, das in der Konzeptualisierung des kapitalistischen Staates und den Wandlungen seiner Form und Funktion in verschiedenen Phasen des Kapitalismus gesehen wurde, zu überwinden. Sowohl Hirsch als auch Jessop sind mit je einem Beitrag im vorliegenden Band vertreten.

Auch die im letzten Jahrzehnt bedeutsame Rezeption und Erweiterung der regulationistischen Konzeptionen in der radikalen Geographie wie auch in der Stadtforschung sowie die Auseinandersetzung um die Konstitution und Veränderung der räumlichen Ordnung des Kapitalismus wird in einigen Beiträgen ausführlich vorgestellt und diskutiert. Außerdem werden neben Aufsätzen zur regulationstheoretischen Analyse peripherer Gesellschaften und der zunehmend globalisierten Akkumulation im kapitalistischen Weltsystem Versuche vorgestellt, regulationistische Konzeptionen für ökologische Fragestellungen fruchtbar zu machen. So diskutieren Christoph Görg und Werner Raza in ihren Beiträgen das Konzept der gesellschaftlichen Regulation der Naturverhältnisse.

Die Aufsätze geben also insgesamt einen guten Überblick über einige Entwicklungen, die der Regulationsansatz genommen hat. Sie enthüllen jedoch auch „blinde Flecken“ dieser Evolution wie auch ihrer Rezeption hierzulande. So heben auch die Herausgeber hervor, dass Aufsätze, die den Regulationsansatz aus geschlechter- und rassismuskritischer Perspektive überprüfen und auf seine Anwendbarkeit untersuchen würden, in diesem Sammelband fehlen. Weiters ist zu betonen, dass Analysen zum Wandel der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsprozesse in der Krise des Fordismus und den nach der Regulationstheorie entstehenden postfordistischen Entwicklungsmodellen im vorliegenden Band nicht zu finden sind. Auch Bernd Röttger, der auf die Verbetrieblichung der industriellen Beziehungen im Wandlungsprozess der Produktionsverhältnisse verweist, streift diese Ebene der Auseinandersetzung um einen neuen kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus bloß (29).

„Als zentrales Element der Identifizierung eines Bruchs mit der fordistischen Vergangenheit wird hier auf die Durchsetzung eines marktvermittelten, ‚abstrakten’ Kontrollmodus sowohl in der internen und übergreifenden Unternehmenssteuerung als auch in den sozialen Beziehungen verwiesen. ‚Ökonomisierung’ erscheint als Signatur einer neuen Entwicklungsepoche des Kapitalismus (...).“ (Röttger: 30) Aber gerade wenn der gesellschaftskritische Gehalt der Regulationstheorie diskutiert werden soll, wäre es wichtig, sich ihrer Wurzeln im so genannten strukturalen Marxismus zu besinnen, als dessen rebellische Nachkommenschaft sie sich ja einst bezeichneten. Obwohl etwa die staatstheoretischen Arbeiten Nicos Poulantzas (2002) für die regulationstheoretischen Auseinandersetzungen um den kapitalistischen Staat bei Bob Jessop oder Joachim Hirsch eine zentrale Rolle spielten, wurden wesentliche Impulse dieser Konzeption wenig diskutiert. Aus regulationistischer Perspektive wäre v.a. der von Poulantzas hergestellte Zusammenhang



zwischen den Formen kapitalistischer Arbeitsteilungen und Arbeitsprozesse und deren Veränderung sowie der Besonderung des kapitalistischen Staates und dessen permanenter Rekonstituierung aufzugreifen. Die sozialen Kämpfe in und um die Veränderung der Arbeit im Übergang zum Postfordismus könnten dann als zentrales Kampffeld in der Durchsetzung eines neuen Modus der Regulation diskutiert werden.

Annahmen der Regulationstheorie

Vor dem Hintergrund der angedeuteten Entwicklungen und Defizite ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich die Frage nach dem verbliebenen oder zu erneuernden gesellschaftskritischen Potenzial der Regulationstheorie durch einige Aufsätze des Sammelbandes zieht und sich daran auch einige Debatten auf der Konferenz entzündeten. Das ursprüngliche regulationistische Programm bestand darin, der Frage nachzugehen, wie die als fundamental widersprüchlich, instabil und krisenhaft aufgefasste kapitalistische Produktionsweise sich über längere Perioden von Prosperität stabilisieren und reproduzieren kann, wenn die allgemeinen Bedingungen dieser Reproduktion nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen selbst zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Begriff der Regulation(sweise) sollte erfassbar gemacht werden, wie sich der Kapitalismus bzw. ein historisch und geographisch spezifisches Regime der Akkumulation, trotz oder wegen seiner Widersprüche erhalten kann. In einer gewissermaßen kanonischen Fassung, die auch in den Beiträgen dieses Sammelbandes immer wieder ihr Echo findet, definierte Alain Lipietz (1985), ein zentraler Vertreter der so genannten „Pariser Schule“ der Regulation, eine Regulationsweise als „(...) Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus.“ (Lipietz 1985, 121) Mit dem Begriff der Regulation sollte daher sichtbar gemacht werden, dass politische und ideologische Dimensionen in der bürgerlichen Gesellschaft nicht ex post - gewissermaßen als Überbau - zu den nach ehernen Gesetzen ablaufenden Prozessen der Akkumulation hinzutreten. Vielmehr soll die gesellschaftliche Einbettung und Konstitution der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als fundamentale Bedingung für die erweiterte, historisch und geographisch spezifische Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise verstehbar gemacht werden. Der Staat und die ideologischen Prozesse in der Zivilgesellschaft aber auch die Reproduktion der Lohnabhängigen im Familienhaushalt sind im Regulationsansatz daher nicht als Epiphänomene der ökonomischen Basis zu verstehen. Vielmehr handelt es sich um relativ autonome, aufgrund ihrer Artikulation mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen jedoch widersprüchliche Kampffelder im gegliederten Ganzen der kapitalistischen Produktionsweise. In den sozialen Auseinandersetzungen in diesen gesellschaftlichen Felder, die auch auf die Modifikation kapitalistischer Akkumulation abzielen, und natürlich in den Kämpfen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen im engeren Sinne geht es darum, Kapitalismus als umfassendes Gesellschaftsmodell zu konstituieren, ihn also trotz oder wegen seiner sich im Reproduktionsprozess permanent aufs Neue entfaltenden und konstituierenden Widersprüche zu stabilisieren.

Für den Regulationsansatz ist eine Phase langanhaltender Prosperität dann möglich, wenn eine historisch spezifische Regulationsweise und ein Akkumulationsregime - so das zweite fundamentale Konzept des Ansatzes - korrespondieren, sodass stabile Entwicklungspfade kapitalistischer Gesellschaftsformationen möglich werden. Lipietz versteht unter einem Akkumulationsregime „ein(en) Modus systematischer Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (...) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauches (...) herstellt.“ (Lipietz 1985, 120).

Diese Konzeption bezieht sich auf historisch und geographisch spezifische Regularisierungen der ökonomischen Prozesse im engeren Sinne (auch wenn in der regulationistischen Debatte immer wieder Abgrenzungsprobleme zum Konzept der Regulation sichtbar wurden). Das Akkumulationsregime bezieht sich daher u.a. auf dominante Unternehmensformen, Managementstrategien, Arbeitsprozesse, Arbeitsteilungen und technologische Paradigmen sowie die jeweils produzierten Güter und Dienstleistungen und die Nachfrage danach.[3]

Im vorliegenden Zusammenhang ist nun wesentlich, dass eine Regulationsweise, eben nicht als Überbau aufgefasst wird, der ex post zum Akkumulationsregime hinzutritt, um die Imperative des Letzteren zu vollziehen. Vielmehr ist hervorzuheben, dass die Regulation selbst als Funktion und Bedingung der Akkumulation aufgefasst wird. Alex Demirovic und Bernd Röttger betonen im vorliegenden Band, dass genau darin eine der wesentlichen Erneuerungen bestand, die der Regulationsansatz in polit-ökonomischen und marxistischen Ansätzen zu leisten vermochte. Mehr noch, wird die

Regulationsweise als Moment der kapitalistischen Akkumulation verstanden, so bedeutet dies nach Bob Jessop, dass das Kapital als soziales Verhältnis nicht vor seiner Regulation „existiert", sondern es vielmehr erst durch diese „Form und Substanz" erhält (90).

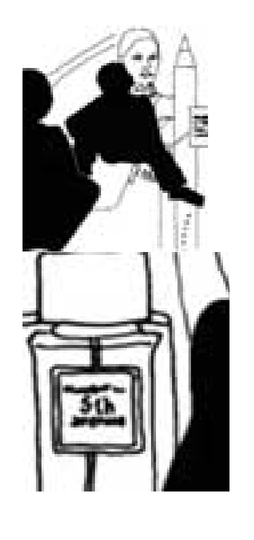
Akkumulation und Regulation bilden daher in jeder Phase des Kapitalismus eine widersprüchliche und stets prekäre Einheit, welche die konkrete Kritik historisch spezifischer kapitalistischer Gesellschaftsformationen entschlüsseln müsste, um die Möglichkeiten der sozialer Kämpfe bestimmen zu können. Ist die Korrespondenz zwischen Regulationsweise und Akkumulationsregime nicht mehr gegeben, tritt eine Krise der kapitalistischen Vergesellschaftung ein. Insofern diese nicht mehr in und durch die bestehenden regulatorischen Instanzen gelöst werden kann, kann von einer Krise der Regulation und damit eines historisch spezifischen Entwicklungsmodells des Kapitalismus gesprochen werden. In einer derartigen Krise treten zwar die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise mehr oder weniger offen zu tage, ihr Form und Verlauf wird jedoch auch durch die spezifischen Widersprüche des an seine Grenzen gelangten Entwicklungsmodells geprägt. Erst wenn es nach einer Periode sozialer Kämpfe, der konflikthaften Rekonfiguration der Klassen- und anderer gesellschaftlicher Verhältnisse zu einer umfassenden Adaptierung und Umgestaltung der Akkumulation wie auch der regulationistischen Instanzen gekommen ist und zwischen diesen Dimensionen kapitalistischer Gesellschaftsformationen wieder eine gewisse Kohärenz besteht, ist aus regulationistischer Perspektive mit einer neuen Phase der Prosperität und des kapitalistischen Aufschwungs zu rechnen.

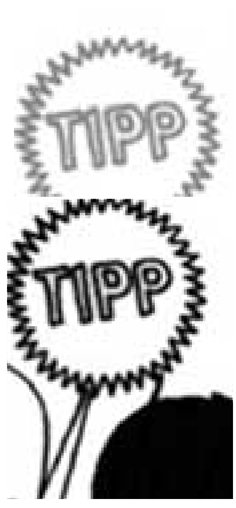
Der Fordismus und seine Krise

Die oben skizzierten Grundannahmen des Regulationsansatzes wurden in der Regel an der Phase des Fordismus und dessen Krise seit den 1970er Jahren untersucht. Da unbestimmt bleiben musste, was dieser Krise folgt, wurde der Begriff Postfordismus geprägt. Das fordistische Entwicklungsmodell beruhte v.a. auf tayloristisch organisierter Fließbandproduktion einerseits, und - korrespondierend dazu - Massenkonsumtion standardisierter Produkte andererseits.

Im regulatorischen Kompromiss des Fordismus konnte durch den relativen Ausgleich zwischen den Massenorganisationen des Kapitals und der ArbeiterInnenschaft (Sozialpartnerschaft, Korporatismus) der grundlegende Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital in einem die erweiterte Reproduktion des Kapitals stützenden Sinne produktiv gemacht werden. Wie Alex Demirovic argumentiert (46), wäre es aus regulationistischer Perspektive jedoch verkürzt, dies einfach als eine Stilllegung des Klassenkampfes oder Integration der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung in die herrschenden Verhältnisse zu verstehen. Vielmehr seien die sozialen Kämpfe selbst Teil der Reproduktion des Kapitals geworden. „Dies stellt sich der zumeist eher implizit in Anspruch genommenen Annahme entgegen, es gebe auf der einen Seite den Klassenkampf, der zumeist als politische Aktion vorgestellt wird, während die alltäglichen, häufig mikrosoziologischen Vorgänge durch das Wahrnehmungsraster hindurchfallen." (Demirovic: 46) Die Spezifik der fordistischen Regulationsweise ließ daher den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital selbst zu einer Funktion der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf permanent expandierendem Niveau werden, indem sie ihm eine gewisse Richtung zu geben vermochte.

Die Lohnabhängigen und ihre Organisationen hatten nach 1945 in den meisten Staaten die Herrschaft des Managements über die Arbeitsprozesse akzeptiert, was in eine umfassende Durchsetzung tayloristischer Produktionsmethoden, die auf der wissenschaftlichen Organisation, Zerlegung und Kontrolle der Arbeitsprozesse beruhen, mündete. Der politische Regulationsmodus sicherte die Akzeptanz dieser Arbeitsorganisation durch Massenkonsum, soziale Sicherheit und relativ stabile Beschäftigungsverhältnisse. Zentrale regulatorische Instanzen, welche diese Korrespondenz herstellten, sind daher im Wohlfahrtsstaat, der durch kollektive Sicherungssysteme individuelle Risiken ausgleichen sollte, und keynesianischer Nachfragepolitik, welche sich an Vollbeschäftigung und staatliche Intervention in die kapitalistische Ökonomie zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen







orientierte, zu sehen. Demirovic betont, dass Produktivitätssteigerungen (zumindest für einige Zeit) nicht gegen die Lohnabhängigen durchgesetzt werden mussten, sondern sich auf sie stützen konnten. Ja mehr noch, durch ihren Kampf für höhere Löhne, geringere Arbeitszeiten und besseren sozialen Schutz wurden die Märkte reorganisiert und die Einzelkapitalien gezwungen, durch die permanente Steigerung der Produktivität und die Einführung neuer Produkte - und weniger durch die Reduktion der Lohnkosten - (kurzfristige) Vorteile gegenüber Konkurrenten zu erlangen. Demirovic spielt hier zweifelsohne auf hegemoniale Elemente des „sozialdemokratischen Staates" an, wie sie etwa in Schweden, aber auch in anderen Staaten im Konzept der solidarischen Lohnpolitik und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates die Entwicklung bis in die 1970/80er Jahre bestimmten.

Das regulationistische Narrativ und seine Schwierigkeit, sich als gesellschaftskritischer Ansatz „Fit für den Postfordismus" zu präsentieren, sind jedoch nicht ohne das Gegenstück zur Analyse der fordistischen Prosperitätsphase zu verstehen. Die Krisenerscheinungen der 1970er Jahre und die sozialen Konflikte und Dynamiken dieser Zeit, die vom Regulationsansatz als Krise des Fordismus bezeichnet wurden, formen die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen des Ansatzes und seiner theoriepolitischen Interventionen. Anfang der 70er gerät der fordistische Kompromiss zunehmend unter Druck. Dies hängt eng mit den Ende der 60er Jahre entstehenden Protestbewegungen und den „Neuen Sozialen Bewegungen" (Feminismus, Ökologiebewegung), aber auch mit dem Aufflammen von ArbeiterInnenmilitanz in einer Reihe von Staaten zusammen.

Die Krise erfasste auch die den Fordismus tragenden Strukturen und Institutionen. Das fordistische Geflecht aus Parteien und Interessenverbänden, erwies sich als unfähig, „die neuen vom Fordismus selbst produzierten Interessen und Wertvorstellungen zu berücksichtigen und in Politik umzusetzen" (Hirsch, 1990). Diese Krisenerscheinungen können nicht einfach als Durchschlagen etwaiger objektiver Gesetze des Kapitalismus aufgefasst werden, sondern werden in ihrer Form durch den widersprüchlichen, die grundlegenden sozialen Konflikte nur kurzfristig regulierenden Charakter des fordistischen Entwicklungsmodells bestimmt. Zum einen kann festgestellt werden, dass der Regulationsmodus im keynesianischen Wohlfahrtsstaat auf einer zwar etatistischen, vom Anspruch her jedoch universalistischen Konzeption der Staatspolitik beruhte. Der fordistischen Ideologie lag das Versprechen zugrunde, dass innerhalb der nationalstaatlichen Regulation der Produktions- und Familienverhältnisse niemand von der Verteilung der Früchte des Fortschritts prinzipiell ausgeschlossen wird, was bis in die 1960er Jahre die Hoffnung auf eine friedliche und demokratische Entwicklung, in welcher in Übereinstimmung mit dem Fortschrittsglauben dieser Zeit Wohlstand für alle gesichert werden könnte, stützte. Daher sprechen RegulationistInnen vom reformerischen ja sozialdemokratischen Charakter aller - auch der bürgerlichen - Parteien dieser Zeit.

Doch die sozialen Kämpfe seit Ende der 60er Jahre zeigten, dass die Realität des Fordismus anders aussah. Im Zentrum der Regulationsweise stand der weiße Mittelschichtsmann (Arbeiteraristokratie), der die Früchte des Massenkonsums genießen konnte. Frauen, MigrantInnen, marginalisierte proletarische Schichten etc. blieben - unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Versprechens der Befreiung durch Konsum, welcher nur zu erreichen sei durch fleißige Arbeit - tendenziell ausgeschlossen. Sie waren als unbezahlte Arbeitskräfte im Familienhaushalt, in niedrig bezahlter Heimarbeit oder als NiedriglohnarbeiterInnen in der Produktion grundlegend für die fordistische Prosperität, wie etwa feministische Kritikerinnen der Regulationstheorie gegen die These vom Fordismus als „Goldenem Zeitalter" immer wieder hervorgehoben haben.

Die wohlfahrtsstaatliche Regulation des fordistischen Kapitalismus ist daher Ausdruck dafür, dass es vorübergehend gelungen war, die Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital in historisch spezifischer Form selbst zum Moment der Reproduktion des Kapitalismus zu machen. Die sozialen Auseinandersetzungen im Fordismus erhielten dadurch eine gewisse Richtung (soziale Sicherheit, mehr Konsum etc.), andere blieben unsichtbar und marginalisiert. Der sozialdemokratische Versuch, die „utopischen Versprechen" (Habermas) des Fordismus (Wohlstand, Gleichheit etc.) Anfang der 1970er in den existierenden Formen der Regulation einzulösen, scheiterte nicht zuletzt, weil dieser die fordistischen Strukturen nicht hinter sich lassen konnte. Die in dieser Zeit sich manifestierenden sozialen Kämpfe wollen nicht mehr vom Gleichen (Konsum, bürokratische Regulierung, Integration in Interessenverbände), sondern etwas anderes, was auf den Bruch mit der fordistischen Regulation abzielte (Kampf gegen die Arbeitsgesellschaft, sexuelle Befreiung, Experimentieren mit alternativen Lebensweisen).

Die Krise des Fordismus wird aber nicht nur für die Linke zum Inhalt ihrer Reformierung. Immer größere Teile der Bevölkerung sind nicht mehr gewillt, die Kosten des fordistischen Entwicklungs-

modells zu tragen, empfinden die fordistischen Formen der Regulation - z.B. durch bürokratische soziale Sicherungssysteme - als beengend, sind jedoch gleichzeitig einer emanzipativen Demokratisierung aller Verhältnisse abgeneigt. Ende der 1970er Anfang der 1980er Jahre kommt es in fast allen nördlichen Industriestaaten zu einem Rechtsruck unter neoliberalen und neokonservativen Vorzeichen (Thatcherismus, Reaganomics, die Wende). Das hegemoniale Projekt des Neoliberalismus verspricht durch die Befreiung des homo oeconomicus von den „Exzessen der Demokratie“ und den Anmaßungen der loony left die Krise zu lösen.

Von den sozialen Kämpfen zur gelingenden Regulation

Der Erfolg der Regulationstheorie ist eng mit den Kämpfen um die Durchsetzung der neoliberalen Hegemonie verbunden. Die begriffliche Struktur dieses Ansatzes ermöglichte es, in den 1980er und (zumindest) frühen 1990er Jahren die sozialen Kämpfe in der Krise des Fordismus, aber auch den Umbau des Kapitalismus unter neoliberalen und neokonservativen Vorzeichen, zu verstehen. Folgerichtig betonte Joachim Hirsch (1990) in seinen ersten Auseinandersetzungen mit der Regulationstheorie die zentrale Bedeutung der Neuen Sozialen Bewegungen. In den Arbeiten von Bob Jessop (2002) wiederum wurde der Neoliberalismus als hegemoniales Projekt erkennbar gemacht, das, obwohl aus den Widersprüchen des Fordismus entstanden, darauf abzielte, die widersprüchliche Einheit aus Regulationsweise und Akkumulationsweise des fordistischen Entwicklungsmodells zu zerschlagen. Mit dem Angriff auf den fordistischen Konsens sollte die Krise des Kapitalismus gelöst werden, die in den 70er Jahren nicht zuletzt durch widersprüchliche Entwicklungen, die vom Fordismus selbst ausgelöst worden waren, manifest geworden war.

Gerade weil in dieser Periode die sozialen Kämpfe der 70er Jahre, aber auch der Widerstand gegen den Neoliberalismus in vielen Staaten über das Ziel, eine neue Kohärenz zwischen Regulation und Akkumulation herzustellen, hinauswiesen, konnte der Regulationsansatz als Erneuerung der Gesellschaftskritik hier intervenieren. Die Durchsetzung einer historisch spezifischen Regulationsweise wurde im Regulationsansatz als Ergebnis sozialer Kämpfe aufgefasst, ihre konkrete Entwicklung sollte jedoch weder aus angenommenen oder tatsächlichen Imperativen des Akkumlationsregimes noch aus dem Verlauf der Klassenkämpfe abgeleitet werden.

Es ist jedoch ein Manko des Ansatzes, das auch im vorliegenden Band angesprochen wird, dass in der Regel eine Analyse der Durchsetzung einer Regulationsweise unterblieb und damit auch die Rolle der sozialen Kämpfe um ihre Konstitution (Röttger, 26). Gegenstand regulationistischer Arbeiten waren in der Regel die Ergebnisse sozialer Kämpfe in geronnener Form[4]. Die Durchsetzung eines bestimmten Modus der Regulation wurde mit dem Verlegenheitsbegriff der „glücklichen Fundsache“ (Lipietz) bezeichnet. Dazu kommt, dass der Regulationsbegriff eine grundlegende Ambivalenz aufweist, da er auf der einen Seite auf die fortgesetzte, stabile Reproduktion der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse verweist und damit als kritischer Begriff von Herrschaft gesehen werden müßte. Auf der anderen Seite jedoch wird eine Regulationsweise als eine historisch spezifische, auf einem Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital beruhende Einhegung des Kapitalverhältnisses aufgefasst, das einer ungehinderten Entfaltung der Marktkräfte und des Wertgesetzes entgegengestellt wird.

Obwohl auch letzteres ursprünglich auf die Bedeutung der sozialen Kämpfe und gewisse Erfolge der ArbeiterInnen- und anderer sozialer Bewegungen hinweisen sollte, wurde die Ambivalenz, wie etwa auch Joachim Becker in seinem Aufsatz betont, zugunsten einer „Stabilitätsoptik“ sukzessive aufgelöst. Viele RegulationistInnen stellen daher nicht mehr die Frage, wie soziale Kämpfe unter den sich wandelnden Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung zu einer Überwindung des Kapitalismus beitragen können, sondern richten ihren Blick auf die Bedingungen „gelingender Regulation“. Damit aber ist, so Bernd Röttger, Regulationstheorie zu einer Variante des „besseren Regierens“ geworden, zu einer regulationstheoretischen Fassung der Losung „Anpassung oder Untergehen“ (21).

Viele regulationistische Analysen reproduzieren daher heute mit veränderten Begrifflichkeiten die Gegenüberstellung von (freiem) Markt und (inter-





venierendem) Staat, der die klassische sozialdemokratische Theoriebildung fordistischer Provenienz antrieb, anstatt den wechselseitig konstitutiven Zusammenhang von Akkumulationsregime und Regulationsweise zum Ausgangspunkt einer kritischen Analyse der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften im Postfordismus zu nehmen. Diese einseitige Auflösung der Ambivalenz des Regulationsbegriffs zeigt daher, warum die dem vorliegenden Band zugrunde gelegte Frage, ob der Regulationsansatz „Fit für den Postfordismus" sei, berechtigt ist. Unter den Bedingungen weltweiter Märkte, des Bedeutungswandels der Nationalstaaten in der Globalisierung und der Entstehung eines so genannten finanzgetriebenen Akkumulationsmodells, das nicht zuletzt auf der Kommodifizierung der sozialen Sicherungssysteme durch die Umstellung ihrer Finanzierung auf Kapitaldeckungsverfahren[5] beruht, stellt sich jedoch die Frage, inwieweit der Regulationsansatz seinen gesellschaftskritischen Gehalt erhalten kann.

Pensionsfondssozialismus statt Klassenkampf?

Neuere regulationistische Analysen der postfordistischen Veränderungen des Kapitalismus spielen daher auch im vorliegenden Band eine zentrale Rolle. Die politischen Schlussfolgerungen, die RegulationistInnen aus der Entstehung eines finanzgetriebenen Akkumulationsmodells ziehen, fasst Joachim Becker folgendermaßen zusammen: „Hier plädieren Aglietta, Boyer und - etwas überraschend - auch Lipietz in unterschiedlichen Variationen für kapitalisiertes Versicherungsvermögen in ArbeitnehmerInnenhand. So könnte die Kapitalisierung der Sozialversicherung sozial gestaltet und ArbeitnehmerInnen Einfluss auf Fondsverwaltung und damit indirekt auf Unternehmenspolitik gegeben werden (...)." (Becker, 66)

Auch wenn diese Überlegungen selbst innerhalb des Regulationsansatzes nicht unumstritten sind (ebda.), zeigt es doch, dass dem hegemonialen Diskurs des Neoliberalismus nunmehr die Vorstellung einer Kontrolle und Einhegung der (globalisierten) Märkte und Kapitalströme durch neue Formen der Regulation entgegengestellt wird. Wie Vanessa Redak in ihrem Beitrag kritisch hervorhebt, werden diese als Projekt für eine neue europäische Linke präsentiert und zielen auf eine politische Organisierung der Vermögensbesitzer, zu denen in der Kapitalisierung der Pensionssicherungssysteme große Teile der Lohnabhängigen gemacht werden. „Konkret soll das bedeuten, dass Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer Aktionärsstellung zu Miteigentümer des Kapitals geworden sind, aktiv und vor allem kollektiv die Kontrolle über Rentenfonds (als häufigste Anlageform) übernehmen sollen, um so den Ausgleich zwischen den Interessen der Anleger und denen der Arbeitnehmer zu bestimmen." (Redak: 78)Zwar erinnert dieser Vorschlag der Altvorderen des Regulationsansatzes an Sozialisierungspläne in der reformistischen Hochphase des Fordismus, wie sie etwa in den 70er Jahren in Schweden im so genannten „Meidner-Plan", der auf eine Sozialisierung der Profite und damit der Investitionsfunktion des Kapitals abzielte, formuliert wurden. Vanessa Redak weist daher zu Recht darauf hin, dass diese Debatten um eine Demokratisierung des Aktienbesitzes nicht neu sind, aber nicht zuletzt aufgrund der Zerstreuung und Individualisierung der Vermögensbesitzer Zweifel an ihrer demokratischen Organisationsfähigkeit mehr als angebracht erscheinen.

Diese Vorschläge machen außerdem wieder ein zentrales Manko des Regulationsansatzes deutlich, nämlich die Vernachlässigung einer Analyse der sich verändernden Arbeits- und Produktionsverhältnisse und der damit verbundenen Rekonfiguration der gesellschaftlichen Klassen. Der Pensionsfondskapitalismus (siehe Fußnote 6) und die Ausdehnung des Vermögensbesitzes im finanzgetriebenen Akkumulationsregime schaffen neue Polarisierungen zwischen Lohnabhängigen, die aufgrund gesicherter Beschäftigungsverhältnisse sich z.B. diese Formen der Alterssicherung leisten können, und solchen, die aufgrund zunehmend prekärer und atypischer Arbeitsverhältnisse oder aufgrund rassistischer und geschlechtsspezifischer Ausschließungen dies nicht können.

Denkt man die Zweifel am gesellschaftskritischen und emanzipativen Gehalt des Regulationsansatzes, die im vorliegenden Band geäußert werden, zu Ende, so wird offensichtlich, dass dieser ohne den historische Kontext seiner Entstehung, für den die vorliegende Begrifflichkeit einen Interpretationsrahmen abgeben sollten, nicht zu verstehen ist. Der Regulationsansatz konnte die Konjunktur der sozialen Kämpfe in der Krise des Fordismus verstehen helfen. Unter den veränderten Bedingungen einer nachhaltigen neoliberalen Hegemonie, die nach der Zerschlagung der fordistischen Einheit von Regulation und Akkumulation auf einen grundlegenden Umbau der Arbeits- und Produktionsverhältnisse und ihrer regulatorischen wie staatlichen Einbettung abzielt, droht die regulationistische Begrifflichkeit tatsächlich ihren erkenntnisleitenden und kritischen Gehalt zu verlieren. Durch die einseitige Auflösung der Ambivalenz des Regulationsbegriffes zugunsten einer Stabilitätsoptik entsteht eine rückwärts gewandte Nostalgie der „Goldenen Ära" des Fordismus, in der Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Mitbestimmung für einen gedeihlichen Fortgang der Entwicklung gesorgt haben. Nur wenn es gelingt, die Veränderungen der Arbeits- und Re-/Produk-

tionsverhältnisse an ein praktisches Konzept der sozialen Kämpfe rückzubinden, kann der ursprüngliche kritische Impuls der Regulationstheorie wieder aufgenommen und für eine kritische Gesellschaftstheorie, die fit für den Postfordismus wäre, nutzbar gemacht werden. Das vorliegende Buch von Werner Raza und Ulrich Brand bietet zweifelsohne vielfältige Anregungen dazu.

e-mail: rolandatzmuller@hotmail.com

Anmerkungen:

1 Falls nicht anders angegeben, alle Zitate und Seitenangaben aus: Brand, Ulrich/Raza, Werner: (2003) Fit für den Postfordismus - Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster

2 Strenggenommen sprach Lipietz von rebellischen Söhnen und damit unbewusst (?) eine Wahrheit bezüglich der Geschlechterblindheit des Ansatzes aus.

3 Das Geldverhältnis, die jeweils vorherrschende Wettbewerbsform, aber auch die Einbettung nationaler Wirtschaftsräume in den kapitalistischen Weltmarkt, wie auch der Staat und das Lohnverhältnis werden im klassischen Regulationsansatz zu den strukturellen Formen der Regulation gerechnet.

4 Antonio Negri versucht in seinem Aufsatz zur „Interpretation of the Class Situation Today" (1992) die an der Regulationstheorie angelehnte Periodisierung des Kapitalismus konsequent kampftheoretisch zu interpretieren. Kapitalistische Phasen und ihre Krise werden daher als Kampfzyklen gelesen.

5 In den meisten kontinentaleuropäischen Wohlfahrtssystemen werden soziale Transfers, wie etwa Pensionen bislang noch hauptsächlich unmittelbar aus den (indirekten/sozialisierten) Löhnen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen finanziert (Umlageverfahren). Durch die Umstellung auf Kapitaldeckung sollen diese Ressourcen von den Lohnabhängigen individuell auf dem Kapitalmarkt (Pensionsfonds) investiert werden. Pensionsleistungen sollen daher später aus individuellen Vorsorgeleistungen finanziert und nicht mehr an die Löhne, sondern an die Profitabilität der den individuellen Fonds zugrundeliegenden Aktienpakete gekoppelt sein. Dass diese individuelle Vorsorge Illusion ist, da zukünftige PensionistInnen ihre Fonds stets nur zu den jeweils gegebenen ökonomischen Werten realisieren können, ist eine Sache. Eine andere ist, dass die Reproduktion der Lohnabhängigen (halbwegs menschenwürdiges Überleben im Alter), die fundamental den Lohnkämpfen zugrundeliegt, an die Profitabilität kapitalistischer Akkumulation gebunden wird. Damit werden potenziell wesentliche Dimensionen des Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital in die Lohnabhängigen selbst verpflanzt. Diese sollen gezwungen werden, Löhne nicht als Nachfrage- sondern als Kostenfaktor im Wirtschaftsprozess zu betrachten. Real wird dies zu massiven Polarisierungen auf den Arbeitsmärkten führen, zwischen denen, die sich eine derartige Vorsorge leisten können und daher Interesse an der Profitabilität der Unternehmen haben sollen und jenen, die das nicht können, da sie in prekären, niedrig entlohnten oder gar informalisierten Arbeitsverhältnissen zu überleben gezwungen sind.

Literatur:

Hirsch, Joachim (1990): Kapitalismus ohne Alternative, Hamburg.

Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State, Polity Press, Cambridge.

Lipietz, Alain (1992): Vom Althusserismus zur ‚Theorie der Regulation', in: Demirovic, Alex; Krebs, Hans-Peter; Sablowski, Thomas (Hg.) Hegemonie und Staat - Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Münster, 9-54.

Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodologische Anmerkungen zum Begriff der Regulation, in: PROKLA 58: 109-137.

Negri, Antonio (1992): Interpretation of the Class Situation today, in: Bonefeld, Werner; Gunn, Richard; Psychopedis, Kosmas (Hg.): Open Marxism. Volume II. Theory and Practice, London - Boulder, 69-105.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie - Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Mit einer Einleitung von Alex Demirovic, Joachim Hirsch und Bob Jessop, Hamburg.

Röttger, Bernd (2001): New Economy - Old Theory. Die Regulationstheorie am Ende der Fahnenstange? in: iz3w - Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Nr. 254, download von Sozialistische Positionen (April 2004) www.sopos.org/aufsaetze/3b61aaae86a58/1.phtml



Jacques Derrida: Marx & Sons,
Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004, 144 Seiten, 9,80 Euro

Gemeinsam mit der Neuauflage des ursprünglich 1993 erschienenen Marx´ Gespenster veröffentlichte der Suhrkamp Verlag das schmale Bändchen *Marx & Sons,* welches die Antworten des französischen Starphilosophen auf seine KritikerInnen enthält, die im Jahre 1999 an dem Gemeinschaftswerk *Ghostly Demarcations* beteiligt waren. Dieser Band enthält im englischen Original auch bereits die nunmehr ins Deutsche übersetzten Antworten Derridas. Dieser zieht, durchaus ungewohnt, aber inhaltlich nicht unbegründet, eine beinahe orthodox-marxistisch anmutende Demarkationslinie zwischen jenen, die er beschimpft und jenen, mit denen er sich ernsthaft auseinandersetzt. Doch der Schock sitzt tief, und so ist das ganze Buch von einem grantelndem Unterton durchzogen. Jacques Derrida als *angry old man.* Lediglich Toni - „sicher ein besserer Marxist als ich“ - Negri vermag ihm ein Lächeln abzuringen. Aber alles der Reihe nach:

Derrida kündigt zu Beginn des Buches an, auf fast alle KritikerInnen einzugehen. Dieses Versprechen löst er zwar ein, jedoch in einer seltsam gewichteten Art und Weise - auf den lediglich rund 100 Seiten wird nämlich leider ein Großteil polemischen Spitzen gegen vermeintlich und tatsächlich vulgärmarxistische Positionen eingeräumt, während die inhaltlich spannenderen Auseinandersetzungen lediglich einen Bruchteil an Raum finden. So wird, obwohl auch die überaus grantig-polemischen Auseinandersetzungen mit Gayatri Spivak, Aijaz Ahmad, Terry Eagleton oder Tom Lewis ab und an interessante theoretische Implikationen beinhalten, im Großen und Ganzen lediglich auf den letzten 20 Seiten philosophisch argumentiert. Diese 20 Seiten sind dann auch das Beste an dem schmalen Bändchen, beinhalten sie doch eine Konkretisierung zentraler Begrifflichkeiten der Derridaschen Marxinterpretation bzw. -dekonstruktion. Die Frage nach dem Gehalt des „Messianischen“ und die daran anknüpfende - und vor allem mit Toni Negri geführte - Diskussion um Nutzen und Nachteil der Ontologie bieten tatsächlich Anknüpfungspunkte für die höchst notwendige kritische Behandlung des „Marxschen Erbes“.

Wer sich die Mühe macht, die Kritiken der von Derrida so massiv attackierten DiskutantInnen zu lesen, versteht auch die barsche Zurückweisung der oftmals tatsächlich mehr als antiquiert anmutenden Anwürfe, die da lauten: Derrida wolle „die Dekonstruktion“ mit „dem Marxismus“ „wiederversöhnen“ (Ahmad), „Derridas Internationale behauptet weiterhin die Wünschbarkeit von Bündnissen über Klassen hinweg (Arbeitgeber zusammen mit Arbeitern); ihr Aufruf zur Mitgliedschaft wendet sich vor allem an Intellektuelle - vorzugsweise an andere Dekonstruktivisten“ (Lewis), oder ein aus dem Zusammenhang gerissenes und Derrida in den Mund gelegtes „Wir werden keine Repolitisierung anstreben“ (Spivak).

Die ernsthafte Auseinandersetzung mit den ernsthaften Kritikern kreist dann um die oben bereits angesprochenen Aspekte (Messianismus, Ontologie), streift kurz die Fragen nach Ideologietheorie, Klassen und Ausbeutung. Thematiken wie jene der „Spektralität“, die in Marx´ Gespenster noch das theoretische - mit Verlaub - Zentrum der Argumentation bildeten, oder die Frage nach dem Stellenwert der Gespenster-Metaphorik, vor allem in Bezug auf Shakespeares Hamlet, werden lediglich in Nebensätzen behandelt. Antonio Negri hatte in seinem in Ghostly Demarcations erschienenen Text „The Specter´s Smile“ vor allem zwei Punkte kritisiert: Einerseits das Nicht-Vorhandensein eines Ausbeutungsbegriffes bei Derrida und andererseits:

„Wenn das Gesetz des Wertes selbst aus den Angeln ist, wenn sogar die Zeit nicht mehr das Wertmaß und der Gebrauchswert nicht mehr die wirkliche Bezugsgröße der Arbeit sind, warum soll dann trotzdem die Dekonstruktion die Kritik zeitweilig unterbrechen und sich in Trauerarbeit versenken“ (S. 132), so die Zusammenfassung des Kritikpunktes von Negri in einer erläuternden Fußnote, „Trauerarbeit“ ist in *Marx´ Gespenster* notwendige Vorbedingung, um „untreu aus Treue“ (S. 25, Herv.i.O.) das Marxsche Erbe anzutreten. Die Arbeit Derridas durchaus schätzend, beharrt Negri jedoch auf der Notwendigkeit einer „post-dekonstruktiven Ontologie“, welche ein den veränderten Bedingungen angemessenes „Vom-Klassenkampf-aus-Denken“ ermöglichen soll.

An dieser Stelle hakt Derrida ein, um die Differenz zwischen diesem laut Negri ontologischen „Geist des Kommunismus“ und seinem eigenen Prinzip, des „Messianische[n] ohne Messianismus[, das] wie die Gerechtigkeit nicht dekonstruiert werden kann [...] weil die Bewegung jeder Dekonstruktion es selbst voraussetzt“ (S. 86), auszuweisen. Diese „universale und gleichsam transzendentale Struktur“ (S. 88) ist jedoch von der von Negri geforderten und bei Derrida vermissten Ontologie kaum mehr zu unterscheiden, obwohl

Derrida selbst auf dieser Differenz besteht (und bestehen muss - Ontologie, wo kämen wir denn da hin?). So dekonstruiert in einem letzten Kraftakt sich Derrida schließlich den Boden unter den Füßen weg (nämlich beim Versuch, die sinngemäße Frage „Warum braucht es eigentlich den Begriff des Messianischen, wenn dieses doch qua Ausschluss jeglichen Messianismus nur als leere Hülle bestehen bleibt?“ zu beantworten) und landet, sich dies auch durchaus eingestehend, bei der Notwendigkeit einer Ideologietheorie. Das jedoch würde wohl oder übel eine Auseinandersetzung mit dem Werk von Louis Althusser erfordern. Diese Erblast jedoch ist Derrida schließlich doch zu viel und er empfiehlt sich, immerhin mit einem Lächeln, nicht mehr ganz so grantig.

pyrx

Alex Haley (Hg.)
Malcolm X. Die Autobiographie
Bremen: Atlantik 2003, 514 Seiten, 19,80 Euro

Malcolm X Autobiographie ist ein höchst unzeitgemäßes Buch. Die Leser werden in eine vergangene und fremde Zeit und politische Kultur zurükkgeführt: In die USA der 40er, 50er und 60er Jahre, in die Welt der schwarzen Gettos, die Welt der schwarzen Prediger und MenschenrechtsaktivistInnen, in die Welt der Vor-68er-Bewegungen. Das Leben Malcolms ist von Beginn an durch den Rassenhaß der Weißen geprägt. Sein Vater wird von weißen Rassisten ermordet, seine Mutter von mehr oder auch weniger wohlwollenden SozialarbeiterInnen letztlich in eine Nervenheilanstalt eingewiesen, seine zahlreichen Geschwister auf die verschiedensten Heime aufgeteilt, so sie nicht alt genug waren, ihre eigenen Wege zu gehen. Malcolms Platz in der Gesellschaft schien fix vorgezeichnet: ganz unten, bei den miesesten und schlechtbezahltesten Jobs. Eine Kränkung hat den späteren Sprecher der militanten Schwarzen besonders geprägt: Auf seine Überlegung hin, er könnte doch Rechtsanwalt werden, hatte sein Lehrer und Erzieher nur höhnisch geantwortet, er könne bestenfalls das Tischlerhandwerk erlernen, mehr sei für einen *Nigger* nicht möglich.

Zu seinem rasch wachsenden Haß auf die Weißen kam eine gewisse Verachtung für jene Schwarzen hinzu, die die Weißen nachahmen, ja sich ihren anzupassen versuchen. Ausdruck dafür war etwa der Brauch, die krausen Haare mittels heißer Lauge zu glätten. Obwohl Malcolm anfangs mitmacht, wendet er sich doch bald davon ab. Für Bildung und Reflexion hat der junge Malcolm jedoch keine Zeit, im New York der 40er Jahre gilt es in erster Linie zu Überleben und alles daran zu setzen, nicht in die Armee eingezogen zu werden. Malcolm wird rasch einer der vielen Kleinkriminellen, die von Drogenhandel, Einbrüchen und Handlangerdiensten für die großen Bosse leben und überleben. Und so landet Malcolm, wie viele andere junge schwarze Männer seiner Generation auch, im Gefängnis.

Dort beginnt Malcolm zu lesen und immer begieriger studiert er die Werke der Gefängnisbibliothek. Die für sein späteres Leben entscheidende Begegnung war jedoch der Kontakt mit Elijah Muhammad, der Führer der *Nation of Islam*, der offenbar geduldig jeden Brief und jede Postkarte von Malcolm beantwortete, die ihm dieser aus dem Gefängnis schrieb. Daß unter den Schwarzen Amerikas der Islam verbreitet war, war an sich kein Zufall, denn nicht wenige der aus Afrika verschleppten und geraubten schwarzen Sklaven waren moslemischen Glaubens. Vor allem in Chicago existierten bereits im 19. Jahrhundert kleine schwarze muslimische Gemeinden. Die von Elijah Muhammad geführte *Nation of Islam* stelle ein höchst widersprüchliches und schwer zu fassendes Gebilde dar. Organisation, Auftreten und interne Strukturen entsprachen weitgehend einer Sekte Ihr Glauben beruhte auf paranoiden Konstruktionen, angeblich wurde die weiße Rasse vor 6000 Jahren auf griechischen Inseln künstlich gezüchtet und das alles soll in der Bibel und im Koran zu lesen sein. Um Muhammad wurde ein bedingungsloser Führerkult veranstaltet, sein Wort galt als heilig und unumstößlich, ebenso wie seine Person selbst. Später sollte es eines der größten Traumata Malcolms darstellen, als er erfahren mußte, daß dieser heilige Mann seine Sekretärinnen geschwängert hatte, obwohl er selbst strikte Monogamie predigte. Dennoch stellte Malcolms Bekenntnis zur *Nation of Islam* den ersten und somit entscheidenden Schritt seiner persönlichen Emanzipation dar. Die Lehren Muhammads - so erschien es Malcolm zumindest - ermöglichten ihn zu begreifen und auszusprechen, was die Weißen den Schwarzen angetan hatten. Daher änderte er auch seinen Namen auf Malcolm X, das X stand für die verlore-



ne und verschütt´ gegangene Identität: „*Euer Sklavenhalter hat euch hierher verschleppt und eure gesamte Vergangenheit ausgelöscht. Heute kennt ihr nicht einmal mehr eure ursprüngliche Sprache. Von welchem Stamm seid ihr? Selbst wenn ihr den Namen eures Stammes hörtet. Ihr würdet ihn nicht erkennen. Ihr weißt nichts über eure eigentliche Kultur. Ihr kennt nicht einmal den wirklichen Namen eurer Familien. Ihr tragt den Namen eines Weißen! Den Namen des weißen Sklavenhalters, der euch haßt.*“ (276) Aus dem Gefängnis entlassen wurde Malcolm X rasch zum wichtigsten Prediger und Propagandisten der *Nation of Islam*. Aus den zahlreichen Redepassagen, im Buch zitiert, wird klar, daß Malcolm X eine doppelte, ineinander verwobene Botschaft verbreitete. Einerseits die krausen und reaktionären Ideen der *Nation of Islam*, voll frauenfeindlicher und antisemitischer Elemente. Die Weißen, so schien es Malcolm X zumindest ein Zeit lang, waren tatsächlich und buchstäblich Teufel, die Lösung konnte nur in völliger Separation von ihnen bestehen. Andererseits sprach Malcolm die Sprache des Widerstandes, der Rebellion, ungeschminkt und direkt. Im Gegensatz zu den Anhängern von Martin Luther King, der die schwarze Mittelschicht vertat, sprach Malcolm X die ärmste Schicht unter den Schwarzen an, jenes Milieu, aus dem er selbst kam.

Nicht zuletzt aus diesem Grund, und nicht nur wegen der skurrilen und in nicht wenigen Bereichen auch reaktionären Lehren der *Nation of Islam*, stieg auch die Zahl der Mitglieder rasant an. Wie sehr Befreiung mit Unterdrückung, Widerstand mit Unterwerfung in der wirklichen Welt verbunden und verwoben sind, zeigt die Biographie Malcolms mit aller Macht und Deutlichkeit. Es wäre ein leichtes, Malcolm und seine Botschaften schlicht als reaktionär darzustellen, an Zitaten würde es nicht mangeln. Aber wäre damit die ganze Geschichte erzählt, die volle Wahrheit getroffen? Kann das Moment des Widerstandes gegen Knechtung, Entwürdigung, Verfolgung, Ermordung, Demütigung und schlichter Benachteiligung, denen AfroamerikanerInnen seit ihrer Verschleppung als Sklaven vor 400 Jahren ausgesetzt waren und sind, einfach ignoriert werden? Befreiung und Emanzipation sind nur als Bewegung, als Prozeß denkbar. Und so war es auch bei Malcolm X. Er kam nach und nach in Konflikt mit dem eigentlichen Führer der Black Muslims, Elijah Muhammad. Nicht nur, daß dieser Malcolm seinen sichtlichen Erfolg und seine Popularität neidig war, auch trat das religiöse Moment bei den Agitationen von Malcolm X immer mehr zurück und das politische gewann die Oberhand. Den endgültigen Bruch vollzog Malcolm X während seiner Pilgerfahrt nach Mekka. Angesichts der vielen muslimischen Gläubigen verschiedenster Hautfarben, um die Kaaba versammelt, revidierte Malcolm seinen Haß auf die Weißen. Nicht jeder Weiße war ein Teufel, nicht jeder für die Sache der Emanzipation der Schwarzen verloren. „*Meine Reise nach Mekka hat mir die Augen geöffnet. Ich habe mich vom Rassismus abgekehrt. Ich habe meine Haltung neu überdacht und bin davon überzeugt, daß Weiße auch Menschen sind ... solange sie den Schwarzen ebenfalls als Menschen begegnen.*“ (443) Mit dieser Haltung, mit der Malcolm in die USA zurückkehrte, war der Bruch mit der *Nation of Islam* nicht mehr zu kitten. Die Führung um Muhammad reagierte so, wie Sekten oft auf Abtrünnige reagieren: Malcolm, der Verräter, wurde zuerst verbal, denn physisch attackiert. Die Schüsse, mit denen am 21. Februar 1964 Malcolm X ermordetet wurde, wurden aller Wahrscheinlichkeit nach von Anhängern Elijah Muhammads abgegeben.

Malcolms Autobiographie, die eigentlich eine Biographie ist, da sie von Alex Haley geschrieben wurde, ist nicht nur ein faszinierendes Zeitdokument.

Es ist auch eine Herausforderung, den Prozeß der Revolte in all seiner Widersprüchlichkeit zu begreifen.

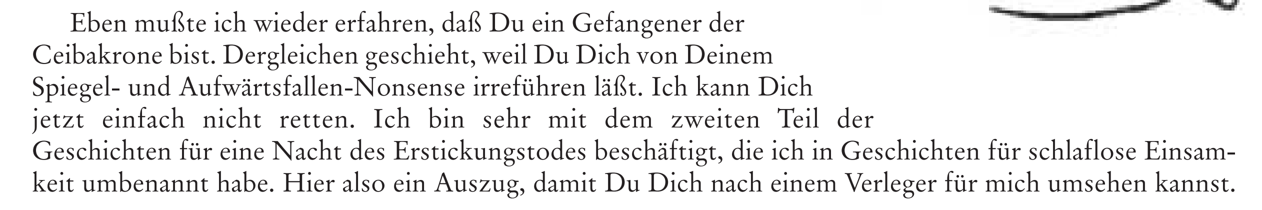
Karl Reitter

Subcomandante Insurgente Marcos
Zwei Fabeln von Don Durito[1]

Die Liebe und der Kalender (18. September 1996)

Auf einem Wolkenhäubchen trieb eine Flasche und verfing sich in den Zweigen einer Ceiba. Behutsam näherte ich mich - ein Fall aus diesen Höhen würde einen ähnlichen Aufschrei wie die Wirtschaftskrise von 1988 verursachen - und packte sie. Sie enthielt, wir Ihr Euch vorstellen könnt, eine Botschaft. Ich nahm diese heraus und fand den folgenden Brief Duritos:

Mein lieber, dekadenter Cyrano!



Eben mußte ich wieder erfahren, daß Du ein Gefangener der Ceibakrone bist. Dergleichen geschieht, weil Du Dich von Deinem Spiegel- und Aufwärtsfallen-Nonsense irreführen läßt. Ich kann Dich jetzt einfach nicht retten. Ich bin sehr mit dem zweiten Teil der Geschichten für eine Nacht des Erstickungstodes beschäftigt, die ich in Geschichten für schlaflose Einsamkeit umbenannt habe. Hier also ein Auszug, damit Du Dich nach einem Verleger für mich umsehen kannst.

Die Liebe und der Kalender

Es war einmal ein Mann, der kam zu allem zu spät. Und das nicht, weil er faul oder langsam, oder weil seine Uhr nachgegangen, oder weil es eine schlechte Angewohnheit gewesen wäre. Dies geschah, weil der Mann in einer anderen Zeit lebte. Das stimmt zwar nicht ganz, aber annähernd. Stand am Kalender September, wachte er an einem Aprilmorgen auf. Daher fiel sein Frühling nie mit dessen Unwahrscheinlichkeit zusammen. Andererseits gehorchte der Tod den Zeitläuften und teilte ringsum Abwesenheit für immer aus, jedesmal die gezählten Tage und Nächte eines Menschen vorüber waren. Aber weil dieser Mann nie rechtzeitig war, versäumte er unentwegt seine Todesstunde - und fand sie nicht, weil der Tod dem Kalender folgte. Der Tod wußte nur, daß er im Zustand des Aufschubs lebte, daß dieser Mann, der längst tot sein sollte, wegen seiner chronischen Verspätung immer noch lebte. Dieser Mann wurde des Lebens und Gehens, die ein und dasselbe sind, überdrüssig und begann, um sterben zu können, den Tod zu suchen. Und so gingen Zeit und Unzeit aneinander vorbei, der Tod erwartete die Ankunft des Mannes, um ihn mitnehmen zu können, und der Mann erwartete die Ankunft des Todes, um sterben zu können. Es gibt keinen Tag im Kalender, an dem diese beiden Zeiten einander finden könnten.

Tam-tam

Was meinst Du? Schon gut, spare das Lob für später. Gut, ich verschwinde. Ich schreibe Dir später, mein dekadenter, großnasiger Schildknappe.

Don Durito aus Lakandonien

P.S. Vergiß nicht, die Pinne festzuhalten. Man sagt, ungeheure Stürme seien im Anmarsch.

Hier endet Duritos Brief. Kein Kommentar.

Noch eine Wolke, noch eine Flasche und noch ein Brief von Durito (30. September 1996)

Mein geliebter, verfolgter und bedrohter Cyrano!

Ich habe Dir mitzuteilen, daß Deine Zeit ausläuft. Diese Ceiba ist eine vortreffliche Zielscheibe für Mörser, Granatwerfer, Kanonen und Maschinengewehre - von Satelliten ganz zu schweigen. Am Ende dieses Briefes wirst Du ein unfehlbares Rezept zum Abstieg aus der Ceiba finden. Befolgst Du es Wort für Wort, wirst Du schnell runterkommen.

In der Annahme, daß Du nicht mehr lange da oben verweilen wirst, und daß du kein, sagen wir, attraktiver Kunde für Lebensversicherungen bist, schlage ich vor, daß Du Dich um die nötigen Verbindungen in Sachen Veröffentlichung meines neuen Buches bemühst, Geschichten für schlaflose Einsamkeit. Da die Zeit knapp wird, schicke ich Dir hier und jetzt einen weiteren Auszug aus einem besonderen Teil namens Geschichten, um schwanger zu werden. Das spricht absolut für sich; Du mußt nur lesen. Also:

Die Geschichte von den Magischen Schokohasen (Neoliberalismus, Hasenlibido und Kinder)

(Duritos Hommage an die Western von - erinnert Ihr Euch an The Good, the Bad, and the Ugly?)

Es waren einmal drei Kinder. Eines war gut, das andere schlecht und das dritte El Sup. Aus verschiedenen Richtungen kamen sie an ein Haus und traten ein. Im Inneren befand sich nur ein Tisch. Am Tisch standen Plastikbehälter, wie sie für Eis und Cremes verwendet werden, für jedes Kind einer. In jedem dieser weißen Plastikbehälter (man beachte: ohne Markenname oder Logo) befanden sich zwei Schokohasen und ein Zettel. Darauf stand:

Gebrauchsanweisung für Zwei Schokohasen

Nach 24 Stunden wird sich dieses Schokohasenpaar reproduzieren und ein neues Hasenpaar erzeugen. Von da an werden sich die Schokohasenpaare in diesem weißen Plastikbehälter alle 24 Stunden in neue Paare vervielfachen. So wird der/die Besitzer/in dieses magischen Plastikbehälters immer Schokohasen zu essen haben. Die einzige Bedingung: Es muß sich immer zumindest ein Schokohasenpaar in diesem Plastikbehälter, wie er für Eis und Cremes verwendet wird, befinden.

Jedes Kind nahm seinen weißen Plastikbehälter.

Das schlechte Kind konnte keine 24 Stunden warten und verzehrte seine zwei Schokohasen. Es genoß den Augenblick, hatte aber keine Schokohasen mehr. Nun ist nichts davon übrig, aber ihm bleibt die verklärte Erinnerung an die Schokohasen.Das gute Kind wartete 24 Stunden zu und wurde mit vier Schokohasen belohnt. 24 Stunden später hatte es schon acht Schokohasen. Die Monate zogen ins Land, und das gute Kind eröffnete eine Kette von Schokohasenkaufhäusern. Ein Jahr später hatte es Filialen im ganzen Land. Es wurde von fremdem Kapital unterstützt und begann zu exportieren. Schließlich wurde es zum „Mann des Jahres" gekürt und unbeschreiblich reich und mächtig. Schließlich verkaufte es fremden Investoren seine Anteile an der Schokohasenindustrie und wurde in den Aufsichtsrat der Firma gewählt. Um die Profite nicht zu gefährden, kostete es niemals auch nur einen Schokohasen. Nun besitzt es weder den magischen weißen Plastikbehälter, noch hat es eine Ahnung vom Geschmack der Schokohasen.

Das Kind El Sup gab - anstelle der Hasen - Haselnußeis in die weißen Plastikbehälter, wie sie für Eis und Cremes verwendet werden. Die gesamte Voraussetzung der Geschichte verändernd - er verschloß einen halben Liter Walnußeis unter dem Deckel -, verdarb es die Moral der Geschichte von den Schokohasen, woraus folgt, daß alle endgültigen Optionen eine Falle sind.

Neo-Moral: Haselnußeis kann dem Neoliberalismus schaden.

Verständnisfragen:

1) Welches der Kinder wird Staatspräsident?
2) Welches der Kinder wird einer Oppositionspartei angehören?
3) Welches der Kinder sollte für die Übertretung des Gesetzes für Dialog, Versöhnung und Frieden in Würde in Chiapas getötet werden?
4) Für Frauen: Würden Sie eines dieser drei Kinder zur Welt bringen wollen?

Antworten an Huapac Blatt Nummer 69, Kopien ans Innenministerium und an die Cocopa[2].

Tam-tam

Na, was hältst Du von der Geschichte? Komm schon, schäme Dich nicht, sie großartig zu finden! Ich hoffe, Du findest einen wirklich verständigen Verleger, einen der Sorte, die mit Carlos Monsivais[3] und ähnlichen Leuten zusammenarbeitet. Vale.

Don Durito aus Lakandonien

P.S.

Ich habe beinahe die Anweisungen vergessen, wie Du aus der Ceiba runterkommst. Es ist denkbar einfach, folge einfach den... Anweisungen zum Runterkommen aus der Ceiba. Bist Du sicher, daß Du nicht runterkommen willst? Geh' mit geschlossenen Augen bis ans Ende der Blätter. Sei furchtlos (zugegeben, ein guter Fallschirm wäre angenehmer). Bald wirst Du Dein Ziel erreicht haben (?).

1 Übersetzt von Clemens Berger
2 Comisíon de Concordia y Pazificacion / Nationale Kommission für Eintracht und Friedensstiftung: parlamentarisches Vermittlungsgremium aus Regierungsmitgliedern aller Parteien
3 Carlos Monsivais, geboren 1935, bekannter mexikanischer Schriftsteller, der auch viel über Chiapas geschrieben hat

Wie abonniere ich die „grundrisse"?

In Österreich einfach 18,- Euro mit Zahlschein auf das BAWAG Konto Nr. 03010324172, Bankleitzahl 14000, lautend auf K. Reitter einzahlen und in der Rubrik „Verwendungszweck" angeben, ab welcher Ausgabe das Abo zulaufen beginnen soll. Mehr ist nicht notwendig, da wir deinen Namen und Adresse - so sie leserlich geschrieben sind - dem Bankauszug entnehmen können.

Seit 1.7.03 ist es ganz einfach, aus allen Länder mit Euro-Währung spesenfrei auf das grundrisse-Konto zu überweisen. Anzugeben sind nur:
1) Betrag in Euro
2) „Bank Identifier Code", kurz BIC genannt: BAWAATWW
3) „International Bank Account Number" kurz IBAN: AT641400003010324172
4) Empfänger = K. Reitter
5) Verwendungszweck, z.B. Abo für ... ab Nr...

Jedes Abo gilt für 4 Nummern, inklusive Porto! Wir haben wirklich mehr als knapp kalkuliert, über Förderabos freuen wir uns besonders! Gleichzeitig mit der letzten Nummer des Abos bekommt ihr ein Brieflein, in dem wir euch ersuchen, das Abo zu verlängern. Extra abbestellen ist nicht notwendig, wer nicht verlängert, bekommt, wenn wir Zeit und Muße haben, noch die eine oder andere freundliche Aufforderung, das wars dann.


Die Waffe der Kritik ...